

# HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

66. Jahr Heft 1/2 Jan./Febr. 2013



INTERFINANZIERUNG  
KAPAZITÄT UND HILFSPÄTZE  
BEREITUNG DER NEUEN BAU  
MIEGELN ALS SCHLÜSSEL  
BEFRISTUNG  
RAUM

## GEW-Fachtagung: Vergleichsarbeiten in der Kritik

**Dienstag, 19. Februar 2013, 15 bis 18 Uhr**  
**DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77 (Nähe Hauptbahnhof)**

Viele Kolleginnen und Kollegen haben in den vergangenen Jahren ihre Kritik an den verbindlichen Lernstandserhebungen geäußert. Zum aktuellen Stand der Auseinandersetzung um die bundesweiten Vergleichsarbeiten (Vera) laden die Fachgruppe Grundschulen und das Referat Schule der GEW Hessen zum Informationsaustausch und zur Diskussion ein. Das Impulsreferat hält *Prof. Dr. Ursula Frost* (Universität Köln). Ziel der Veranstaltung ist, eine gemeinsame Strategie im Umgang mit den Vergleichsarbeiten zu entwickeln.

• *Die Akkreditierung als Fortbildungsveranstaltung ist beantragt. Die Teilnahme ist kostenfrei; Anmeldung: info@gew-hessen.de, GEW Hessen, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt, Fax: 069-97129393*

## GEW-Fachtagung: Lehrerausbildung unter Veränderungsdruck

**Mittwoch, 27. Februar 2013, 9.30 bis 17.15 Uhr**  
**DGB-Haus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner Straße 69-77**

9.30 Uhr: Begrüßung und Einführung

9.45 Uhr: Lehrerausbildung in Deutschland – Modelle und Erfahrungen (Prof. Dr. Dorit Bosse, Universität Kassel)

11.15 Uhr: Das Praxissemester – ein Beitrag zur Entwicklung professionellen Handelns von Lehrkräften? (Prof. Dr. Ulrike Weyland, FH Bielefeld)

13.45 Uhr: Schulpraktische Studien an der Universität Kassel (Axel Knüppel, Universität und Studienseminar für Gymnasien Kassel)

14.45 Uhr: Reform der Lehrerausbildung in Rheinland-Pfalz (Roswitha Wahl, Studienseminar für Grundschulen Westerbürg)

16.00 Uhr: Einphasigkeit, Praxissemester oder schulpraktische Studien? Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Klaus Moegling, Prof. Dr. Dorit Bosse u. a.

• *Anmeldung bis zum 15.2.2013: GEW Hessen, Postfach 170316, 60077 Frankfurt, info@gew-hessen.de, Fax: 069-971293 93; Teilnahmegebühr einschließlich Verpflegung: 20 €, für GEW-Mitglieder 12 €, für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst 5 €. Die Anerkennung als Fachtagung ist beantragt.*



Zeitschrift der **GEW** Hessen  
 für Erziehung, Bildung, Forschung  
 ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

### Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
 Landesverband Hessen  
 Zimmerweg 12  
 60325 Frankfurt/Main  
 Telefon (0 69) 971 2930  
 Fax (0 69) 97 12 93 93  
 E-Mail: info@gew-hessen.de  
 Homepage: www.gew-hessen.de

### Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling  
 Klingenberger Str. 13  
 60599 Frankfurt am Main  
 Telefon (0 69) 636269  
 Fax (0 69) 6313775  
 E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

### Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

**Gestaltung:** Michael Heckert, Harald Knöfel

### Titelthema:

Fachgruppe und Referat Hochschule und Forschung, Landesausschuss der Studentinnen und Studenten: Roman George, Birthe Kleber, Alexander Wagner

### Illustrationen:

Träger & Träger (Titel, S. 11, 15, 17), Thomas Plabmann (S. 29), Ruth Ullenboom (S. 4)

### Fotos:

Karina Lakeeva-Freiling (S. 7), F. Langmann (S. 33), G. Lehmann (S. 31), Jens Wernicke (S. 26), R. Witte (S. 27)

### Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
 Niederstedter Weg 5  
 61348 Bad Homburg

### Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH  
 Postfach 19 44  
 61289 Bad Homburg  
 Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21  
 E-Mail: mlverlag@wsth.de

**Erfüllungsort und Gerichtsstand:** Bad Homburg

### Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

### Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

### Redaktionsschluss:

**Jeweils am 5. des Vormonats**

### Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

### Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH  
 Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

### Aus dem Inhalt

#### Rubriken

- 4 Spot(t)light
- 5 Briefe
- 6 Meldungen
- 37 Magazin

#### Titelthema: Hochschule

- 7 Editorial
- 9 Der Mittelbau wehrt sich
- 10 Lehr- und Lernbedingungen
- 11 Wohnraumangel
- 12 Hochschulkarriere und Familie
- 13 Prekäre Beschäftigung
- 14 Soziale Mobilität
- 16 Hochschulfinanzierung
- 18 GEW-Organizing-Projekt

#### Einzelbeiträge

- 23 6,5% mehr Lohn und Gehalt: Tarifrunde 2013 hat begonnen
- 24 Hessisches „Kinderförderungsge-setz“ stößt auf Widerstand
- 26 Gruppe InklusionsBeobachtung: Eltern berichten
- 27 Selbstständige Schule
- 28 G8/G9: Landesregierung blockiert die Weiterentwicklung
- 30 Hattie-Studie: Zurück zum Frontalunterricht?
- 32 Forschungsstelle NS-Pädagogik: Kurzvideos für den Unterricht
- 34 Recht: Dienstrechtsreformgesetz
- 36 Mit lea durch den Böhmerwald



# Konkurrenz statt Hochschulpolitik

Auch in der Hochschulpolitik schaltet Hessen langsam in den Wahlkampfmodus. Die Landesregierung will mit der „Wissenschaftsoffensive“ und der Kampagne „ProLOEWE“ ihre vorgeblichen Erfolge in der Forschungspolitik herausstellen. Ursprünglich wollte sie im März auch die Hochschulentwicklungsplanung bis 2020 präsentieren, doch dafür lässt man sich jetzt auf Drängen der Hochschulen mehr Zeit. Grüne und SPD haben inzwischen ebenfalls ihre hochschulpolitischen Positionen für die nächste Legislaturperiode präsentiert. Genügend Anlass für eine Bestandsaufnahme!

Um es vorwegzunehmen: In wesentlichen Bereichen erfüllt die aktuelle hessische Hochschulpolitik nicht, was sie verspricht, ist in Teilen sogar gescheitert. Hessen will Vorreiter bei der Umsetzung von Grundsätzen des New Public Management sein und zeigen, dass Wettbewerb staatliche Leitplanung ersetzen kann. So berechnet sich das Grundbudget der Hochschulen nach der Zahl der Studierenden. Die „Preise“ für den einzelnen Studierenden wurden entsprechend der Fächer in ähnlich teuren Gruppen „geclustert“. Weil aber das verfügbare Grundbudget von Anfang an gedeckelt war, ist die Finanzierung pro Studentin und Student teilweise dramatisch gesunken. Hessen gehört mittlerweile zu den Bundesländern mit den niedrigsten Zahlungen pro Studentin und Student. Statt Impulsen für die Profilbildung der Hochschulen ist faktisch nur ein Anreiz zum ruinösen Wettbewerb übriggeblieben. Und was noch schlimmer ist: Die Hochschulen haben dabei keinerlei Planungssicherheit.

Im „Erfolgsbudget“ werden 20 „Erfolgsparameter“ über Gewichtungsfaktoren in Geld umgerechnet und mit den Mengen an „Erfolgstatbeständen“ multipliziert. Nicht überraschend ist, dass über 70 % des Erfolgsbudgets für „exzellente“ Forschung fließen und nur 18 % für Absolventinnen und Absolventen und damit in die Ausbildung der Studierenden. Selbst wenn man dem Gedanken der Exzellenzförderung folgen würde, hat dieses System in Hessen nicht zu den gewünschten Exzellenzuniversitäten geführt, sondern auch hier nur die Konkurrenz gefördert.

Die Umsetzung des Hochschulpakts 2020 im Herbst 2012 war mit einem Paradigmenwechsel verbunden. Bislang wurden die Hochschulen auf Basis der Bund-Länder-Vereinbarung im Nachhinein finan-

ziell für zusätzlich aufgenommene Studierende „be-lohnt“: nicht planbar und ohne Zielrichtung. Obwohl aus der Bund-Länder-Vereinbarung jetzt durchaus nennenswerte Geldmittel an die Hochschulen fließen, ist schon jetzt klar, dass sich der „Studierendenberg“ 2020 nicht erledigt haben wird, sondern dass wir uns vielleicht sogar bis 2035 auf einem Tafelberg befinden. Trotzdem reicht die Finanzierungsvereinbarung zwischen Land und Hochschulen nur bis zum Jahr 2015. Nicht berücksichtigt ist dabei der Bedarf an Masterstudienplätzen für Studierende, die jetzt zusätzlich ausgebildet werden. In anderen Bundesländern fließen bereits jetzt zusätzliche Finanzmittel zur Bewältigung der Überlast.

Katastrophal ist auch die Situation im Bereich des studentischen Wohnens. Das Land Hessen hat im vergangenen Jahrzehnt keine direkten Finanzmittel für den Bau von Wohnheimen zur Verfügung gestellt. Im teuren Rhein-Main-Gebiet stehen nur für vier Prozent der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung, im Bundesdurchschnitt für zehn bis zwölf Prozent!

Wir brauchen für die Zukunft eine Hochschulpolitik, die folgende Leitplanken berücksichtigt:

- eine verlässliche und planbare Grundfinanzierung
- eine Hochschulentwicklungsplanung, die zu einer vernünftigen Abstimmung von gesellschaftlichen Ansprüchen und Angeboten der Hochschulen führt
- eine Strategie zur Bewältigung des „Studierendenbergs“, die eine qualitativ hochwertige Ausbildung ermöglicht.

Dazu ist in Hessen ein Politikwechsel dringend geboten.




**Detlev Reymann**  
Präsident der  
Hochschule RheinMain

# Auf ein Neues!

Die Feiertage sind vorbei. Braten, Magenbitter und Familienzusammenführungen haben deutliche Spuren hinterlassen. Zerrupfte Weihnachtsbäume warten auf die Müllabfuhr, letzte Klausuren und Aufsätze auf Korrektur. Die Zeit der Askese und des Entzugs ist angebrochen: kein Alkohol – zumindest nicht bis Karneval. Kein Marzipan, kein Nougat, kein Fernsehen. Das hebt die Stimmung ungemein, genau wie der erste Arbeitstag im neuen Jahr. Zensurenkonferenzen stehen an, das Zeugnisprogramm im Computer muss überholt werden, damit es am Tag des Ausdrucks keine Tobsuchtsanfälle oder gar Selbstmordversuche gibt.

Als ich – gefühlte zwei Stunden nach Weihnachten – in meine 9. Klasse komme, sitzen alle mit Schals, Handschuhen und leidendem Blick vor mir. Valeska klappert vorwurfsvoll mit den Zähnen. Die Heizungsanlage hat es nicht geschafft, rechtzeitig hochzufahren. Der erste Schultag kommt ja

auch immer völlig überraschend. Nach der dritten Stunde gibt es „Kältefrei“. Denn auch die Schulleitung in ihrem Wellness-Biotop hat mittlerweile blaue Lippen und abgestorbene Finger. Das Tempo, mit dem meine Schüler in die Freiheit flüchten, würde ich mir gelegentlich wünschen, wenn Bücher, Hefte und Stifte ausgepackt werden sollen. Ja, es ist schrecklich: Wir sind noch eine Schule ohne Laptops, Whiteboards und iPads. Sogar Frontalunterricht soll hin und wieder vorkommen. Es gibt bei uns Kollegen, die offen propagieren, es komme im Unterricht vor allem auf die Persönlichkeit des Lehrers an und nicht auf elektronisches Spielzeug!

Der verkürzte Schultag erfreut auch einige Lehrkräfte. Anscheinend haben sie ihre Korrekturen noch nicht geschafft. Allerdings ist es im Deutsch-Lehrerzimmer gut geheizt, so dass spontan eine Fachkonferenz einberufen werden kann. Jemand muss das drei-

stufige Binnendifferenzierungsmaterial fürs nächste Halbjahr ausarbeiten. Wir spielen: „Wer sich zuerst bewegt, hat verloren“, sehen angestrengt aus dem Fenster oder in den Lehrerkalender, nur nicht dem Fachbereichsleiter in die Augen. Blickkontakt hat enormen Aufforderungsscharakter: „Ach, Karin, du willst das übernehmen? Das ist ganz toll!“ Letztendlich macht es wie immer die Kollegin, die das Schweigen und Warten am wenigsten aushalten kann. Also ich...

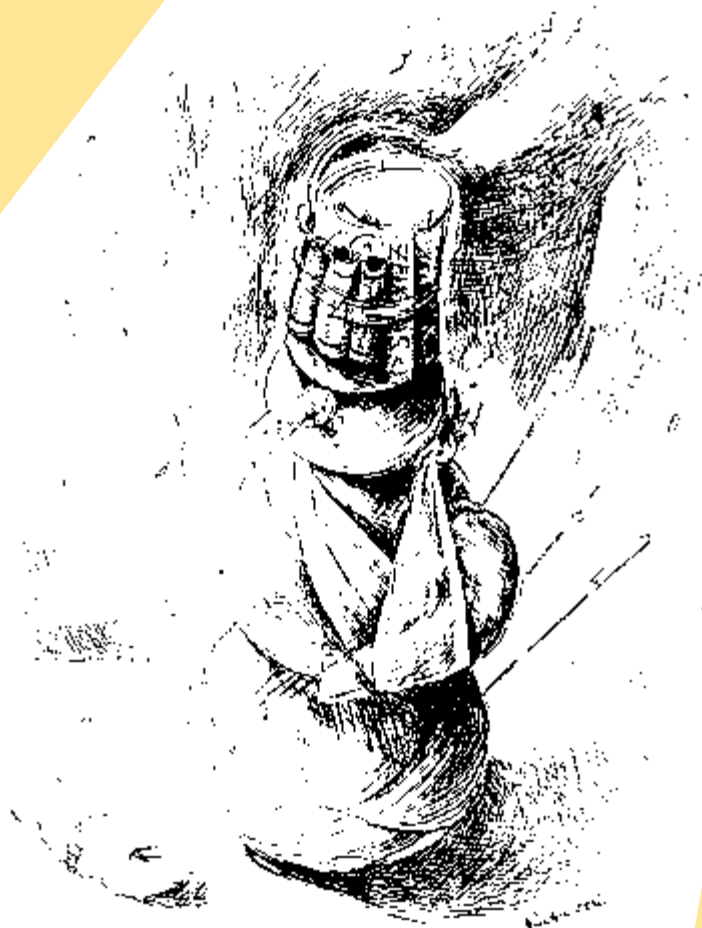
An den folgenden Tagen gibt es leider kein Kältefrei, obwohl jemand hartnäckig die Heizkörper im Klassenraum abdreht. Ob das der Mathe-Kollege oder mein Lieblingsschüler Sandro ist...? Ich wün-

sche meiner Klasse ein erfolgreiches Neues Jahr: bessere Zensuren, mehr Medienkompetenz und Leselust. Diegos rechte Hand ist dick verbunden. Ein illegaler Kracher wollte Silvester einfach nicht wegfliegen. Diegos Finger sind alle noch dran. Aber er präsentiert mir voller Freude ein Attest, das ihn bis Ostern von allen schriftlichen Aktivitäten suspendiert, Mensadienst und Tafelputzen inklusive. Aber in den Pausen schippt er Schnee vor der Cafeteria, weil er dafür kostenlos Brötchen bekommt. Viele Schüler berichten stolz von der Preisgestaltung ihres Silvesterfeuerwerks. Ich murmle: „Ach, 500 Euro für Böller sind locker drin? – Da bleiben selbstverständlich keine 2,20 Euro für ein Reclamheft übrig...“

Einige Schüler haben sich extra ein paar Böller aufgehoben, weil es im Schulgebäude so schön hallt. Und in den vielen Gängen und Treppenkernen hat man gute Fluchtmöglichkeiten. Wer nichts mehr zum Zündeln hat, legt in der Mittagspause Eisbahnen an oder knetet knüppelharte Schneebälle. Ich bin froh, dass ich zurzeit Mensa-Aufsicht habe. Anstatt im Hof Schneeball- und Böllerwerfer zu jagen, entferne ich nur Schülerpöter und Restmüll von den Esstischen und verhindere lustige Kampf- und Fangspiele in der Mensa, die von vielen jetzt als Wärmehalle genutzt wird. „Nein, hier drinnen wird auch kein Softball gespielt.“

Die Jahrgangsratsleiterin hat eine zündende Idee: Alle Kollegen schreiben ihre guten pädagogischen Vorsätze auf. Diese Selbstverpflichtungen kommen in den Schulsafe, und ein Jahr später kontrollieren wir, wer am erfolgreichsten war. Ich nehme mir vor, nicht immer so destruktiv zu grinsen, wenn gegen gesellschaftliche Missstände lustige neue Unterrichtsmethoden propagiert werden. Ich will mich auch nicht mehr so echauffieren, wenn die Lokalzeitung behauptet, dass jede, wirklich jede Brennpunktschule erfolgreich sein kann, wenn die Lehrer nur wollen und sich endlich gezielt fortbilden. Ich frage auch nicht mehr auf den Gesamtkonferenzen nach, woher all die begnadeten Fortbilder eigentlich kommen sollen. Und ich will auch nicht mehr darüber rasonieren, warum viele Kollegen anscheinend eher an den Weihnachtsmann als an die Relevanz von Gewerkschaftsarbeit glauben.

Gabriele Frydrych



**Betr.: HLZ 12/2012**  
**2.530 Kreuze plus Vera**

**Per Lautsprecher verlesen**

Der brillante Artikel von Bettina Findling über „Kompetenzraster“ und Vergleichsarbeiten sollte jeden Morgen per Lautsprecher im Kultusministerium verlesen werden. Jeden Morgen! Und wenn die ablehnen, wegen Überlastung, dann zumindest einmal pro Woche. Und im Institut für Qualitätsentwicklung sollte man den Artikel auswendig lernen müssen. Im Sinne der Qualitätssicherung müsste regelmäßig überprüft werden, ob alle noch den Text auswendig aufsagen können. Tucholsky wäre begeistert gewesen, wenn er diesen Artikel gelesen hätte.

Thomas Adamczak, Nauheim

**Betr.: HLZ 12/2012**  
**Kompetenzorientierung**

**Sintflut der Kompetenzen**

Bis 2011 war ich insgesamt 42 Jahre im Geschäft der Lehrerbildung tätig und verspürte bei der Lektüre des Artikels von *Joachim Euler* „Nützlich für die Praxis?“ zur Kompetenzorientierung in der Lehrerbildung die starke Neigung, Absatz für Absatz „Genau so isses“ an den Rand zu schreiben.

In meinen letzten Seminaren musste ich öfter mal auf das Sprichwort „Alter Wein in neuen Schläuchen“ hinweisen. Irgendwie gelingt es der Lehrerbildung in der Uni nicht, auch die Geschichte schul- und unterrichtspädagogischer Konzepte zu vermitteln, und so können uralte reformpädagogische Ideen den Ahnungslosen als „neuster Schrei“ verkauft werden (natürlich mit einem neuen Etikett...). Parallel und flankierend dazu werden Befunde, Kontroversen und Probleme als „überholt und veraltet“ abqualifiziert - gemäß der idiotischen Parole, nach fünf Jahren aus dem Forschungsgeschäft sei man wegen der „Verfallszeit“ des Wissens nicht mehr up-to-date...

Ganz auf dieser Linie musste ich mir von Erstsemestern auch zuweilen anhören, die Diskussion um Gesamtschulen sei ja doch nun wirklich überholt (alte und überflüssige ideologische Grabenkämpfe...) und das habe irgend etwas mit der APO zu tun. Immerhin wurde die RAF nicht auch noch genannt...

Nachdem ich einmal mit dem Auto längere Zeit hinter einem Klein-Laster eines Dachdeckers aus Offenbach herge-

fahren war, der auf dem Heck die Aufschrift trug „Wir haben die Dachkompetenz“, habe ich dann bei geeigneter Gelegenheit in Seminaren auch auf die „Lachkompetenz“ und „Krachkompetenz“ von Schülern hingewiesen...

Psychologie-Studenten könnte hier vielleicht etwas auffallen - nämlich die dem „Kompetenzen“-Jargon vergleichbare Sprachverwirrung um „Instinkte“ und „Triebe“. Nach der Einführung des Instinkt-Begriffs durch Darwin tauchten in psychologischen Lehrwerken irgendwann nach 1900 „Instinkt-Listen“ auf, in denen Hunderte von vermeintlichen Instinkten aufgeführt wurden, die den Menschen zu einer bestimmten Handlung trieben. Dem „Trieb“-Begriff ging es nicht anders: Freud kam mit zwei Trieben aus (Eros und Thanatos). Die Motivationspsychologen des frühen 20. Jahrhunderts waren aber fleißig und haben sehr umfangreiche Trieb-Kataloge entwickelt, Murray z. B. ganze 24. Aber das wird uns alles vorläufig vor der „Kompetenz-Sintflut“ nicht verschonen. Die Kompetenz-Laus hat sich fächerübergreifend eingenistet und wird uns weiter als Kalkulationskompetenz, Personalkompetenz, soziale Kompetenz, Diskurskompetenz, Konfliktkompetenz und bei Rechtsanwälten als Klagekompetenz verfolgen.

Rainer Krieger

**Betr.: HLZ 10-11/2012**  
**Lehrerbildung**

**Arbeitszeitbelastung**

Nicht ganz zufällig fiel mir als Fachleiter am Studienseminar in diesen Tagen eine Arbeitszeitberechnung aus dem ersten Halbjahr 2004 - also kurz vor der Modularisierung der Lehrerbildung - in die Hände. Der Vergleich mit der Arbeitsbelastung im ersten Halbjahr des laufenden Schuljahres 2012/13 ergibt folgendes Bild: Die Zahl der betreuten Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) stieg von 15 auf 27, die Zahl der Unterrichtsbesuche von 23 auf 30, der Umfang der Veranstaltungen am Studienseminar von 30 auf 55 Zeitstunden, die Anzahl der begründeten LiV-Bewertungen von 4 auf 15, die Zahl der Staatsprüfungen von 4 auf 6 und die Anzahl der begutachteten schriftlichen Arbeiten von 2 auf 4. Die Zahl der Unterrichtsstunden an der eigenen Schule war mit 6 im Vergleich zu 7 vor acht Jahren fast gleich geblieben. Der Vergleich zeigt Folgendes:

- Die Tätigkeit von Ausbilderinnen und Ausbildern weist seit der Modularisierung eine deutlich erhöhte Anzahl von Arbeitsbeziehungen zu den LiV (früher Referendare) auf.
- Dabei ist die Kontinuität allerdings deutlich gefallen. Sah der fachdidaktisch Auszubildende die LiV innerhalb der 24-monatigen Ausbildung an ca. 80 Terminen zu einer Seminarveranstaltung, so sind es aktuell höchstens 19 Termine innerhalb von 21 Monaten.
- Gleichzeitig verdoppelte sich für Ausbilderinnen und Ausbilder quasi die Arbeitszeit am Studienseminar.
- Häufig wechselnde Ausbildungsschwerpunkte führen bei Ausbilderinnen und Ausbildern zu einem „Modulhopping“ mit entsprechend hoher Einarbeitungszeit.
- Die Anzahl der Unterrichtsbesuche ist um 30% gestiegen. Gleichzeitig hat sich die Anzahl der Tage, an denen ein Besuch möglich ist, um 33% verringert.
- Auch die Anzahl der zu begutachtenden Facharbeiten sowie der Staatsprüfungen hat sich deutlich erhöht.
- Die Bewertungssituationen von LiV haben sich drastisch gesteigert - im Prinzip werden sie vom Einführungs- bis in das Prüfungssemester permanent benotet.
- Die für mich geringere Zahl der an der Ausbildungsschule erteilten Unterrichtsstunden ist lediglich der Tatsache geschuldet, dass es gegenwärtig noch einen LiV-Jahrgang mit erhöhtem Zuweisungsfaktor gibt. Dieser Unterschied dürfte schon im nächsten Halbjahr nicht mehr bestehen.

All dies hat dazu geführt, dass ich in diesem Halbjahr eine Überlastungsanzeige abgegeben habe. Die jetzt von der Kultusministerin in Aussicht gestellte Erhöhung des Zuweisungsfaktors für jede LiV hat einen Umfang von maximal zehn Zeitstunden pro Ausbilder im Halbjahr. Bei rund 900 Zeitstunden Sollarbeitszeit im Halbjahr ein Tropfen auf den heißen Stein!

Ein letzter Hinweis: All diese Angaben betrachten nicht die Seite der LiV - hier müsste sich aber hinsichtlich der Arbeitszeitbelastung Ähnliches ergeben, weil sie „die zweite Seite derselben Medaille“ sind. Bleibt noch die Frage, warum die Betroffenen an den Studienseminaren diese Arbeitszeitverdichtung überwiegend stillschweigend hinnehmen.

Robert Elbe, Fachleiter am Studienseminar für berufliche Schulen Frankfurt



## **X** **Proteste erfolgreich: Digitale Kopien erlaubt**

Offensichtlich hat die breite Protest- und Verweigerungswelle von Lehrkräften und Schulleitungen Früchte getragen (HLZ 4/2012). Nach ihrer Sitzung am 6. Dezember 2012 informierte die Kultusministerkonferenz (KMK) über eine neue Vereinbarung mit den Schulbuchverlagen:

*„Die Lehrkräfte an Schulen in Deutschland dürfen künftig urheberrechtlich geschützte Inhalte aus Büchern und Unterrichtswerken auch digital vervielfältigen und den Schülerinnen und Schülern im Unterricht zugänglich machen. Künftig dürfen 10 Prozent eines Druckwerks (maximal 20 Seiten) von Lehrkräften für die Veranschaulichung des eigenen Unterrichts eingescannt, auf Speichermedien wie USB-Sticks abgespeichert und über Träger wie Whiteboards den Schülerinnen und Schülern zugänglich gemacht werden. Bisher war dies nur analog, also von Papier auf Papier erlaubt.“*

Damit sind die Kultusminister wieder ein Stückchen der digitalen Realität nähergekommen. Kein Schulleiter, kein Kollege braucht jetzt mehr Angst vor Strafbefehlen wegen Urheberrechtsverletzungen zu haben. Bleibt zu hoffen, dass damit auch das Thema „Plagiatssoftware“ zum Bespitzeln der Schulen ein für allemal vom Tisch ist.

## **X** **Gesamtpersonalrat Frankfurt erhält Auszeichnung**

Der „Deutsche Personalräte-Preis 2012“ ist eine Initiative der Zeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand und in Kooperation mit der HUK-COBURG vergeben. Unter 40 eingereichten Projekten wurde das Engagement des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer (GPRLL) beim Staatlichen Schulamt Frankfurt für den Arbeits- und Gesundheitsschutz mit dem zweiten Preis, der „Auszeichnung in Silber“, gewürdigt, insbesondere bei der vom GPRLL initiierten und durchgesetzten „Dienstvereinbarung Mobbing“. *Marianne Friemelt*, langjährige Team-Vorsitzende des GPRLL, und *Rainer Koch* nahmen die Ehrung stellvertretend entgegen. Die Ehrung erfolgte durch *Ingrid Sehrbrock*, stellvertretende Vorsitzende des DGB. Der Einsendeschluss für Bewerbungen

## **X** **GEW-Beitragsquittungen für das Jahr 2012**

Wie in den vergangenen Jahren erhalten alle Mitglieder der GEW mit der Februar-Ausgabe der Bundeszeitung EuW eine persönliche Beitragsquittung für das Jahr 2012. Sie ist zusammen mit dem Mitgliedsausweis Teil des kartonierten Umschlags der EuW. Die HLZ-Redaktion bittet um entsprechende Beachtung. Außerdem bittet die GEW Hessen, von Nachfragen in der Landesgeschäftsstelle abzusehen.

Im Februar 2013 erscheint turnusgemäß keine HLZ. Der EuW ist stattdessen das Jahresprogramm von lea, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt.

## **X** **HLZ 2013: Die nächsten Schwerpunktthemen**

Für das erste Halbjahr des neuen Jahres plant die HLZ-Redaktion die folgenden Titelthemen:

- Heft 3/2013: Berufsorientierung
  - Heft 4/2013: Individuelle Förderung
  - Heft 5/2013: Demokratische Schule
  - Heft 6/2012: Ökonomische Bildung
- Redaktionsschluss ist immer am 5. des Vormonats. Anregungen und Beiträge sind ausdrücklich erwünscht.
- *Kontakt: freiling.hlz@t-online.de*



um den Personalräte-Preis 2013 ist am 31. Mai 2013: [www.deutscherpersonalraete-preis.de](http://www.deutscherpersonalraete-preis.de)

## **GEW-Arbeitskreis Internationales**

Der Arbeitskreis Internationales der GEW Hessen lädt alle Interessierten zu seiner nächsten Sitzung am 24. Januar 2013 um 17 Uhr in die Landesgeschäftsstelle im Zimmerweg 12 ein. Dort soll auch ein Modus gefunden werden, der eine regelmäßige Teilnahme von Interessierten außerhalb der Rhein-Main-Region sicherstellen kann.

## **Ringvorlesung in Marburg Ökonomisierung oder Demokratisierung? Was wird aus unserem Bildungswesen?**

Veranstalter der Ringvorlesung sind der GEW-Kreisverband Marburg, der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), der AstA der Philipps-Universität Marburg und die Buchhandlung Roter Stern. Die folgenden Veranstaltungen, die alle um 19 Uhr im Hörsaalgebäude der Philipps-Universität in der Biegenstraße 14 beginnen, bilden den Abschluss der Ringvorlesung:

- 17.1.2013: Das Bildungswesen ist kein Wirtschaftsbetrieb! Einsprüche gegen die betriebswirtschaftliche Umsteuerung des Bildungswesens (Dr. Matthias Burchhardt, Universität Köln)
- 31.1.2013: Alternativen: Eine bessere Schule ist möglich! (Professor Dr. Anton Hügli, Universität Basel)
- 7.2.2013: Emanzipation statt Anpassung: Was müssten Menschen in einer Welt der Umbrüche wissen und können? (Professor Oskar Negt, Hannover)

## **Delegiertenversammlung der GEW Nordhessen**

Der GEW-Bezirksverband Nordhessen führt am 22. April 2013 von 9.30 bis 18 Uhr in der Stadthalle Melsungen seine nächste ordentliche Delegiertenversammlung durch. Nach der Begrüßung und der Wahl des Tagungspräsidiums stehen folgende Punkte auf der Tagesordnung:

- 10.30 Uhr: Rechenschaftsberichte und Ergänzungen, Aussprache, Kassenbericht und Aussprache, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Vorstands
- 11.30 Uhr: Satzungsändernde Anträge (Anpassung der Satzung an die Satzung des Landesverbands)
- 12.00 Uhr: Wahlen im Wechsel mit Antragsberatung, Bestätigung der Fach- und Personengruppen, Wahlausschuss für die nächste ordentliche BDV, Verabschiedung des Haushalts

# Titelthema: Hochschule

## Für bessere Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

Kurz vor Beginn des Wintersemesters im Oktober 2012 lädt die hessische Wissenschaftsministerin *Eva Kühne-Hörmann* zu einer Pressekonferenz. In der Pressemitteilung vom 9. Oktober weist sie unter dem Titel „Wir bleiben verlässliche Partner für die Hochschulen“ auf den stattlich klingenden Betrag von 142,6 Millionen Euro für die Schaffung zusätzlicher Studienplätze sowie auf weitere 46,4 Millionen für kurzfristig realisierbare Infrastrukturprojekte hin, die das Land für die Hochschulen im Haushalt 2012 bereitstelle. Insbesondere der Ausbau des E-Learning könne durch Live-Übertragungen zwischen Hörsälen, Videokonferenzen, die Aufzeichnung von Lehrveranstaltungen und elektronische Prüfungen für kurzfristige Entlastungen sorgen. Als Baumaßnahmen seien nicht nur die Anmietung zusätzlicher Räume und die Verbesserung der Ausstattung vorgesehen, sondern auch die Errichtung von Modul- und Containerbauten. Mit Verweis auf die in absoluten Zahlen bereitgestellten finanziellen Mittel stellt Kühne-Hörmann fest, dass „2013 mit 1,44 Milliarden Euro das höchste Budget erreicht (wird), das in Hessen jemals zur laufenden Finanzierung der Hochschulen zur Verfügung gestellt wurde“.

### Wahlkampfgetöse

Ganz offensichtlich möchte die Ministerin zu Beginn des Wintersemesters, in dem angesichts der stark steigenden Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger absehbar neue Studierendenrekorde erreicht werden, nicht den Eindruck von Untätigkeit erwecken. Die ersten Semesterwochen zeigen dann jedoch, dass sich die schon in den letzten Semestern angespannte Situation an den Hochschulen weiter verschärft: Überfüllte Lehrveranstaltungen, fehlende Lehrbücher und lange Schlangen bei Sprechstunden sind weiterhin die Regel. Das kann an sich nicht überraschen, denn eine etwas langfristige Betrachtung der Entwicklung von Studierendenzahlen und Hochschulpersonal zeigt auf, dass die personelle Ausstattung der Hochschulen schon seit vielen Jahren hinter der steigenden Zahl der Studierenden zurückbleibt.

Während im Wintersemester 1990/91 noch 150.624 Studierende an hessischen Hochschulen eingeschrieben waren, erhöhte sich deren Zahl ab dem Wintersemester 2001/02 stetig bis auf 215.520 im laufenden Wintersemester 2012/13. Einen vorläufigen Rekord erreichte die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger mit 34.403 im Wintersemester 2011/12. Begünstigt wurde dieser Anstieg durch das Erlangen der Hochschulreife durch relativ geburtenstarke Jahrgänge, durch die politisch angestrebte Erhöhung der Studierendquote, durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit und durch die Abschaffung der Wehrpflicht.



*Der legendäre Betonturm der ehemaligen Abteilung für Erziehungswissenschaften (AfE-Turm) an der Goethe-Universität Frankfurt soll abgerissen werden. In einer nächtlichen Aktion wurde er von Aktivisten mit 38 Kilogramm weißer Farbe als „Elfenbeinturm“ veredelt. Einst ein Kampfbegriff gegen eine selbstverliebte Wissenschaft ohne gesellschaftlichen Bezug protestieren die anonymen Maler jetzt gegen den Umzug der Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften auf den Campus Westend in das geistige Umfeld von Stiftungsprofessuren und Sponsorengeldern für das „House of Finance“. (Foto: Karina Lakeeva-Freiling)*

### Der Personalbestand bleibt zurück

Während sich die Studierendenzahlen im betrachteten Zeitraum um 43% erhöht haben, hat sich die Zahl des Hochschulpersonals deutlich verhaltener entwickelt: Von 39.391 im Jahr 1992 ist sie auf 46.723 im Jahr 2011 angestiegen, somit um 18,6% (Tabelle, HLZ S.9). Der Zuwachs verteilt sich aber zwischen den Personalgruppen sehr unterschiedlich: Während beim Verwaltungs- und technischen Personal, bei Bibliotheks- oder Sekretariatskräften die Gesamtzahl stagniert, ist das wissenschaftliche und künstlerische Personal mit einem Wachstum von 35,3% deutlich stärker angewachsen. Gleichwohl bleibt der Zuwachs damit nicht nur hinter der Zunahme der Studierendenzahlen zurück, die Personalstruktur hat sich auch deutlich verändert: Während die Zahl der Professorinnen und Professoren annähernd gleich geblieben ist, gibt es ein Wachstum primär bei befristeten Mittelbaustellen von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wissenschaftlichen Hilfskräften und Lehrkräften für besondere Aufgaben. Daraus wird deutlich, dass sich die – schon Anfang der 1990er Jahre alles andere als guten – Betreuungsverhältnisse im Verlauf der letzten 20 Jahre nochmals deutlich verschlechtert haben. Dass die dadurch verursachten strukturellen Probleme durch nun angestoßene kurzfristige Maßnahmen wie E-Learning und Container-Lösungen angemessen gelöst werden können, darf bezweifelt werden.



### In dieser HLZ: Facetten der Mängelverwaltung

Die vielen Facetten der Politik der Mängelverwaltung sind Thema in dieser HLZ:

- *Matthias Lomb* formuliert in seinem Beitrag zentrale Forderungen an die hessische Landespolitik (S. 9).
- *Katrin Peyerl* verdeutlicht die Auswirkungen dieser desolaten Lage an den hessischen Hochschulen am Beispiel der Uni Marburg (S. 10). Die Unterversorgung mit Lehrpersonal und dessen Überlastung führen hier zu massiven Beeinträchtigungen der Lehr- und Studienqualität – und das trotz Teilnahmebeschränkungen bei Lehrveranstaltungen.
- *Sebastian Seban* thematisiert den Mangel an Wohnraum für Studierende, der inzwischen auch in den Medien angekommen ist (S. 11). Noch immer sind viele Studierende, die zu Semesterbeginn an hessischen Hochschulen ein Studium aufgenommen haben, wohnungslos. Hessen ist auch ein Schlusslicht, was öffentlich geförderten studentischen Wohnraum angeht.
- *Dorothee Koch* und *Petra Selent* analysieren die Auswirkungen prekärer Beschäftigungsstrukturen unter einer familienpolitischen Perspektive (S. 12). Befristete Beschäftigungsverhältnisse und die Praxis, größtenteils halbe Stellen zu vergeben, wirken abschreckend auf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kindern. Dies belegen inzwischen mehrere Studien.
- *Christian Strohbach* analysiert die aktuelle Lage der Lehrbeauftragten und kommt zu dem Schluss, dass die offiziellen Angaben der Hochschulen zum Anteil der Lehrbeauftragten an der Lehre häufig zu niedrig ausfallen (S. 13). Immer mehr Lehre wird von regulär Beschäftigten auf Lehrbeauftragte verlagert. Viele Lehrbeauftragte leben prekär, da für sie die Lehraufträge ein Haupteinkommen generieren. Lehrbeauftragte in den Tarifvertrag – so lautet eine Forderung, um diesen Missständen etwas entgegenzusetzen.
- *Ingrid Mieth* betrachtet den Zusammenhang zwischen der sozialen Lage junger Menschen und der Problematik der Mängelverwaltung an den Hochschulen (S. 14). Sie fragt nach den Ursachen für die mangelnde soziale Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems und welchen Beitrag Hochschu-

len zu sozialer Mobilität leisten können. Neben einer Reihe anderer Faktoren sind auch monetäre Aspekte von Relevanz für die Aufnahme eines Studiums.

- *Gunter Quaißer* und *Henrik Piltz* plädieren in ihrem Beitrag für einen Hochschulausbau aus wirtschaftspolitischer Perspektive (S. 16). Mit einem wirklich bedarfsorientierten Ausbau der Hochschulen könnten die Lehre signifikant verbessert, die Zahl der Studierenden erhöht und die Entscheidung zur Studienaufnahme von der finanziellen Situation der Betroffenen und ihres Elternhauses abgekoppelt werden.
- *Tobias Cepok* und *Alexander Wagner* verweisen in ihrem Bericht über das Organizing-Projekt an der Uni Frankfurt darauf, dass der Streit für einen bedarfsgerechten Ausbau der Hochschulen bereits in den Hochschulen selbst beginnt (S. 18). Politischer Druck der Beschäftigten vor Ort ist für einen Wandel der Beschäftigungsverhältnisse in Forschung und Lehre unerlässlich.

Die GEW hat mit ihrem Templiner Manifest, das inzwischen von knapp 10.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern unterstützt wird, eine lebhafteste Debatte über die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft angestoßen. Dort heißt es unter anderem:

*„Die wachsenden Anforderungen an Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement sind auf Dauer nur durch einen bedarfs- und nachfragegerechten Ausbau von Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu bewältigen. Dazu brauchen wir mehr Studienplätze, ein besseres Betreuungsverhältnis und eine intensivere Forschung, um den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.“*

Ganz offensichtlich bleibt die personelle und räumliche Ausstattung der hessischen Hochschulen weit hinter diesen Anforderungen zurück. Mittelkürzungen im Hochschulpakt und das Abwälzen der Mängelbewältigung auf die Hochschulen verschlimmern diese Situation zusätzlich.

**Roman George**, Landesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung

**Birthe Kleber**, Landesausschuss der Studentinnen und Studenten

**Alexander Wagner**, Referat Hochschule und Forschung

### Zahl der Studierenden auf Rekordniveau

Die Zahl der Studierenden in Deutschland steigt immer mehr an. Waren im Jahr 2001 noch 1,9 Millionen Studentinnen und Studenten an deutschen Hochschulen eingeschrieben, erhöhte sich ihre Zahl innerhalb von zehn Jahren um 27 % auf 2,4 Millionen im Jahr 2011. „Nach vorläufigen Daten hat sich die Zahl der Studierenden zum Wintersemester 2012/2013 weiter auf 2,5 Millionen erhöht. Damit wurde ein neuer Höchststand erreicht“, sagte *Roderich Egeler*, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Anfang Dezember auf einer Pressekonferenz in Berlin zur Situation des Hochschulstandorts Deutschland.

Die Expansion der Hochschullandschaft wird in verschiedenen Aspekten deutlich. So hatte die Zahl der Studienanfänger, die sich erstmals an einer deutschen Hochschule eingeschrieben haben, im Jahr 2011 mit 518.700 Personen einen Rekordwert erreicht. Gegenüber 2001 war das eine Steigerung um 50 %. Nach vorläufigen Ergebnissen sank die Zahl der Erstsemester im Studienjahr 2012 zwar auf 492.700, dies war jedoch der zweithöchste jemals gemessene Wert.

An deutschen Hochschulen und Hochschulkliniken waren im Jahr 2011 rund 337.100 Personen als wissenschaftliches und künstlerisches Personal beschäftigt. Das waren 50 % mehr als zehn Jahre zuvor. Deutlich gestiegen ist dabei vor allem die Zahl der nebenberuflich Beschäftigten wie Lehrbeauftragte und wissenschaftliche Hilfskräfte: Sie erhöhte sich um 85 % auf 119.600 Personen. Beim hauptberuflich beschäftigten Personal hat seit dem Jahr 2001 vor allem die Zahl der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugenommen, und zwar um 60 % auf 162.100. Außerdem gab es 14 % mehr Professorinnen und Professoren, 2011 waren es insgesamt 42.900.

Im Jahr 2011 wurden an deutschen Hochschulen von einer wissenschaftlichen und künstlerischen Lehrkraft 15,9 Studierende betreut. Um dem mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen wachsenden Bedarf an intensiver Beratung und Betreuung der Studierenden gerecht zu werden, hatte der Wissenschaftsrat 2008 empfohlen, die Betreuungsverhältnisse zu verbessern. 2008 hatte eine Lehrkraft noch 15,2 Studierende betreut. Damit hat sich die Betreuungssituation im Vergleich zu 2008 etwas verschlechtert.



# Der Mittelbau begehrt auf



## Von Templin nach Wiesbaden über Kassel und Herrschingen

Prekäre Beschäftigungsbedingungen stellen keine Ausnahme dar, an deutschen Hochschulen sind sie die Regel. Drei Faktoren untermauern diese Realität:

- In nur fünf Jahren – von 2005 bis 2010 – hat sich das Verhältnis von unbefristeten zu befristeten Beschäftigten von eins zu vier auf eins zu acht verändert.
- Über die Hälfte der Arbeitsverträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.
- Etwa 45 Prozent aller befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten laut Vertrag auf halben Stellen – bei einer tatsächlichen Arbeitszeit im Umfang einer vollen Stelle.

All diese Zahlen sind nicht aus der Luft gegriffen, sondern öffentlich bekannt – nachzulesen im Bundesbericht zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, im Bericht zur Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG), beim Statistischen Bundesamt und in zahlreichen einschlägigen Studien.

Als Bildungsgewerkschaft haben wir 2010 mit dem Templiner Manifest unter dem Motto „Traumjob Wissenschaft“ zehn Eckpunkte für eine Reform von Personalstruktur und Berufswegen vorgelegt, die bis heute von mehreren tausend Unterstützerinnen und Unterstützern unterzeichnet wurden. Seither hat nicht nur der Bundestag die Diskussion aufgegriffen, auch Landtage haben beraten, wie die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen überfälligen Reformen angestoßen werden können. Den drei Oppositionsfraktionen im Hessischen Landtag ist zu verdanken, dass sich der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst 2012 des Themas angenommen hat und eine öffentliche Anhörung durchführte (HLZ 12-2012). Schließlich haben die Länder aufgrund der Verteilung der Zuständigkeiten in der Föderalismusreform die eigentliche Gestaltungshoheit.

Wie erfolgreich Engagement aber auch an der jeweiligen Hochschule sein kann, hat das Mittelbau-Netzwerk der Universität Kassel bewiesen. Gemeinsam mit seinen Vertreterinnen und Vertretern im Senat, im Personalrat und mit der Unterstützung von GEW und ver.di hat es aktiv und gestaltend Einfluss auf das neu aufgelegte Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses genommen. Inzwischen arbeitet es mit der Initiative der Lehrkräfte für besondere Aufgaben (LfbA) an der Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Eine weitere Blaupause könnte der Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ liefern.

Die Aspekte Befristung, (Zwangs-)Teilzeit und Vereinbarkeit müssen Teil der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 werden. Trotz des zu geringen Organisationsgrads im Öffentlichen Dienst und im Besonderen in der Wissenschaft würden wir als Bildungsgewerkschaft mit diesen Themen eine nennenswerte Zahl von Kolleginnen und Kollegen auf die Straßen bringen können, die für ihre Interessen eintreten. Doch 2013 gibt es mit den Landtags- und Bundestagswahlen weitere Möglichkeiten, eine Änderung des WissZeitVG anzugehen, das in Form eines Sonderarbeitsrechts den Hochschulen und Forschungseinrichtungen die rechtlichen Möglichkeiten

eröffnet, weit über das allgemeine Arbeitsrecht hinaus befristete Beschäftigungsverhältnisse zu verfestigen. Geändert werden kann das Gesetz nur gemeinsam mit dem Bundestag, doch könnte der Hessische Landtag eine Bundesratsinitiative starten und auch vor der eigenen Haustür kehren. Im Rahmen seiner eigenen Gesetzgebungskompetenz könnte er die Regelungen des Hessischen Hochschulgesetzes über Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (§ 65) und die befristete Beschäftigung (§67) mit folgender Zielrichtung ändern:

- einheitlicher Status für Doktorandinnen und Doktoranden
- *Tenure Track* für *Postdocs*
- Mindeststandards für Zeitverträge
- verbindliche Ausgestaltung der familienpolitischen Komponente
- unbefristete Beschäftigung bei Daueraufgaben in Lehre und Wissenschaftsmanagement
- Verzicht auf die Personalkategorie der wissenschaftlichen Hilfskräfte mit Hochschulabschluss
- keine Verdrängung von regulärer Beschäftigung durch Lehraufträge

Zu guter Letzt ist das Land zu einer aktiven Vergabepolitik bei der Finanzierung von Wissenschaftseinrichtungen aufgefordert.

Für stabile Beschäftigungsbedingungen und berechenbare Karrierewege sind nicht nur Bund und Länder verantwortlich, sondern auch Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Frankreich, Großbritannien und die USA – um nur drei Länder zu nennen – zeigen, dass es möglich ist, an einer Hochschule Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement auf Dauer als Beruf auszuüben, ohne auf eine Professur berufen zu werden. Messen wir die hier Verantwortlichen an ihren Taten.

**Mathias Lomb**

Mathias Lomb ist Koordinator des Forschungsverbands für Sozialrecht und Sozialpolitik der Hochschule Fulda und der Universität Kassel, Mitglied im Referat Hochschule und Forschung des GEW-Landesvorstands und stellvertretender Vorsitzender des Personalrats der Universität Kassel.

Studierende und Hochschulpersonal in Hessen				
	Studierende	Studienanfänger	Personal (wissenschaftl. u. künstlerisch)	Personal (Verwaltung, Technik u.a.)
1990/91	150.624	22.746	18.286	21.105
1995/96	155.143	16.645	17.666	22.159
2000/01	150.868	19.549	17.629	21.859
2005/06	163.205	25.000	19.258	20.604
2010/11	196.545	31.118	24.742	21.981
2011/12	208.887	34.403	**	**
2012/13*	215.520	32.576	**	**
* vorläufige Zahlen			** Es liegen keine Zahlen vor.	
alle Angaben nach: Statistisches Landesamt, www.statistik-hessen.de				



# Anspruch und Wirklichkeit

## Lehr- und Lernbedingungen an hessischen Hochschulen

Das Studium erziehungs- und bildungswissenschaftlicher Fächer qualifiziert für vielfältige Berufsfelder, zum Beispiel in der außerschulischen Bildung. Thematisiert wird unter anderem die bedarfsgerechte und angemessene Konzipierung von Lehr- und Lernsettings. Vor diesem Hintergrund stelle ich mir als Master-Studentin der Erziehungs- und Bildungswissenschaft in diesem Artikel die Frage, inwieweit die Studienbedingungen der Philipps Universität Marburg bedarfsgerecht und pädagogisch sinnvoll gestaltet sind.

Die Studierendenzahlen am Institut für Erziehungswissenschaft werden seit einigen Jahren kontinuierlich leicht überbucht, sind an sich aber relativ konstant. Im Wintersemester 2012 begannen so rund 120 Studierende im Bachelor-Studiengang (BA) und 55 im Master-Studiengang (MA). Die Zulassungbeschränkung erscheint mir als sinnvolle Maßnahme zur Qualitätssicherung meines Studiums. Mit acht Professorinnen und Professoren sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird die Betreuung der Studierenden vergleichsweise gut gestaltet, auch wenn die Prüfungsplätze begrenzt sind. Angesichts der vorhandenen Kapazitäten würde eine stärkere Überbuchung die Studienbedingungen verschlechtern. Andererseits bewerte ich aber den Zugang zu Masterstudienplätzen als unfaires Ausleseverfahren. Die Nachfrage ist hoch, es werden aber nicht alle zugelassen. Die Abschlussnote des BA entscheidet dann maßgeblich über die Zukunft der Studierenden. Die Fragen, wie vergleichbar Notengebung an unterschiedlichen Hochschulen, innerhalb der jeweiligen Hochschule oder sogar am eigenen Institut ist und welche Auswirkungen mögliche Unterschiede haben, wurden meines Erachtens nach nie bedacht. Auf keinen Fall würde ich die Grenzziehungen als nachfrage- oder bedarfsgerecht bezeichnen.

Die Begrenzung von Studienplätzen führt auch nicht automatisch zu bedarfsgerechter Gestaltung von guten Seminaren. Die Proseminare im Bachelor-Studiengang müssen, dank der in den 1970er Jahren beschlossenen Kapazitätsverordnung (KapVo), mit 60 Studierenden kalkuliert werden. In den vergangenen Jahren konnte der großen Belegungsdichte durch Lehraufträge aus Mitteln zur Verbesserung der Qualität der Studienbedingungen und der Lehre (QSL-Mittel) entgegengewirkt werden. Die QSL-Mittel wurden seit 2008/2009 den Universitäten als Ersatz für die ab-

geschafften Studiengebühren zur Verfügung gestellt. Die Gelder konnten ausschließlich zur Verbesserung von Studium und Lehre verwendet werden.

Unter anderem mit diesen Mitteln belegen nicht mehr 60, sondern „nur“ 40 Studierende ein Proseminar. Durch den Wegfall dieser Gelder ist damit zu rechnen, dass in Zukunft wieder mit 60 Personen kalkuliert werden muss. Dies führt in Kombination mit den kaum vorhandenen großen Seminarräumen dazu, dass unzureichend Sitzplätze zur Verfügung stehen und ein Sauerstoffmangel schnell zu Kopfschmerzen führt. Der Umstand, dass Räume keine Fenster besitzen oder Gebäude von Zug- und Autobahnlärm beschallt werden, sobald Fenster geöffnet werden, begünstigt das zusätzlich. Barrierefreie Räume sind kaum zu finden. Außerdem verhindern zu große Seminargruppen in zu kleinen Räumen das Anwenden und Erlernen vielfältiger didaktischer Seminarmethoden, auf die in der zukünftigen Berufspraxis zurückgegriffen werden könnte. Letztlich sind in den meisten Seminaren viele Studierende verpflichtet, mündliche Studienleistungen zu erbringen, oft in Form von Referaten, so dass die Lehrenden kaum noch zu Wort kommen und die Qualität der Veranstaltungen stark leiden kann. Sollen Studierende so praxisnah lernen, wie pädagogische Bildungsangebote (nicht) bedarfsgerecht gestalten werden?! Die veraltete, den konsekutiven Studiengängen nicht angemessene KapVo muss dringend zur Verbesserung der Studienbedingungen überarbeitet werden.

Durch das Bund-Länder-Programm „Qualitätspakt Lehre“ sollen die Studienbedingungen verbessert, Tutorien, Hilfskraftstellen oder abgeordnete Lehrerinnen und Lehrer finanziert werden. Eine sinnvolle Investition, gäbe es nicht die zahlreichen Hürden bei der Antragstellung und Umsetzung! Wie kann es sein, dass Fachbereiche Ende August erfahren, dass sie seit Monatsbeginn Personal einstellen können, wenn rückwirkende Verträge ausgeschlossen sind? Wie ist es möglich, dass die Gelder nur bis Ende 2012 zur Verfügung stehen, wenn die Vorlesungszeit bis Februar 2013 dauert? Was ist von prekären Kurzzeitstellen über vier Monate für Tutorinnen und Tutoren zu halten, wenn ihre Vorgesetzten sie nicht aus eigenen Mitteln weiterfinanzieren? Selbst der „Leitfaden für das Beschäftigungsverhältnis studentischer Hilfskräfte“ sieht eine Mindestbeschäftigungsdauer von sechs Monaten vor. Die Gelder „für ein richtig gutes Studium“ verstärken also die prekären Arbeitsbedingungen an den hessischen Hochschulen, durch die ein gutes und erfolgreiches Studium immer schwieriger wird: Dozentinnen und Dozenten, die mit dem Dauerstress einer oft sehr kurz befristeten Stelle kämpfen, bleibt für die Lehre oft einfach zu wenig Zeit.

Gute Studienbedingungen resultieren größtenteils aus guten Rahmenbedingungen. Um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit universitärer Bildung zu verringern, sollten diese dringend ausgebaut werden, um ein gutes und erfolgreiches Studium zu gewährleisten.

Katrin Peyperl

### Mitgliederversammlung der Jungen GEW Sprecherwahlen in Wetzlar am 15. und 16. Februar 2013

Die Junge GEW Hessen lädt alle Mitglieder der Personengruppe, das sind alle GEW-Mitglieder unter 35 Jahren, am 15. und 16. Februar 2013 zur Mitgliederversammlung in die Sport- und Bildungsstätte Wetzlar ein (Friedenstraße 99). Unter anderem werden die neuen Sprecherinnen und Sprecher gewählt. Eine detaillierte Einladung folgt.

- Anmeldungen bis zum 31. Januar 2013 an: [bloesel@gew-hessen.de](mailto:bloesel@gew-hessen.de)



# Wohnraum ist knapp

## Mieten steigen und Wohnheimplätze sind rar

Wer heute studieren möchte, muss nicht nur bildungswillig sein, sondern in zunehmendem Maße auch flexibel. Dies bezieht sich nicht nur auf Vorlesungszeiten und Finanzierungsprobleme, sondern längst auch auf die Möglichkeit, überhaupt in einer Hochschulstadt wohnen zu können. Wer nicht heimatnah studieren kann oder möchte, sieht sich vor der Problematik der Wohnungssuche.

Neben persönlichen Wünschen, der Wohnform oder der Nähe zur Hochschule stellt sich die Frage, ob man überhaupt etwas findet. Es ist ein trauriger Trend, dass immer mehr Studentinnen und Studenten die ersten Wochen ihres Studiums in Notunterkünften wie Turnhallen verbringen müssen, bevor sie eine eigene Wohnung finden.

Seit Jahren steigende Studierendenzahlen haben zur Folge, dass bezahlbarer Wohnraum für Studentinnen und Studenten immer schwieriger zu finden ist. Hinzu kommen die ebenso seit Jahren stark steigenden Mietpreise auf dem freien Wohnungsmarkt.

Durchschnittlich geben nach der letzten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus dem Jahr 2009 Studierende in Hessen 291 € monatlich für ihre Miete aus. Das sind im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nochmal zehn Euro mehr. Bei einem Höchstsatz von 670 € nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und 157 € Ausgaben für Essen bleibt nicht mehr viel übrig für Lernmittel, Kleidung, Versicherung, Kultur, Semesterbeiträge und Sonstiges.

### In Hessen fehlen 4.000 Wohneinheiten

Die deutschen Studierendenwerke bieten mit ihren rund 230.000 Wohnplätzen knapp 11 % der Studentinnen und Studenten eine kostengünstige Möglichkeit, am Studienort zu leben. Leider sieht bei uns in Hessen die Situation nicht ganz so gut aus. Mit rund 13.500 Wohnplätzen erreichen die hessischen Studentenwerke nur eine Unterbringungsquote von 7,3 %. Bedingt durch zu wenige Wohnheimplätze und die geringen finanziellen Möglichkeiten der Studierenden ergibt sich eine direkte Konkurrenz zu anderen Menschen mit niedrigem Einkommen auf dem freien Wohnungsmarkt. So konkurrieren Studierende mit Rentnerinnen und Rentnern, Geringverdienern sowie Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II um bezahlbaren Wohnraum. Dies führt in vielen hessischen Hochschulstädten zu stark überzogenen Mietpreisen.

Für viele Studierende aus dem Ausland, die an Austauschprojekten wie ERASMUS teilnehmen, sind Wohnheimplätze die einzige Möglichkeit, in einer Hochschulstadt unterzukommen. Üblicherweise sind Mietverträge über nur ein Semester von kaum einem privaten Vermieter gewünscht. Die Allgemeinen Studierendenausschüsse (ASten), die Studentenwerke sowie einige Städte bemühen sich jedes Jahr darum, Vermieterinnen und Vermieter dafür zu gewinnen, Wohnraum für Studierende günstig anzubieten. Sie übernehmen die kostenfreie Vermittlung und haben schon vielen Studierenden geholfen, am Studienort Fuß zu fassen.

Deutschlandweit liegt der Neubaubedarf für Wohnheime bei 25.000 günstigen Wohnheimplätzen, so die Forderung des Deutschen Studentenwerks. Alleine hier in Hessen fehlen 4.000 bezahlbare Wohneinheiten für Studierende. *Andrea Klug*, Vizepräsidentin des Deutschen Studentenwerks, bekräftigte, dass die Studentenwerke weiter „alles in ihrer Macht Stehende“ tun werden, „um preisgünstigen Wohnraum für Studierende zu schaffen.“ Durch kostenfreie Erbbaugrundstücke sowie günstige Kreditkonditionen hat das Land Hessen den Studentenwerken schon geholfen, die Situation für Studierende zu verbessern, doch um es den hessischen Studentenwerken zu ermöglichen, neuen, kostengünstigen Wohnraum zu errichten, brauchen wir ein mehrere Jahre umfassendes Wohnraumförderprogramm für Studierende, wie es in Bayern aufgelegt wurde. Dort wird jeder Wohnheimplatz mit 26.000 € gefördert. Nur so kann dauerhaft ein preisgünstiges Wohnraumangebot für Studentinnen und Studenten geschaffen werden. Eben diesen preisgünstigen Wohnraum brauchen wir in Hessen dringend, wenn hier weiterhin auch finanziell schwächere Studierende leben und lernen sollen. Die soziale Dimension eines Studiums darf nicht vergessen, sondern muss gefördert werden.

Sebastian Seban





# Karriere kostet

## Vereinbarkeit von Familie und Beruf an Hochschulen

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für junge Frauen und Männer ein wichtiger Aspekt bei der Familienplanung. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die an Universitäten tätig sind, werden aufgrund ihrer langen Qualifikationsphasen und den speziellen Beschäftigungsbedingungen hier vor besondere Herausforderungen gestellt.

Die deutsche Universitätslandschaft zeichnet sich durch eine zunehmende Fluktuation ihres wissenschaftlichen Personals im Mittelbau aus, was von der Hochschulpolitik so gewollt und in den letzten Jahren zunehmend forciert wurde, unter anderem durch das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) und entsprechende Beschäftigungsbedingungen mit unstenen Beschäftigungsverläufen, fragilen Wissenschaftslaufbahnen und unberechenbaren Berufsperspektiven. Eine Familiengründung, die ein gewisses Maß an existenzsichernder Perspektive und ebenso freie Zeit verlangt, ist in dem Karrieremodell „Wissenschaft“ nicht berücksichtigt. Die zunehmende Entgrenzung und die Subjektivierung von Arbeit (1), die mit hoher Arbeitszeit und hohen Anforderungen einhergehen, sind kaum mit dem privaten Leben zu vereinbaren und fordern von den Beschäftigten einen Aufschub der Familiengründung. Das Forschungsprojekt „Wissen- oder Elternschaft?“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) konnte im Extremfall sogar den Verzicht auf eigene Kinder belegen (2).

Projektergebnisse zeigen, dass die prekären Beschäftigungsbedingungen (Teilzeit und Befristung) einen erheblichen Einfluss auf das generative Verhalten des wissenschaftlichen Nachwuchses haben (3). Der Anteil der Kinderlosen ist mit insgesamt 72% der im Mittelbau Beschäftigten verglichen mit anderen Bevölkerungsgruppen sehr hoch, wobei die Frauen dieser Statusgruppe mit 75% signifikant häufiger kinderlos sind als die Männer (71%). Bei denjenigen, die nur befristet beschäftigt sind, liegt der Anteil der Kinderlosen sogar bei 79%, die unbefristet Beschäftigten sind „nur“ zu 57% kinderlos. Auch Teilzeitbeschäftigung hat einen großen Einfluss: 76% der in Teilzeit beschäftigten Wissenschaftlerinnen haben keine Kinder und sogar 85% der Wissenschaftler. Die häufig formulierte These, Teilzeit würde vor allem von Frauen dazu genutzt, neben der Arbeit Kinder betreuen zu können, wird zumindest für die Wissenschaftlerinnen damit widerlegt.

Angesichts dieser Ergebnisse verwundert es nicht, dass viele junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Universitäten nach einer relativ kurzen Beschäftigungsdauer wieder verlassen, vor allem wenn sie an eine Familiengründung denken. Das noch laufende BMBF-Projekt zur „Mobilität und Drop-Out der wissenschaftlichen Beschäftigten“ stellte fest, dass 2009 fast ein Fünftel (17,3%) des wissenschaftlichen Mittelbaus die deutschen Universitäten verließ (4). Die Ausgeschiedenen waren im Schnitt nur 4,7 Jahre an der Universität beschäftigt gewesen. Auffällig ist, dass die meisten in dieser Zeit viele Verträge mit zum Teil sehr kurzen Laufzeiten hatten (22 Monate pro Vertrag). In dem Projekt, das vom BMBF und vom Europäischen Sozialfonds finan-

ziert wird, wurden anonymisierte personalstandsbezogene Daten von 18 bundesdeutschen Universitäten ausgewertet.

Interviews, die im Rahmen des oben benannten Projekts geführt wurden, zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und einer wissenschaftlichen Tätigkeit aufgrund der universitären Rahmenbedingungen scheinbar nur mit intensiver Unterstützung des Partners beziehungsweise der Partnerin oder der Familie gelingen kann. Was aber ist mit denjenigen, die weder über die finanziellen noch über die personellen Unterstützungsressourcen verfügen? Bund, Länder und Hochschulen sind aufgefordert, jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern stabile Beschäftigungsbedingungen zu bieten sowie planbare und berechenbare Karriereperspektiven aufzuzeigen. Dazu zählen beispielsweise Tenure Track-Optionen für Postdocs, Mindeststandards für befristete Beschäftigung und eine geschlechter- und familiengerechte Hochschule. Nur ausgezeichnete Arbeitsbedingungen schaffen ausgezeichnete Wissenschaft!

Petra Selent und Dorothee Koch

Die Autorinnen arbeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen am Zentrum für Hochschulbildung der TU Dortmund.

(1) J.Egbringhoff u.a.: Subjektivierung von Bildung. Bildungspolitische und bildungspraktische Konsequenzen der Subjektivierung von Arbeit. Arbeitsbericht. Institut Arbeit und Gesellschaft (INAG). München und Chemnitz 2003

(2) S.Metz-Göckel u.a.: Kollisionen – Wissenschaftler/innen zwischen Qualifizierung, Prekarisierung und Generativität. In: Beaufaÿs u.a. (Hrsg.): Einfach Spitze? Neue Geschlechterperspektiven auf Karrieren in der Wissenschaft. Frankfurt 2012

(3) P.Selent, S.Metz-Göckel, R.Schürmann: Arbeitsplatz Hochschule. Wiesbaden 2011

(4) [www.zhb.tu-dortmund.de/hd/mobile\\_dropouts/](http://www.zhb.tu-dortmund.de/hd/mobile_dropouts/)

### Weiterführende Literatur

S.Rech u.a.: Familiengerechte Hochschule durch Managing Diversity – Aspekte eines ganzheitlichen Konzeptes mit dem Ziel der Work-Life-Balance. In: B.Roßmanith u.a. (Hrsg.): Work-Life-Balance und Familiengerechtigkeit – Beispiel Hochschule. Saarbrücken 2008

Beschäftigungsbedingungen und Kinderlosigkeit des wissenschaftlichen Personals. In: U.Klammer, M.Motz: Neue Wege – Gleiche Chancen. Expertisen zum Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Wiesbaden 2011, S. 331-361

### Kita-Ausbau: 220.000 Plätze fehlen

Am 1. März 2012 wurden 558.000 Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. Um das Ziel zu erreichen, bis zum August 2013 für 780.000 der unter Dreijährigen ein Betreuungsangebot zur Verfügung zu stellen, müssen noch rund 220.000 Plätze für Kleinkinder geschaffen werden. „Der Zuwachs muss binnen 18 Monaten damit stärker ausfallen als in den letzten vier Jahren insgesamt“, erklärte Karl Müller, Direktor beim Statistischen Bundesamt (Destatis), anlässlich einer Pressekonferenz in Berlin.



# Gipfel der Prekarität



## Lehrbeauftragte an hessischen Hochschulen

Von 2005 bis 2011 ist die Zahl der Studienanfänger im ersten Fachsemester an hessischen Hochschulen von 38.000 auf 56.500 angestiegen, was einem Zuwachs von etwa 50 % entspricht. Die Landtagsfraktion „Die Linke“ fragte jetzt zum zweiten Mal nach der Entwicklung des Lehrpersonals in dieser Zeit, nach dem Anteil von Lehrbeauftragten an der Lehre, nach den Vergütungssätzen, nach unvergüteten Lehraufträgen und erstmals auch nach der Dauer der Beschäftigung (1).

Von 2005 bis 2009 blieb in den fünf hessischen Universitäten (ohne Kliniken) die Zahl besetzter Professorenstellen mit 1.607 nahezu unverändert; bis 2011 ist dann ein Zuwachs um 11 % zu verzeichnen. Das übrige hauptberufliche wissenschaftliche Personal wuchs um 27 %; der Umfang der Beschäftigung lag im Durchschnitt bei einer Dreiviertelstelle. Die Zahl der Nebenberufler verdoppelte sich in diesem Zeitraum auf etwa 2.800 Personen. Dennoch beziffern die hessischen Universitäten den Anteil der Lehrbeauftragten an der Lehre für 2011 mit unter 7 %, lediglich Marburg gibt mit 20 % einen höheren Anteil an.

Die Kunst- und Musikhochschulen verzeichnen zwischen 2005 und 2009 einen Zuwachs besetzter Professorenstellen um 7 %, von 2005 bis 2011 um 15 %. Bezogen auf den Stellenbestand sind 93 % der Professorenstellen besetzt. Das ist viel. Beim sonstigen wissenschaftlichen Personal gab es wie bei den Lehrbeauftragten zwischen 2005 und 2009 kaum Veränderungen, bis 2011/12 gab es bei den Lehrbeauftragten einen Anstieg um 11 %. Der Anteil der Lehrbeauftragten an der Lehre wird für die Frankfurter Hochschule für Musik und Darstellende Kunst mit 64 %, für die Offenbacher Hochschule für Gestaltung mit 8 % angegeben.

An den Fachhochschulen hat sich die Zahl der Professorinnen und Professoren von 2005 bis 2009 sogar leicht vermindert. Das sonstige hauptberufliche wissenschaftliche Personal verdoppelte sich von 160 auf 317 und stieg bis 2011 auf 445. Der Umfang der Beschäftigung lag im Durchschnitt bei 70 %. Die Zahl der Lehrbeauftragten wird für das Wintersemester 2011/12 mit 2.400 angegeben, was gegenüber dem Stand von 2005 einer Zunahme von über 40 % entspricht. Der Anteil der Lehraufträge an der Lehre im Hochschuldurchschnitt wird mit 24 % bis 44 % angegeben.

Die Angaben der Hochschulen über den Anteil von Nebenberuflern an der Lehre liegen systematisch zu niedrig.

### Ausgrenzung des DGB aus der öffentlichen Debatte

Mitte Dezember 2012 hat der DGB ein hochschulpolitisches Programm vorgestellt. Nicht einmal der „Informationsdienst Wissenschaft“ (idw), dem sonst nahezu jede Presseerklärung einzelner Hochschulen einen Eintrag wert ist, ist bisher darauf eingegangen. Vergleicht man diese mediale Missachtung mit der Aufmerksamkeit, die beliebige Pressemeldungen wirtschaftsnaher Stiftungen und Einrichtungen zur Hochschulpolitik auslösen, muss man von einer hochschulpolitischen Ausgrenzung des DGB sprechen.

- Zum Weiterlesen: [www.nachdenkseiten.de/?p=15460](http://www.nachdenkseiten.de/?p=15460)

Bei den Professorinnen und Professoren werden weder alle Stundenentlastungen und Stundenanrechnungen noch deren Forschungssemester berücksichtigt. In der Regel wird auch nicht dargelegt, wie die so genannten kapazitätsneutralen Lehraufträge (Stunden aus freien Stellen) gerechnet wurden.

Die Daten sind nicht vergleichbar. Die einsame Spitzenposition der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main verweist auf anderes: Die von Haupt- und Nebenberuflern erbrachten Lehrleistungen müssen zusammen mit dem „erforderlichen Lehrangebot“ gesehen werden. Die Musikhochschule erbringt das in Form von Einzelunterricht. Die Größe „Erforderliches Lehrangebot“ gibt es tatsächlich. Sie wird für das Hochschulcontrolling ermittelt und ist ein Verteilungsschlüssel der Kosten in der Kostenträgerrechnung. Hochschul- und bildungspolitisch ist dies allerdings eine lästige, gern versteckte Größe. Sie ist eine Hilfsgröße, um Semesterwochenstunden nicht erbrachter Lehre zu ermitteln. Die Mitglieder der Hochschulsenate sollten diese Berechnungen als wichtigen Indikator für die Qualität des Studiums einfordern.

Die hessischen Hochschulen verlagern Lehre weg von lehrenden Professorinnen und Professoren hin zu wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern und zu Lehrkräften für besondere Aufgaben, insbesondere aber zu Lehrbeauftragten. Das wird ungern vorgezeigt. Wollte man nur ein Drittel der Lehrbeauftragten durch hauptberufliches Personal ersetzen, wären nach dem Schlüssel des Statistischen Bundesamts zur Umrechnung von nebenberuflichem in hauptamtliches Personal bei den hessischen Universitäten 180 Professoren erforderlich, bei Kunst- und Musikhochschulen 27 und bei den Fachhochschulen 160. Das zeigt: Ein großer Teil der „Studienplätze“ in Hessen wird heute durch Lehraufträge gesichert. Folgerichtig wurden viele unbesetzte Professorenstellen („Stellenhülsen“) der Hochschulen im letzten Landeshaushalt gestrichen.

Keineswegs alle Lehrbeauftragten sind prekär beschäftigt. Aber im Gegensatz zur Fiktion des Landes wächst die Gruppe derer, die hauptberuflich als „Nebenberufler“ tätig sind, übrigens nicht allein im Hochschulbereich. Es liegt deshalb angesichts des Strukturwandels der Hochschullehre nahe,

- die Einbeziehung der Lehrbeauftragten in Tarifverhandlungen zu fordern,
- die Auseinandersetzungen um Vergütungssätze auf die Landesebene zu verlagern und
- die Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung zu sichern.

Dazu erwarten wir erhebliche Mehraufwendungen des Landes für die Hochschulen.

Christian Strohbach

Christian Strohbach ist Diplom-Soziologe und war bis 2008 Planer der Fachhochschule Frankfurt sowie Mitglied der Gewerkschaftsliste des technisch-administrativen Personals.

(1) Landtagsdrucksachen 18/5152 und 18/5153



# Aufstieg durch Bildung?

## Soziale Mobilität im Hochschulbereich

Bildung ist eine der entscheidenden sozialen Fragen des 21. Jahrhunderts. Eine demokratische Gesellschaft bedarf gebildeter Bürger, ihrer Reflexivität, gesellschaftlichen Urteilskraft und politischen Handlungskompetenzen. Es kommt daher im Interesse einer demokratischen Gesellschaftsentwicklung wesentlich darauf an, allen Menschen unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Ethnizität, Religion, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung den Zugang zu allen Bildungsinstitutionen zu ermöglichen.

Dies ist in Deutschland bekanntlich in besonders hohem Maße nicht gegeben. Zwar kam es in den letzten vierzig Jahren zu einer deutlichen Expansion weiterführender Bildung und das Bildungsniveau der Bevölkerung ist gestiegen. Allerdings hat dies nicht zu einer Angleichung der Chancen von Kindern aus unterschiedlichen Sozialmilieus geführt. Sozial selektiv wirkt das Bildungssystem vor allem hinsichtlich der sozialen Herkunft und des Migrationshintergrundes, während sich geschlechtsspezifische Ungleichheiten (abgesehen von fachspezifischen Segregationen) deutlich reduziert haben. Je weiter wir in den Bildungsinstitutionen „nach oben“ kommen, desto geringer wird der Anteil an Menschen aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern. Hochschulen sind damit durch eine besonders hohe Selektivität gekennzeichnet.

Wie die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerkes aufzeigen, hat sich die Teilnahme an weiterführender Bildung innerhalb der letzten vierzig Jahre vervierfacht: Während 1970 nur etwa jeder Zehnte über die Hochschulreife verfügte, ist dies heute fast die Hälfte eines Altersjahrganges. Die Zunahme der Studienberechtigungen ist vor allem in Öffnungsprozessen des Bildungssystems begründet, indem Studienberechtigungen heute nicht mehr nur von den allgemeinbildenden Gymnasien vergeben werden, sondern auch von Institutionen des berufsbildenden Bereichs. Diese Öffnung des Bildungssystems führte auch zu einer Steigerung des Anteils von Kindern aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern. Allerdings schlägt sich das nicht in einer entsprechend hohen Studienaufnahme nieder, denn viele Studienberechtigte aus niedrigeren Sozialmilieus entscheiden sich trotz Hochschulzugangsberechtigung gegen ein Studi-

um und nehmen eine Berufsausbildung auf. Dies führt dazu, dass Akademikerkinder und Kinder der Mittelschicht an den Hochschulen deutlich überrepräsentiert sind. So ist die Bildungsbeteiligungsquote von Beamtenkindern fast viermal so hoch wie die von Arbeiterkindern, die der akademisch gebildeten Selbstständigen fast fünfmal so hoch.

Wie ist dies zu erklären? Warum nehmen nach wie vor vergleichsweise weniger Kinder aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern ein Hochschulstudium auf als Kinder der Mittel- und Oberschichten? Diskutiert werden in diesem Zusammenhang vor allem sozialgruppenspezifische Bildungsaspirationen. Entscheidungstheoretische Ansätze erklären solche Entscheidungen als „sekundäre Effekte“. Damit ist die Tatsache gemeint, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Stellung unterschiedliche Bildungsentscheidungen treffen. Auch bei gleich guten Schulleistungen, so die These hier, entscheiden sich Menschen aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern häufiger für „bescheidenere“ Ziele. Nicht unwesentlich sind dabei auch monetäre Aspekte. So kann die Abwägung früherer Verdienst versus finanzielle Abhängigkeit vom Elternhaus oder vom Staat (BAföG) und aufgeschobenes eigenes Einkommen schnell zur Entscheidung für eine Berufsausbildung und gegen ein Studium führen. Lange Studiendauer, fehlendes bzw. spätes eigenes Einkommen und Studiengebühren können hier für Menschen aus niedrigen Sozialklassen abschreckend wirken. Auch können Eltern, die selbst nicht studiert haben, sich häufig nicht vorstellen, in welche Berufe manche Studien münden können.

### Akademiker und Mittelschicht überrepräsentiert

Reproduktionstheoretische Ansätze gehen hier einen Schritt weiter und erklären solche Befunde nicht nur aus individuell rationalen Bildungsentscheidungen, sondern nehmen gesellschaftliche und institutionelle Dimensionen in den Blick. Die These ist hier, dass Menschen sich deshalb gegen höhere Bildung entscheiden, weil sie zuvor im Rahmen ihrer Sozialisation ganz unmerklich bestimmte Normen und Werte internalisiert haben, die dazu führen, dass diese sich „freiwillig“ gegen einen weiterführenden Bildungsweg entscheiden. Zum einen, da sie im Rahmen ihrer Sozialisation verinnerlicht haben, dass Menschen ihrer Sozialgruppe in der Gesellschaft nicht „oben“, sondern „unten“ zu sein haben. Aber auch deshalb, weil Menschen im Laufe ihrer Sozialisation einen schichtspezifischen Habitus herausgebildet haben. Und dieser passt nur begrenzt in den akademischen Raum. Die unterstellte Zielgruppe, an deren Habitus sich auch die Hochschulen orientieren, ist in erster Linie der weiße, deutsche Abiturient aus der Mittel- und Oberschicht. Menschen mit Migrationshintergrund oder Menschen aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern kommen zwar auch an die Hochschulen, Inhalte von Lehrveranstaltungen oder die Kommunikation untereinander sind aber wenig auf diese Gruppen zugeschnitten. Der Hochschulbesuch erfordert daher von ihnen eine deutlich höhere Anpassungsleistung an die beste-

### Soziale Selektion beim Zugang zum Studium



\* nach dem Kriterium, ob der Vater einen Hochschulabschluss erworben hat oder nicht; Quelle: DEWISHS 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013



henden Normen. Was kann also geändert werden, um die Studienattraktivität für Studierende aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern zu erhöhen?

Ein wichtiger Punkt ist die gezielte Beratung und Unterstützung bereits in den Schulen, indem Kinder aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern von Lehrkräften oder Professionellen der Jugendarbeit gezielt auf die Chancen eines Studiums hingewiesen werden. Gerade dann, wenn das Elternhaus selbst wenig Erfahrung mit einem Hochschulstudium hat, kann die Unterstützung durch Lehrkräfte, gegebenenfalls auch in direktem Gespräch mit den Eltern, zur entscheidenden Weichenstellung werden.

### Hochschulen müssen umdenken

Aber auch die Hochschulen selbst müssen umdenken. Es kann nicht nur um einseitige Anpassungsleistungen von Seiten der Studierenden gehen. Vielmehr müssen die Hochschulen ihrerseits ein Bewusstsein für die Diversität von Studierenden entwickeln. Dazu gehört die gezielte Entwicklung von Curricula, die dieser Diversität Rechnung tragen, genauso wie die Anerkennung beruflicher und außerhalb der Hochschule erbrachter Qualifikationen für das Studium. Auch die Öffnung der Hochschulen für Berufserfahrene ist ein ganz wichtiger Schritt in Richtung der Erhöhung von Chancengleichheit an den Hochschulen, denn der Zugang über den zweiten und dritten Bildungsweg ist gerade für Menschen aus unteren Sozialschichten eine nicht selten genutzte Möglichkeit, frühere Bildungsentscheidungen zu korrigieren und doch noch ein Studium aufzunehmen. Und auch der Arbeitsplatz Hochschule als mögliche Berufseinmündung der Studierenden sollte so gestaltet werden, dass Wissenschaft als ein attraktives Arbeitsfeld nicht nur für Mittelschichtskinder erscheint. Und in Richtung der Politik muss die Forderung formuliert werden, Studieren nicht zusätzlich durch Studiengebühren unattraktiv zu machen, sondern vielmehr Stipendienmöglichkeiten weiter auszubauen.

### Initiativen zur Reduzierung von Ungleichheit

In jüngster Zeit ist die Thematik wieder stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik gekommen, so dass auch Initiativen entstanden sind, die die Reduzierung sozialer Ungleichheit an den Hochschulen zum Gegenstand haben.

- Die *Hans-Böckler-Stiftung* hat zusammen mit der Universität Duisburg-Essen und der Hochschule Niederrhein ein **Studienangebot speziell für Berufserfahrene** entwickelt. Zentrale Aufgabe des Modellprojekts ist es, die Studienaufnahme zu unterstützen und einen erfolgreichen Beginn des Studiums zu gewährleisten. In der Zusammenarbeit mit den Hochschulen ist die Entwicklung vorgeschalteter passgenauer curricularer Angebote für Berufserfahrene zur Sicherstellung der Studierfähigkeit vorrangig. Dazu werden kleine Lerngruppen (10 bis 15 Studierende) gebildet, die eine eigene dafür abgestellte Hochschullehrkraft durch das Vorstudium und auch durch die ersten beiden Semester begleitet.
- Bei *Arbeiterkind.de* handelt es sich um eine von *Katja Urbatsch* im Jahre 2007 ins Leben gerufene Initiative mit dem Ziel, Studierende zu unterstützen, die über keinen akademischen Hintergrund verfügen. Diese Initiative, die ursprünglich an der Justus-Liebig-Universität Gießen entstand, ist heute bundesweit tätig. Das Projekt stellt auf einer Open



Network Plattform Informationen zum Studium, zur Studienfinanzierung sowie zum wissenschaftlichen Arbeiten zur Verfügung. Die Homepage [www.arbeiterkind.de](http://www.arbeiterkind.de) ist mit einem sozialen Netzwerk gekoppelt. Über dieses Netzwerk findet eine Vernetzung mit anderen Mitgliedern statt, es können persönliche Fragen diskutiert und Termine zu Veranstaltungen verschickt werden. Angeboten werden Schulungen für Mentorinnen und Mentoren, Eins-zu-Eins-Trainings oder auch Workshops zu Rhetorik und wissenschaftlichem Arbeiten. Außerdem gibt es regionale Stammtische, an denen sich die Mitglieder über ihre Studiererfahrungen austauschen, und gezielte Veranstaltungen an Schulen, bei denen für die Aufnahme eines Studiums geworben wird. Inzwischen gibt es bei *Arbeiterkind.de* einige hauptamtliche Stellen, der größte Teil der Arbeit wird jedoch von ehrenamtlichen Mentorinnen und Mentoren geleistet. Dass sich inzwischen über 5.000 Menschen bei *Arbeiterkind.de* angemeldet haben, zeigt, wie wichtig ein solches Beratungs- und Unterstützungsforum ist. Wie eine Begleitforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen belegt, erreicht die Initiative überwiegend die angestrebte Klientel, also Menschen, die als erste in ihrer Familie studieren.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass gezielte Maßnahmen durchaus erfolgreich sein können. In seinem Buch „Demokratie und Erziehung“ begründet *John Dewey* die Notwendigkeit von Chancengleichheit damit, dass eine demokratische Gesellschaft geistig und materiell verarmt, so sie es nicht vermag, die in ihr existierende Vielfalt zu nutzen. In diesem Sinne ist die Forderung nach mehr Chancengleichheit im Hochschulsystem nicht nur ein Akt der sozialen Gerechtigkeit, sondern eine Notwendigkeit für die weitere Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft.

Prof. Dr. Ingrid Miethe, Justus-Liebig-Universität Gießen

# Geld für die Hochschulen

## Ohne eine andere Verteilung ändert sich nichts

Jedes Jahr im September ist es wieder soweit: Die OECD veröffentlicht in ihrem Band „Bildung auf einen Blick“ die neuesten Zahlen der internationalen Bildungsforschung. Eine wichtige Kennziffer in diesem Bericht ist die Höhe der Bildungsausgaben. Um diese international vergleichbar zu machen, werden die Bildungsausgaben in Bezug zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), also zur Wirtschaftsleistung der einzelnen Länder gesetzt.

Für Deutschland liegt dieser Wert seit Jahren eher im unteren Mittelfeld der 34 Mitgliedsstaaten (vgl. Tabelle). Während die Bildungsausgaben in Relation zum BIP hierzulande im Jahr 2009 5,1 Prozent ausmachten, waren dies in Belgien 6,6, in Dänemark 8,7, in Finnland 6,8, in Frankreich 5,9 Prozent. Der OECD-Durchschnittswert betrug 5,8 Prozent. Neuere international vergleichbare Zahlen liegen nicht vor.

Bemerkenswert ist, dass die Bundesregierung den deutschen Wert von 5,1 Prozent gefeiert hat – und in der Tat bedeutet er einen Höchstwert innerhalb der letzten Dekade. Diese Steigerung führte sie auf ihre erfolgreiche Politik zurück. Zur Erinnerung: Im Jahr 2008 wurde auf einem „Bildungsgipfel“ der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten der Länder das Ziel ausgegeben, die öffentlichen *und* privaten Bildungsausgaben in wenigen Jahren deutlich zu erhöhen. Die stattgefundene Erhöhung ist aber kein Ergebnis des Bildungsgipfels, sondern beruht einfach auf einer besonderen Entwicklung im Jahr 2009.

Öffentliche Bildungsausgaben (Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent)									
	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Belgien	-	5,9	6,1	6,0	6,0	6,0	6,0	6,5	6,6
Dänemark	7,3	8,3	8,3	8,4	8,3	8,0	7,8	7,7	8,7
<b>Deutschland</b>	<b>4,6</b>	<b>4,4</b>	<b>4,7</b>	<b>4,6</b>	<b>4,5</b>	<b>4,4</b>	<b>4,5</b>	<b>4,6</b>	<b>5,1</b>
Finnland	6,8	6,0	6,5	6,4	6,3	6,1	5,9	6,1	6,8
Frankreich	6,3	6,0	5,9	5,8	5,7	5,6	5,6	5,6	5,9
Italien	4,7	4,5	4,9	4,6	4,4	4,7	4,3	4,6	4,7
Niederlande	5,1	5,0	5,1	5,2	5,2	5,5	5,3	5,5	5,9
Norwegen	7,9	5,9	7,6	7,6	7,0	6,6	6,7	9,0	7,3
Österreich	6,0	5,6	5,5	5,4	5,4	5,4	5,4	5,5	6,0
Portugal	5,1	5,4	5,9	5,3	5,4	5,3	5,3	4,9	5,8
Schweden	7,1	7,2	7,5	7,4	7,0	6,8	6,7	6,8	7,3
Schweiz	5,7	5,4	6,0	6,0	5,7	5,5	5,2	5,4	5,5
Spanien	4,6	4,3	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,6	5,0
USA	4,7	4,9	5,7	5,3	5,1	5,5	5,3	5,4	5,5
Ver. Königr.	5,1	4,3	5,4	5,3	5,4	5,5	5,4	5,4	5,6

Quelle: OECD, Bildung auf einen Blick. 2012

### Das Wunder des Bildungsgipfels

Wiederum zur Erinnerung: Ende 2008 begann die weltweite Wirtschaftskrise, die im Folgejahr zu einem drastischen Einbruch des deutschen BIP geführt hat. Die Bundesregierung reagierte zum Jahreswechsel 2008/09 mit zwei „Konjunkturpaketen“. Damit wurden kurzfristig zusätzliche öffentliche Mittel zur Ankurbelung der Wirtschaft mobilisiert. Ein wesentlicher Anteil dieser Gelder wurde für energetische Gebäudesanierung und ähnliche Baumaßnahmen im Bildungsbereich veranschlagt. Auch wenn die Mittel nicht für zusätzliche Lehrkräfte ausgegeben wurden, profitierte der Bildungsbereich im Jahr 2009 und auch noch im Jahr 2010 von den Milliarden der Konjunkturankurbelung.

Die Erhöhung der Bildungsausgaben im Konjunkturpaket und die Absenkung des BIP führten dazu, dass die Quote der Bildungsausgaben in Relation zum BIP signifikant anstieg. Der Bildungsgipfel jedenfalls hatte damals keinen Effekt. Die Bankenrettungen in jüngster Vergangenheit zeigten, dass – wenn gewollt – auch kurzfristig enorme Mittel mobilisiert werden können.

### Leuchttürme für die Standortpolitik

Henrik Piltz, Mitautor dieses HLZ-Beitrags, hat in der Studie „Bildungsfinanzierung im 21. Jahrhundert“ berechnet, welche zusätzlichen Mittel notwendig wären, um das Bildungssystem in Deutschland zukunftsfähig zu machen. Im Folgenden soll dies am Beispiel des Hochschulbereichs illustriert werden, in dem drei zentrale Problemfelder identifiziert werden können:

- Verbesserung der Qualität der Lehre
- Erhöhung der Zahl der Studienplätze
- Abkopplung der Entscheidung zur Studienaufnahme von der finanziellen Situation der Betroffenen und ihres Elternhauses

Die Hochschulen bestreiten ihre Lehrpläne in den vergangenen Jahren bei stark steigenden Studierendenzahlen mit konstantem oder nur moderat steigendem Lehrpersonal. Dabei wird vermehrt auf atypische Beschäftigungsverhältnisse zurückgegriffen, unter anderem auf Lehrbeauftragte oder Lehrkräfte für besondere Aufgaben. Gleichzeitig verschiebt sich die Ressourcenverteilung innerhalb der Hochschulen zugunsten der Forschung, um in prestigeträchtigen Rankings und Wettbewerben (Exzellenzinitiative) erfolgreich zu sein und als „Leuchttürme“ für die Standortpolitik der jeweiligen Landesregierung zu dienen.

Um die Situation der Lehre an den Hochschulen und des hierfür beschäftigten Personals zu verbessern, muss die Betreuungquote abgesenkt, das Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen Personal verbessert werden. In den 1980er Jahren betrug diese Quote in Vollzeitäquivalenten im Durchschnitt knapp 13:1, heute liegt sie bei deutlich über 15:1. Gleichzeitig bedarf es einer Erhöhung der Sachmittel für die Lehre, damit Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium vorhanden sind.

Das zweite Problemfeld umfasst den Ausbau der Hochschulen, um zusätzliche Studienplätze zur Verfügung zu stellen. Trotz der Erhöhung der Zahl der Studienplätze durch den Hochschulpakt 2020 sind die Wartelisten in vielen Fächern weiterhin sehr umfangreich. Zugleich muss bei einem Ausbau der Hochschulen ebenfalls auf die Sicherstellung der Qualität geachtet werden. Das bedeutet, dass hier ebenso zusätzliches Personal sowie zusätzliche Sachmittel für die Absenkung der Betreuungsquote benötigt werden.

Im dritten Problemfeld ist insbesondere die Abschaffung der Studiengebühren bzw. Studienbeiträge sowie eine Erhöhung und Ausweitung des BAföG anzustreben. Die Entscheidung gegen ein Studium darf nicht aus rein monetären Gründen getroffen werden. Dass Studiengebühren eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Studierende haben, ist wissenschaftlich eindeutig belegbar. Dass die derzeitigen BAföG-Sätze nicht ausreichen und der Zugang zur Förderung viel zu restriktiv ist, zeigt sich regelmäßig in den Berichten des Deutschen Studentenwerkes.

Insgesamt ergeben sich daraus notwendige, zusätzliche Gesamtkosten in Höhe von 10,1 Milliarden Euro, die sich wie folgt aufgliedern:

- 1,84 Milliarden Euro zur Verbesserung der Betreuungsquote
- 1,95 Milliarden Euro für die laufenden Sachmittel
- 3,91 Milliarden Euro für die Anhebung der Studierendenquote, die Absenkung der Betreuungsquote und die Anhebung der Sachmittel für die zusätzlichen Studienplätze
- 1,05 Milliarden Euro für die Abschaffung der Studiengebühren und -beiträge
- 1,39 Milliarden Euro für eine BAföG-Reform

Hinzu kommen einmalige Investitionen in Höhe von 14,51 Milliarden Euro für die Erweiterung der Hochschulen.

### Zunehmend schlechtere Finanzierungsbedingungen

In der aktuellen Situation in Deutschland ist die Arbeitslosigkeit nicht das Resultat ungenügender Bildung. Sie ist vielmehr auf die extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung zurückzuführen. Diese führt gleichsam zu einer Entwicklung, in der die individuellen Chancen auf einen Arbeitsplatz mit mehr Bildung steigen, diese jedoch nicht zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führt. Der Wettbewerb um die Arbeitsplätze findet nun auf einer höheren Stufe statt.

Zur Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme muss daher auch die „Verteilungsfrage“ gelöst werden. Mehr und bessere Bildung ist wichtig, aber sie ist kein Allheilmittel. Die Nachfrage nach diesen hoch bzw. höher qualifizierten Arbeitskräften muss vom Staat ausgehen.

Das Beispiel Bildung verdeutlicht diese Tatsache: Wenn gesellschaftlich akzeptiert wird, dass Bildung ein Schlüsselfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung ist, dann müssen dafür auch die Grundlagen geschaffen werden. Die ungleichen Chancen im Bildungswesen zu beheben, ist originäre und zentrale Aufgabe des Staates. Der private Sektor kann das nicht leisten.

Auf allen Ebenen des Bildungssystems fehlen über 800.000 Vollzeitstellen. Ein Ausbau der öffentlichen Bildungsausgaben stellt nicht nur eine echte Entlastung für den Arbeitsmarkt dar, sondern kann auch mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen. Ähnliche Beschäftigungseffekte stellen sich bei einem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft ein – zum Beispiel in anderen, ebenfalls unterfinanzierten Bereichen wie der Pflege und dem Gesundheitswesen.



Mit der Verabschiedung der Schuldenbremse und des Europäischen Fiskalpakts haben sich die Bedingungen für die Umsetzung eines zukunftsfähigen Bildungssystems massiv verschlechtert. Durch die Schuldenbremse ist es den Bundesländern ab 2020 nicht mehr gestattet, neue Schulden aufzunehmen – außer in Krisenzeiten. Die Auswirkung dieser Regelung beginnen bereits heute zu greifen. So verkündete die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg im Juli 2012, mehrere tausend Lehrerstellen zu streichen. In Bremen und Sachsen sind 2012 die für Bildung zuständigen Mitglieder der Landesregierung zurückgetreten, weil sie die geplanten Kürzungen in ihrem Bereich nicht vertreten konnten. Weitere Kürzungen in der Bildung sind in fast allen Bundesländern geplant – auch in Hessen.

Um ein zukunftsfähiges Bildungssystem zu realisieren, ist daher nicht nur eine Abkehr von Schuldenbremse und Fiskalpakt notwendig. Aus diesem Grund hat die GEW bereits im Juni 2010 ein eigenes Steuerkonzept beschlossen, das zu Mehreinnahmen von jährlich rund 80 Milliarden Euro führt. Im Zentrum stehen dabei die Rücknahme der Steuergeschenke an die Wohlhabenden und Unternehmen durch Anhebung des Spitzensteuersatzes, die höhere Besteuerung von Unternehmensgewinnen sowie die Einführung einer Vermögens- und Finanztransaktionssteuer. Zudem ist die GEW Mitglied im Bündnis *UMfairTEILEN*, das zusätzlich eine Vermögensabgabe fordert, um die Profiteure der Finanz- und Wirtschaftskrise endlich zur Kasse zu bitten.

Henrik Piltz und Gunter Quaißer

Henrik Piltz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Axel Troost, Gunter Quaißer Mitglied des Landes- und Bundesfachgruppenausschusses Hochschule und Forschung der GEW; beide sind Mitglieder der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ([www.alternative-wirtschaftspolitik.de](http://www.alternative-wirtschaftspolitik.de)).



## Da bewegt sich was ...

### GEW-Organizing-Projekt an der Goethe-Uni Frankfurt

Im Frankfurter Café Albatros gibt es am Mittwochabend Ende November keine freien Sitzplätze mehr. In einem Seitenraum des Lokals diskutieren drei Dutzend wissenschaftlich Beschäftigte der Goethe-Universität über ihre alltäglichen Arbeitsbedingungen und was sich dringend in der Hochschule ändern muss. Sie sind zu einem „Get-together“ des wissenschaftlichen Mittelbaus gekommen. Eine für die GEW mehr als unübliche Versammlung, die exemplarisch den Charakter eines veränderten gewerkschaftlichen Organisationsansatzes verdeutlicht: Ein Treffen in einem Café, keine große politische Grundsatzrede, das Durchschnittsalter liegt bei knapp über 30 Jahren, viele der Anwesenden sind nicht in der GEW, auch zwei Mitglieder von ver.di sind dabei. Es gibt nur eine kurze Begrüßung, keine Tagesordnung, keine Beschlüsse. Aber in intensiven Gesprächen wird bis in die späten Abendstunden über Probleme des Arbeitens an der Hochschule und Perspektiven für politische Veränderung diskutiert.

Die GEW Hessen wagt an der Goethe-Universität Frankfurt seit Frühjahr 2012 ein organisationspolitisches Experiment und testet erstmals das so genannte „Organizing“. Als Pilotprojekt finden „Organizing“-Projekte der GEW an den Hochschulen in Hamburg und Frankfurt statt. Wir erhalten professionelle Beratung durch das gewerkschaftsnahe Beratungsnetzwerk OrKa (Organisierung & Kampagnen).

Das Organizing-Konzept entstand in der Stadtteilarbeit der Armenviertel im New York der 1920er Jahre, wurde in den 1970er Jahren von den US-amerikanischen Gewerkschaften weiterentwickelt und hält hier seit 2005 Einzug in die wissenschaftliche Diskussion und auch erfolgreich in die gewerkschaftliche Praxis. Ziele unseres Organizing-Projekts sind der Kontakt und der Austausch zwischen den Beschäftigten, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Aus-

richtung gewerkschaftlicher Arbeit an den Bedürfnissen der Beschäftigten vor Ort, aber auch die Profilierung der GEW als Organisation zur Durchsetzung von Interessen von Hochschulbeschäftigten, in der Folge auch die Aktivierung und die Gewinnung neuer Mitglieder.

Die Entscheidung, den Organizing-Ansatz an der Frankfurter Goethe-Universität zu verfolgen, ist dem Umstand geschuldet, dass die Goethe-Universität als Stiftungsuniversität über größere Spielräume in arbeitspolitischen Angelegenheiten verfügt. Eine der zentralen Freiheiten besteht darin, einen eigenen Haustarifvertrag abschließen zu können. Damit rückt das Engagement der an der Hochschule Beschäftigten noch mehr in den Fokus, wenn es darum geht für die Verbesserung der eigenen Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Insgesamt arbeiten an der Goethe-Universität aktuell rund 2.500 „Mittelbauer“, von denen nahezu 90% befristet sind und drei Viertel in Teilzeit arbeiten müssen oder wollen.

Kernelement des GEW-Organizing-Projektes sind möglichst viele „face-to-face“-Gespräche zwischen gewerkschaftlichen (ehrenamtlichen) „Organizern“ und Beschäftigten der Hochschule. Wir führten zahlreiche leitfadengestützte, mindestens 45-minütige Interviews mit wissenschaftlich Beschäftigten über deren Arbeitsbedingungen durch, dazu kamen weitere Kurzgespräche von durchschnittlich fünf Minuten, um herauszufinden, was die Kolleginnen und Kollegen vor Ort bewegt und wo ihrer Meinung nach die größten Probleme liegen. Daran lässt sich auch die grundlegende Perspektive des Organizing-Vorhabens als Bottom-up-Prozess erkennen. Die Problembeschreibungen sind die Grundlage für Beschäftigte, mit der Unterstützung von haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftsaktivisten gemeinsam neue Wege zu finden, ihre Situation in die Hand zu nehmen und politisch zu verändern. Unser Organizing-Projekt befördert somit auch ein anderes Selbstverständnis der GEW, von der Stellvertreterpolitik hin zur Selbstermächtigung der wissenschaftlich Beschäftigten.

Als Hauptproblem benannten die Befragten die Vertragspraxis der Dauerbefristung. Viele Neuverträge werden ein Jahr oder kürzer befristet. Die daraus resultierenden allgemeinen Unsicherheiten und fehlenden beruflichen Perspektiven waren in allen Gesprächen ein zentrales Thema. Auch bei der maximalen Beschäftigungsdauer für Doktorandinnen und Doktoranden und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit kleinen Kindern unterschreitet die Goethe-Universität die gesetzlich möglichen Obergrenzen. Weitere große Probleme sind die fehlende Zeit für die eigene Qualifikation, die schlechte Ausstattung, die starken Abhängigkeiten von den Professorinnen und Professoren, die geringe Wertschätzung der Arbeit und die geringe Bezahlung aufgrund der fast ausschließlichen Vergabe von halben Stellen.

In diesen Problemfeldern wird das wachsende Organizing-Team zukünftig gemeinsam mit universitären Selbstverwaltungsstrukturen aktiv werden und auch wahrnehmbare politische Aktionen auf den Weg bringen.

Das Organizing-Team an der Goethe-Universität Frankfurt





lea  
gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# FORTBILDUNG

## PROGRAMMAUSZUG

JANUAR – MÄRZ 2013

### DEMOKRATISCHE BILDUNG

Seminar D3535

#### Der Rating-Komplex

Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart

Dr. Werner Rügemer

Do, 31.01.13, 14:00 – 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

Seminar D3542

#### Die Odenwaldschule nach dem „Sündenfall“

Klaus Bregler & Reiner Prinz

Di, 19.02.13, 14:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen 5 €

Seminar D3341

#### Zur Rolle migrantischer Väter in der Erziehung

Dr. Cengiz Deniz

Mi, 20.02.13, 13:00 – 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Lehrer, Schulsozialarbeiter und Erzieher

Vortrag und Diskussion D3525

#### „Mythos Bankenmacht“ oder: Herrscht das Finanzkapital?

Ein Streitgespräch

Lucas Zeise & Guenther Sandleben

Mi, 20.02.13, 19:00 – 21:30 Uhr, Frankfurt, Entgelt 5 €

Seminar G3454

#### Der neue amerikanische Präsident – Was wird neu?

Where is the American Dream Today?

Dr. Julian Namé

Mi, 20.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Vortrag und Diskussion D3444

#### Der Islam – Schrecken des Abendlands

Wie sich der Westen sein (neues) Feindbild konstruiert

Prof. Dr. Werner Ruf

Do, 21.02.13, 19:00 – 21:00 Uhr, Frankfurt, entgeltfrei

Seminar D3527

#### Inklusion konkret

Monika Frobel

Di, 26.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Seminar D3479

#### Schule gemeinsam gestalten

Werner Scholz

Mo, 04.03. und Di, 19.03.13, 12:30 – 16:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

Vortrag und Diskussion D3406

#### Vom allgemeinen Gewaltverbot zur „Responsibility to Protect“

Über Sinn und Unsinn „humanitärer“ Interventionen

Dr. Johannes Schwehm

Mi, 06.03.13, 19:00 – 21:00 Uhr, Frankfurt, entgeltfrei

Gesprächskreis D3529

#### Sinti und Roma im Nationalsozialismus und heute

Im Gespräch mit den Zeitzeuginnen Ursula Rose und Maria Strauß

Do, 07.03.13, 14:30 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Schulklassen 90 €

## GESUNDHEIT UND BERUF

### Seminar H3308

#### Gesund bleiben im Lehrerberuf – Strategien gegen Burnout

Peter Berger

Mi, 06.02.13, 14:00 – 18:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

### Seminar H3367

#### Stimm- und Sprechtraining

Andrea Stasche

Mo, 18.02.13, 9:15 – 16:15 Uhr, Darmstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

### Seminar H3440

#### „Perfekt, gerecht – von allen geliebt?“

Stressmanagement und Entspannung im Schulalltag

Gabriele Maß-Reschke

Mi, 20.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 106 €; Mitglieder GEW Hessen 89 €

### Seminar H3320

#### Progressive Muskelentspannung für Kinder und Jugendliche

Karin Carl

Mi, 13.03.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Kassel

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Pädagogen/innen Sek. I

### Seminar H3502

#### Was Lehrer/innen stark macht

Achtsamkeitstraining als Burnoutprävention

Norbert Seeger

Mo, 18.03.13, 15:00 – 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

## KUNST, KÖRPER, KULTUR

### Seminar K3536

#### Gemeinsam Singen im Kindergarten

Dr. Manja Plehn

Di, 22.01.13, 14:00 – 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Erzieher/innen, Interessierte, Eltern

### Workshop K3317

#### Stomp in der Grundschule

Tine Böhnke

Mi, 23.01.13, 14:00 – 18:00 Uhr, Mörfelden-Walldorf

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

### Workshop K3362

#### „Auf Zack sein“ – Improvisationstheater im Unterricht

Jessica Stukenberg

Mi, 27.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrer/innen aller Schulformen, Erzieher/innen in der Jugendarbeit

### Workshop K3423

#### Let's Swing ... Jazzsingen für Neugierige und Neulinge

Kerstin Kuschik

Do, 28.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Workshop K3344

#### Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein

Iris Gerlach

Mi, 06.03.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 64 €; Mitglieder GEW Hessen 43 €

### Workshop K3384

#### Einfaches Gitarrenspiel zum Begleiten von Kinderliedern

Wolfgang Hering

Mi, 06.03., 20.03. und 10.04.13, jew. 15:00 – 18:00 Uhr, Groß-Gerau

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

### Seminar K3436

#### Maltechniken für Förderschüler/innen

Gabriele Saur-Burmester

Mi, 13.03.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Workshop K3408

#### Aufbaukeramik

Andrea Schulze

Do, 14.03.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Fulda

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grundschule und Sek. I

## MEDIEN, METHODEN, MÖGLICHKEITEN

### Gesprächskreis M3539

#### Der Einstieg in den Ausstieg

Übergänge in den (Un-)Ruhestand positiv gestalten

Ellen Kramm

jew. Mi, 06.02., 20.02., 06.03., 20.03. und 10.04.13,

jew. 15:00 – 17:30 Uhr, Frankfurt

Entgelt 129 €; Mitglieder GEW Hessen 109 €

### Workshop M3544

#### Excel für Grundschullehrer/innen

Werner Kirsch

jew. Di, 19.02., 26.02. und 19.03.13, jew. 14:30 – 18:30 Uhr,

Groß-Umstadt

Entgelt 89 €; Mitglieder GEW Hessen 73 €

### Seminar M3394

#### Jahrgangübergreifendes Arbeiten in Klasse 1/2

„Flexible Schuleingangsphase“ – Wie kann ich mir das vorstellen?

Stephanie Jurkscheit

Mi, 20.02.13, 15:00 – 18:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

### Seminar M3457

#### „Hetzefrei!“ – Arbeitsorganisation für Lehrerinnen und Lehrer

Uwe Riemer-Becker

Mi, 20.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

### Seminar M3508

#### Eigenverantwortliches Arbeiten durch Methodentraining

Martina Lennartz

Mi, 20.02.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Gießen

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €



#### Seminar M3543

##### **Schülerfirma – Der Weg in die Realität**

Bernhard A. Krenig

Mi, 20.02.13, 14:00 – 17:00 Uhr, Pohlheim

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Workshop M3532

##### **Gedächtnistraining und Konzentration**

Methoden und kreative Techniken

Dr. Christiane Potzner

Do, 21.02.13, 14:00 – 17:00 Uhr, Kassel

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar M3309

##### **Routinen und Rituale für Lerner und Lehrer**

Iris Welker-Sturm

Do, 28.02.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Sek. I / II, Quereinsteiger

#### Seminar M3504

##### **Fadenspiele – Geschichten, Tricks und kleine Zaubereien**

Ute Ayrall

Di, 05.03.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Workshop M3556

##### **Textildesign – T-Shirt und Minirock selbst genäht**

Jutta Busch

Mi, 06.03.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Wiesbaden

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

#### Seminar M3349

##### **Interaktive Whiteboards im Fremdsprachenunterricht**

Claudia Griesing

Do, 14.03.13, 10:00 – 15:00 Uhr, Oberursel

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

#### Seminar M3368

##### **Spielend leichter unterrichten**

Meike Stein

Do, 14.03.13, 10:00 – 16:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Zielgruppe: Lehrer, Pädagogen, Spielgruppenleiter der Klassen 5–10

#### Workshop M3468

##### **Tipps und Tricks zum Werk- und Sachunterricht**

– auch geeignet für den Unterricht in Arbeitslehre in der Schule für Lernhilfe

Stefan Ohlenmacher

Fr, 15.03.13, 14:00 – 18:00 Uhr, Langen

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar M3509

##### **Die Vorbereitung auf Projektprüfungen**

Martina Lennartz

Mi, 20.03.13, 14:00 – 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

## NATUR, NATURWISSENSCHAFTEN, MATHEMATIK

#### Seminar N3339

##### **Geo auf dem Pausenhof**

Anregungen für den Geo-Unterricht am Schulort

Dr. Rainer Dambeck

Fr, 22.02.13, 14:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt, Entgelt 20 €

#### Seminar N3448

##### **Rechenschwäche? – Prävention und fördernde Maßnahmen**

Klaus Rödler

Mi, 27.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Grund- und Förderschulen, Ausbilder im Bereich Mathematik

#### Seminar N3383

##### **Prävention von Rechenschwäche durch Förderung mathematischer Basiskompetenzen**

Armin Vossen

Di, 05.03.13, 14:00 – 17:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Zielgruppe: Erzieher/innen, Vor-, Grund- und Förderschulen

## PÄDAGOGIK

#### Seminar P3464

##### **Heterogenität als Herausforderung, Chance und Weg zum Lernen**

Nicol Obler

Mi, 20.02.13, 14:00 – 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

#### Seminar P3442

##### **Diagnose „AD(H)S“ – was tun?**

Prof. Dr. Dieter Mattner

Sa, 23.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

#### Seminar P3420

##### **12-Punkte-Programm für nachhaltige Gewaltprävention**

Carlo Schulz

Mi, 27.02.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar P3515

##### **Über den Tellerrand schauen!**

Ein Zugang zum globalen Lernen und zur Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ilka Treber

Mi, 27.02.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

#### Seminar P3526

##### **Migrations- und Ungleichheitssensibilität in der schulischen Praxis**

Zum Umgang mit Jugendlichen türkischer und arabischer Herkunft

Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani

Di, 05.03.13, 11:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar P3430

##### **Individuelle Lernwege im Klassenverband (Grundschule)**

Gudrun Schmidt-Cyrol

Do, 07.03.13, 10:00 – 17:00 Uhr, Gießen

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar P3488

##### **Elternarbeit und systemische Beratung in der Schule**

Elisabeth Kühnel & Sabine-Elena Funk

Mi, 13.03. u. Mi, 20.03.13, jew. 15:00 - 18:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

#### Seminar P3530

##### Reflexion von Unterricht als Professionalisierungschance

PD Dr. Johannes Twardella & Heinz-Georg Ortmanns

Mi, 13.03.13, 14:00 – 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

#### Seminar P3315

##### Beurteilen, Fördern und Elternarbeit an Schulen

Barbara von Ende

Do, 14.03.13, 9:30 – 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

## SPRECHEN, SCHREIBEN, LESEN

#### Seminar S3441

##### Poetry-Slam-Workshop – Moderne Poesiewettkämpfe

Lars Ruppel

Mo, 11.02.13, 13:00 – 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

#### Seminar S3410

##### Kreatives Schreiben für Einsteiger

Monika Korell

Mo, 11.03.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

#### Seminar S3324

##### Förderung der Rechtschreibkompetenz

Barbara von Ende

Mi, 13.03.13, 10:00 – 16:00 Uhr, Offenbach

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Zielgruppe: Lehrkräfte der Klassen 1-5

#### Seminar S3397

##### Schreibanlässe im 1. und 2. Schuljahr

Stephanie Jurkscheit

Mi, 13.03.13, 15:00 – 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

## REISEN (mehr unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de))

#### Studienreise R3556

##### ► Heimat ist öffentliches Engagement

Studienreise nach Frankreich aus Anlass des 100. Geburtstags von Ernest Jouhy

Bernd Heyl, Helga Roth & Edgar Weick

Fr, 22.03. – Fr, 29.03.13

Entgelt DZ 550 €; Entgelt EZ 620 €

#### Studienreise R3537

##### ► Studienreise nach Südafrika

Carmen Ludwig & Nelson Sebezela

Sa, 23.03. – Sa, 06.04.13, Johannesburg, Kapstadt

Entgelt DZ 2.370 €; Entgelt EZ 2.490 €; Mehrbettzimmer 2.260 €

#### Studienreise R3500

##### ► Studienreise in den Osten Kubas

Jürgen Hahn-Schröder

So, 24.03. – Sa, 06.04.13, Holguin, Havanna

Entgelt DZ 2.595 €; Entgelt EZ 2.760 €

#### Studienreise R3496

##### ► Studienreise nach Griechenland – Die Antike und die Situation heute

Heinrich Becker

Mo, 25.03. – Fr 05.04.13

Entgelt DZ 1.200 €; Entgelt EZ 1.475 €

#### Studienreise R3503

##### ► „Vernichtung durch Arbeit“ – Exkursion zum KZ Mittelbau-Dora

Klaus Bregler

Mi, 03.04. – Sa, 06.04.13, Nordhausen

Entgelt DZ 250 €; Entgelt EZ 270 €

#### Studienreise R3498

##### ► Radreise im Böhmerwald und Moldautal

Dalibor Hiric

Sa, 06.07. – Fr, 12.07.13

Entgelt DZ 510 €; Entgelt EZ 610 €

# ANMELDUNG [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Einfach anrufen: 0 69 – 97 12 93-27

oder faxen: 0 69 – 97 12 93-97

Online-Buchung: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

E-Mail: [anmeldung@lea-bildung.de](mailto:anmeldung@lea-bildung.de)

#### Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags  
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

#### [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen: Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig. Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

#### Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn, Karola Stötzel

Gestaltung: M. Heckert, Nieste | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl. Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)

Das neue lea-Programm erscheint im Februar 2013

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab Februar unter [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de) einzusehen.



gemeinnützige  
Bildungsgesellschaft mbH  
der GEW Hessen

# 6,5 Prozent mehr!

## Tarif- und Besoldungsrunde 2013 auch in Hessen

Nach mehreren Wochen interner Diskussion legten sich die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Mitte Dezember auf ihre Forderungen an die Bundesländer in der Tarif- und Besoldungsrunde 2013 fest: 6,5% mehr Einkommen inklusive einer sozialen Komponente. Von einer Quantifizierung der „sozialen Komponente“ sieht der zwischen den Gewerkschaften abgestimmte Beschluss ab, der auch für Hessen gilt. Nach Auffassung der Gewerkschaften muss verhindert werden, dass die tarifpolitischen Entwicklungen in Hessen und in den anderen Bundesländern weit auseinanderlaufen, nachdem Hessen seit inzwischen acht Jahren nicht mehr Mitglied des Arbeitgeberverbandes, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), ist. Daher ist es wichtig, die Tarifrunden zeitlich, aber auch hinsichtlich der Inhalte und Forderungen möglichst aufeinander abzustimmen. Diese Überlegung betrifft selbstverständlich auch die beiden tarifrechtlich selbstständigen Universitäten in Frankfurt und Darmstadt.

### Tarifforderung auf Hessisch

Die „Übersetzung“ des für die TdL formulierten Forderungstextes ins Hessische funktioniert allerdings nicht in jeder Hinsicht. Denn Hessen hat erst Anfang 2010 und damit drei Jahre später als die anderen Bundesländer einen neuen, den BAT ablösenden Manteltarifvertrag eingeführt. 2011 konnte wiederum mit der TdL eine neue, den Manteltarifvertrag von 2006 ergänzende Entgeltordnung vereinbart werden, allerdings ohne Einbeziehung der bundesweit 200.000 in einem Arbeitsverhältnis stehenden Lehrkräfte. Diese Erweiterung der Entgeltordnung, also des Tarifvertrags, der die Eingruppierung der Beschäftigten regelt, um das lehrende Personal steht aber im TdL-Bereich in der anstehenden Tarifrunde 2013 im Forderungskatalog. Die Verhandlungen in Hessen über eine allgemeine Entgeltordnung werden sich noch einige Zeit hinziehen, so dass es wenig Sinn macht, jetzt *im Rahmen der Tarifrunde 2013* die Aufnah-

me der hessischen Lehrkräfte in die allgemeine Entgeltordnung zu verlangen. Es ist davon auszugehen, dass die Tarif- und Besoldungsrunde längst beendet sein wird, wenn beide Seiten noch intensiv über eine hessische Entgeltordnung zum TV-H – dann auch über die Aufnahme der Lehrkräfte – streiten werden.

Mit den Ländern soll darüber hinaus, so der Beschluss der Gewerkschaften vom 11. Dezember, über eine Einschränkung der Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen verhandelt werden. Für die hessische GEW ist dies ein wichtiges Ergebnis der Forderungsdiskussion, weil zwei Drittel der tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer in Hessen befristete Verträge haben. In allen Bundesländern ist die Beschränkung einer ausufernden Befristungspraxis vor allem im Hochschulbereich von Bedeutung.

GEW, ver.di und die anderen Gewerkschaften verlangen selbstverständlich die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten der Länder und in den Kommunen. Das bezieht sich in Hessen explizit auch auf die bereits in der Tarifrunde 2009 vereinbarte Wochenarbeitszeit. Die seither für die Tarifbeschäftigten geltende maximale Arbeitszeit von 40 Stunden ist bekanntlich nie auf die Beamten und Beamtinnen und auch nicht auf die Pflichtstunden der Lehrkräfte übertragen worden. Dieses in Hessen besonders wichtige Thema bleibt somit auf der Agenda der nun beginnenden tarif- und beamtenpolitischen Auseinandersetzung.

### Streit um Urlaubsansprüche

Auch die Arbeitgeber haben Ambitionen. Im Zusammenhang mit der Rechtsprechung zum diskriminierenden Charakter der sich am Lebensalter orientierenden Urlaubsregelungen in den Tarifverträgen haben die TdL und das Land Hessen die entsprechenden Paragraphen im Tarifvertrag gekündigt. In Hessen ist eine Neuregelung besonders knifflig, weil nur hier ein



Pressekonferenz der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (von links nach rechts): Ilse Schaad (GEW), Kerstin Philipp (Gewerkschaft der Polizei), Achim Meerkamp (ver.di) und Frank Bsirske (ver.di)

Anspruch auf 33 Tage Erholungsurlaub für die über 50-Jährigen besteht und zwar sowohl beamten- als auch tarifrechtlich (für bestimmte Jahrgänge). Sinnvoll wäre es, hierzu eine Gesamtlösung bereits vor Beginn der Tarif- und Besoldungsverhandlungen zu vereinbaren. Ob dieses Ansinnen der Gewerkschaften umzusetzen sein wird, ist zurzeit offen.

Die erste Verhandlungsrunde der Tarif- und Besoldungsauseinandersetzung 2013 geht bei der TdL am 31. Januar 2013 über die Bühne; am Tag danach verhandeln dann beide Seiten zum ersten Mal in Wiesbaden. Die dritte und unter Umständen entscheidende Sitzung mit der TdL wurde auf den 7. und 8. März 2013 terminiert. Vor allem in den drei Wochen vor diesem dritten Treffen kann es erfahrungsgemäß zu Arbeitskämpfmaßnahmen kommen.

Weitere aktuelle Informationen über den Stand der Verhandlungen und über Protest- und Arbeitskämpfmaßnahmen findet man auf unserer Homepage [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

**Rüdiger Bröhling**  
Tarifsekretär der GEW Hessen





## Ein schlechter Witz

### Wut über „Kinderförderungsgesetz“

Die hessische Landesregierung lädt zum Jubiläum. Am 4. März 2013 laden Sozial- und Kultusministerium ein, um die „Entwicklung, Erprobung und Implementierung eines Institutionen übergreifenden Bildungsplans“ seit 2003 zu feiern. So soll allen Beteiligten gedankt und der „innovative Weg Hessens in einem Rückblick deutlich gemacht werden“.

Gleichzeitig sieht sich eine aufgebrauchte Fachöffentlichkeit seit Dezember 2012 mit einem Gesetzesvorhaben der christlich-liberalen Koalition konfrontiert, das die bestehenden günstigeren Regelungen zu „Mindestvoraussetzungen in Kindertageseinrichtungen“ oder zum „Integrationsplatz“ zurückdreht und hinter allen fachlichen Anforderungen zurückbleibt.

Die Mindestvoraussetzungen in Kindertageseinrichtungen wurden unter Sozialministerin *Silke Lautenschläger* im Wahlherbst 2008 leicht verbessert. Die Gruppengröße von 25 Kindern wurde auf 15 bis 20 Kinder verringert, der Fachkräftebedarf leicht um den Faktor 0,25 auf 1,75 pro Gruppe heraufgesetzt: Ein Wahlgeschenk mit Tücken, denn das Land verweigerte die nach dem Konnexitätsprinzip vorgeschriebene Finanzierung dieser guten Tat.

Die betroffenen Kommunen wehrten sich und bekamen am 12. Juni 2012 endlich vor dem Staatsgerichtshof Recht – ein unvergnüglisches Urteil für die Landesregierung, die 2010 die „Schuldenbremse“ in die Verfassung

aufgenommen und 2011 mit einer fragwürdigen Volksabstimmung durchgesetzt hatte, um sich so einen Freifahrerschein für Ausgabensenkungen in allen öffentlichen Bereichen zu holen.

Am 27. 11. 2012 unterzeichneten das Land und die kommunalen Spitzenverbänden eine Rahmenvereinbarung zum Ausgleich der Forderungen. 875,7 Millionen Euro werden vom 1. September 2009 bis zum 31. Dezember 2018 „als konnexitätsgerechter Ausgleich“ an Kommunen und Träger gezahlt. Der Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes *Paul Weimann* verwies bei der Unterzeichnung darauf, dass „die Kommunen stark in Vorleistung getreten“ sind. Und die versammeln sich derzeit unter dem „Kommunalen Rettungsschirm“ der

Landesregierung, die dieselben Kommunen zuvor beim kommunalen Finanzausgleich ausgeplündert hatte.

Da dies alles absehbar war, hatte man im Sozialministerium vorsorgend ein „Hessisches Kinderförderungsgesetz“ (HessKiföG) entworfen, das im Dezember 2012 dem Landtag in erster Lesung vorlag. Kernpunkt der schwarz-gelben „Kinderförderung“ ist die Kosteneinsparung durch Absenkung des Fachpersonalschlüssels und Anhebung der Gruppengrößen. Diese „Flexibilisierungen“ gehen zu Lasten der Erzieherinnen und Erzieher, aber auch der Kinder und ihrer Eltern.

Die Kritik der Gewerkschaften, der Fachverbände und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege aus Diakonie, Caritas, Paritätischem Wohlfahrtsverband und Arbeiterwohlfahrt richtet sich konkret gegen folgende Punkte:

- Der Anteil des fachfremden Personals kann bis zu 20% betragen. Dieser Wert kann als „Soll-Bestimmung“ im Einzelfall sogar noch überschritten werden. Die nicht pädagogisch ausgebildeten Kräfte sollen sich ihr „Know-how“ in Weiterbildungen „zeitnah“ aneignen. Besonders gravierend wird sich die Absenkung des Fachkraftschlüssels auf die Bildungsbedingungen von Kindern mit Behinderungen auswirken. Dieses Vorgehen ist unverantwortlich. Obszön ist auch das dahinter stehende Bild der Profession der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Kitas.

- Die geplante Pro-Kind-Pauschale wird eine Anhebung der Gruppengrößen auf 25 Kinder zur Folge haben. Zwar soll dies nur für Kinder ab drei Jahren gelten, doch sollen befristete Ausnahmeregelungen auch für Kinder unter drei Jahren eine Ausweitung der Obergrenze erlauben.

- Gleichzeitig sinkt der Fachkräftebedarf durch die neue „Fachkraft-Kind-Relation“, die sich künftig auf die „tatsächlich anwesenden Kinder“ beziehen soll. Dazu ein Rechenbeispiel des Sozialministeriums: Sind in einer Einrichtung mit 75 Plätzen 65 besetzt und fehlt in der U3-Gruppe eines von sechs Kindern, dann sinkt der Personalbedarf gegenüber der alten Verordnung um 25 Stunden!

#### Das Konnexitätsprinzip

Artikel 137 Absatz 6 der Verfassung des Landes Hessen lautet:

*„Werden die Gemeinden oder Gemeindeverbände durch Landesgesetz oder Landesrechtsverordnung zur Erfüllung staatlicher Aufgaben verpflichtet, sind Regelungen über die Kostenfolgen zu treffen. Führt die Übertragung neuer oder die Veränderung bestehender eigener oder übertragener Aufgaben zu einer Mehrbelastung oder Entlastung der Gemeinden oder Gemeindeverbände in ihrer Gesamtheit, ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen.“*

#### Liga: „Qualitätsverlust in Kitas“

Die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen kritisiert im geplanten Hessischen Kinderförderungsgesetz insbesondere die strukturelle Erhöhung von Gruppenstärken, in Ausnahmefällen sogar über die gesetzlich vorgesehene Obergrenze von 25 Kindern pro Gruppe hinaus, sowie die Verschlechterung des Betreuungsschlüssels. *Thomas Domnick*, Direktor des Caritasverbands für die Diözese Mainz und Liga-Vorstandsmitglied, erklärte mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention, das Gesetz müsse „explizit die Inklusion als Ziel nennen und Regelungen vor-

geben, die die Kommunen in die Pflicht nehmen“. Einen Qualitätsverlust befürchtet die Liga auch durch die geplante Absenkung von Qualifikationsanforderungen für einen Teil der Betreuungskräfte. Dies widerspreche dem Fachkräftevorbehalt des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und führe zu einer „weiteren Absenkung der Bildungs- und Betreuungsqualität in Kindertageseinrichtungen“, kritisierte *Marek Körner*, Referent für Soziale Arbeit beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Hessen. Die in der Liga organisierten Verbände sind Träger von 45% der hessischen Tageseinrichtungen für Kinder. (Pressemitteilung vom 11.12.2012)

- Die vom Sozialministerium hinzugerechnete Ausfallquote von 15% für Krankheit, Urlaub und Fortbildungstage minimiert zwar diese Differenz, ist dem Hessischen Städte- und Gemeindebund, bekannt für eiserne Sparsamkeit, allerdings zu hoch. Daher steht im Entwurf des Gesetzes auch nur noch ein Faktor X.
- Die Verteilzeiten für pädagogische Vor- und Nachbereitung wurden auf Null gesetzt. Gewerkschaften und Fachverbände halten eine Ausfall- und Verfügungszeit von 25% bis 30% für dringend erforderlich. Schon die Berechnung der Urlaubstage in der Modellrechnung des Sozialministeriums ist mit 26 Tagen sehr gering angesetzt und in allzu vielen Fällen überschreiten die Krankheitstage der Beschäftigten leider die angenommenen sieben Tage. Es ist das eine, in Bildungsplänen hohe Anforderungen an Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten zu formulieren, das andere und wesentlichere ist es, den sozialpädagogischen Fachkräften auch die Zeit für Konzeption und Umsetzung zu gewähren und zu finanzieren.
- Dies spielt auch bei der geplanten Veränderung der bisherigen Rahmenvereinbarung „Integrationsplatz“ eine nicht unwichtige Rolle. Die posi-



tiven Ansätze zur Inklusion in hessischen Kitas werden brutal beschnitten. Je nach Gruppe und bisheriger Integrationsmaßnahme sollen durch die Neuberechnung von Ausfall- und Verteilzeiten zwischen 19,25 Stunden und 34 Stunden wegfallen. Das entspricht einer halben oder fast einer ganzen Stelle. Hinzu kommt, dass eine Senkung der Gruppengröße von 25 Kindern bei inte-

grativen Gruppen nicht mehr vorgesehen ist. Für die fachlichen Bedarfe von Kindern mit Beeinträchtigungen werden keine besonderen Vorkehrungen mehr getroffen.

Noch ist das Gesetz nicht in Kraft. HessKiföG – nein, danke!

Karola Stötzel, stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen

## Landesschulamt: Flottes Nümmerchen zu dritt

Drei Institutionen der Bildungsverwaltung gab es bis vor kurzem in Hessen: die Schulaufsicht, das Institut für Qualitätsentwicklung und das Amt für Lehrerbildung. Jede Institution hatte ihre typischen Aufgaben; es gab Gemeinsamkeiten, Berührungspunkte und Schnittstellen. Aber das konnte nicht so bleiben. Im HKM (Heiteres Kontakt-Management) war man besorgt über den Stand der Zusammenarbeit und den sporadischen Kontakt zwischen den dreien: „Wenn sie zusammenkommen, ist es immer so schnell vorbei“, meinte *Doro die Herzliche*.

- Was könnten die anderen beiden von der Schulaufsicht, der alten Diva, nicht alles lernen!
- Die flotten Qualitätsentwickler mit ihrem frischen unverbrauchten Schwung könnten die andern beiden anspornen und beflügeln!
- Und die dezentralen Lehrerbildner können ihre Kenntnisse über das, was

Lehrerinnen und Lehrer alles können, endlich richtig zur Geltung bringen!

- Und das alles zum Wohl der selbstständigen Schulen in Hessen!

*Nicole die Beflissene* griff diese Ideen auf: „Wie wäre es, wenn wir diese Beziehung vertiefen? Am besten, wir gründen ein Projekt.“ Ein Projekt besteht bekanntlich aus Teilprojekten, dann gibt es Koordinationsrunden, einen Lenkungsausschuss, Steuerungsgruppen, eine Projektleitung, ein Projektbüro ...

Die Arbeit all dieser Gruppierungen ist gleichzeitig zielorientiert und diskursiv, dabei qualitätsstiftend, innovationsstrategisch ergiebig und partizipatorisch angelegt, nutzt Synergieeffekte, schnürt Arbeitspakete, erreicht Meilensteine und holt selbstverständlich die Beschäftigten dort ab, wo sie gerade sind. Um die Arbeitspakete zu entschüren, wird ein Aufbauteam gegründet ... Das Jahr geht zu Ende, viele staunen ein bisschen, und schon

entsteht die neue Institution „Hessisches Landesschulamt und Lehrkräfteakademie“ und nimmt ihre Arbeit auf. Sprachlich etwas unhandlich, dafür personell voraussichtlich ganz geschmeidig bestückt. Was bleibt, fragen wir uns vielleicht in ein paar Jahren, außer der Erkenntnis,

- dass viele Ressourcen (Zeit, Kraft, Ideen und Geld) in die Entstehung dieser Dreierbeziehung investiert wurden, die wir gern an anderer Stelle im Bildungswesen und mit anderer Schwerpunktsetzung eingesetzt hätten und
- dass auch eine Dreierbeziehung dem Wandel der Zeit unterliegt.

Statistische Untersuchungen zur Trennungsquote solche Verbindungen liegen nicht vor. Somit stellt sich die Frage: Wann kommt die nächste Strukturreform?

Renate Niggemeyer, bis 31.12.2012 am Amt für Lehrerbildung, ab 1.1.2013 am Landesschulamt

# Inklusion ist Menschenrecht

Pressekonferenz  
der Gruppe  
InklusionsBeobachtung



Ende November präsentierte die *Gruppe InklusionsBeobachtung* (gib), in der sich Eltern- und Schülervertretungen, Behindertenverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen“ und der GEW zusammengeschlossen haben, auf einer Pressekonferenz „tägliche Menschenrechtsverletzungen in Hessen“.

Betroffene Eltern hatten sich an die gib gewandt und berichteten über den Umgang mit dem Wunsch nach inklusiver Beschulung in Hessen. Die UN-Behindertenrechtskonvention gilt seit 2009 auch in Deutschland und garantiert allen Schülerinnen und Schülern ein Recht auf inklusiven Unterricht. Der Genehmigungs- und Ressourcenvorbehalt im 2011 novellierten Schulgesetz ist für die gib Ausdruck einer „Politik zur Verhinderung von Inklusion“ mit der Folge, dass viele Schülerinnen und Schüler die Regelschule nicht besuchen dürfen.

GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* präsentierte aktuelle Zahlen aus dem Schulamtsbezirk Offenbach, nach denen die Beschulung in der allgemeinen Schule im Schuljahr 2012/2013 keineswegs der Regelfall ist. Von 378 angemeldeten Kindern werden gerade einmal 148 inklusiv beschult. Weitere Informationen liegen der gib nicht vor, da das Kultusministerium den Schulämtern inzwischen untersagt hat, Daten zur inklusiven Beschulung zu veröffentlichen. Hessenweit geht die gib derzeit von einer Inklusionsquote von deutlich unter 20 Prozent aus. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung ist dagegen im Vergleich zum vergangenen Schuljahr um etwa 1.000 gestiegen. 300 „neue Lehrerstellen“ für den inklusiven Unterricht wurden durch Kürzungen bei Beratungs- und Förderzentren, bei Sprachheilunterricht und Erziehungshilfe beziehungsweise

durch auslaufende Klassen mit gemeinsamem Unterricht (GU) „erwirtschaftet“. Die Gesamtzuweisung der Stellen für die sonderpädagogische Förderung war im Schuljahr 2012/2013 mit 1.604 zudem niedriger als 2010/2011 (1.651 Stellen). Unter dem Label der „Inklusion“ haben sich die Bedingungen des gemeinsamen Lernens also sogar verschlechtert.

## Betroffene Eltern berichten

*Sibel Camur* (Foto: 3. v. r.), Mutter des siebenjährigen *Berkan*, suchte Unterstützung bei der LAG, die in der gib durch *Eva Wingerter* (Foto: links) vertreten wird. Frau Camur berichtete bei der Pressekonferenz, dass an der wohnortnahen Grundschule nur vier Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Jahrgang vorgesehen waren, ihr Sohn war jedoch das fünfte. Die Schule wies ihn ab und das Schulamt veranlasste die Beschulung in der Förderschule. Familie Camur ließ sich davon jedoch nicht entmutigen und veranlasste eine gerichtliche Untersuchung. Dieser Antrag wurde zunächst abgelehnt, sodass die Zuweisung an die Förderschule stattfand. Berkan besucht daher seit den Herbstferien eine Schule für Lernhilfe, jedoch lernt er nach Aussagen seiner Mutter dort nicht genug. Das Hauptsacheverfahren wird voraussichtlich im Sommer 2013 stattfinden, solange muss Berkan noch gegen seinen und den Willen seiner Eltern in die Förderschule. Der Kampf um seine Inklusion fordert derweil auch persönliche Opfer: Weil Berkan vor der Zuweisung in die Förderschule nicht beschult wurde und zu Hause betreut werden musste, verlor Frau Camur ihre Anstellung und ist seitdem arbeitsuchend.

Für die Tochter von *Cornelia Walter* (Foto: 2. v. r.) wurde ein Förderbedarf im Bereich soziale und emotionale Entwicklung festgestellt. Im integrati-

ven Unterricht besuchte *Melina* mit Begleitung durch eine Integrationshelferin erfolgreich eine Grundschule im Main-Taunus-Kreis. Mit dem Übergang in die weiterführende Schule fiel die Hilfe durch einen Integrationshelfer weg: Der Schulträger geht im Rahmen der neuen schulgesetzlichen Regelungen zur Inklusion davon aus, dass das Schulamt selbst alle notwendigen Maßnahmen zur inklusiven Beschulung bereitstellt. Melina wird daher zurzeit nur noch 13 Stunden in der Woche unterrichtet, und auch dies nur auf Grund des Engagements ihrer Eltern, die sie im Unterricht begleiten. An den restlichen Unterrichtsstunden darf sie nicht mehr teilnehmen, weil sie ohne Inklusionshelfer „störe“.

Frau *Takele* (Foto: 1. v. r.) konnte dank der Unterstützung durch die LAG und die Elterninitiative IGEL Offenbach die inklusive Beschulung ihrer Tochter durchsetzen. *Kallkidan* besuchte zunächst eine Förderschule für praktisch Bildbare. Der Antrag der Eltern auf einen Platz an der wohnortnahen Grundschule wurde zunächst abgelehnt. Erst nachdem ein Anwalt eingeschaltet wurde, fand man im Förderausschuss einen Kompromiss, der dem Wunsch der Eltern auf gemeinsamen Unterricht gerecht wurde.

Wie schwer es gerade für Familien mit Migrationshintergrund ist, ihre Rechte auf inklusive Beschulung durchzusetzen, berichtete *Stefan Zelder* von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH).

*Jonas Berger* erklärte, dass die Landesschülervertretung (LSV), die ebenfalls zu den Mitgliedern der gib gehört, nach wie vor hinter dem Ziel „wirklicher Inklusion“ steht und diese als gesellschaftliche Verpflichtung ansieht: „In der Begegnung zwischen Menschen werden Vorurteile abgebaut.“

Lucie Meier



# Einladung zur Selbstständigkeit

## Fachtagung zur „Selbstständigen Schule“ in der Frankfurter Börse

„Eine Schule ist kein Gutshof“ war der am hoffnungsvollsten stimmende Satz, mit dem Ende November die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung „Hessische Schulen auf dem Weg in die Selbstständigkeit“ begrüßt wurden. Das *Institut für Qualitätsentwicklung*, das *Amt für Lehrerbildung* (AfL) und die *Industrie- und Handelskammer* (IHK) hatten in die Räumlichkeiten der Frankfurter IHK, auch als Börse Frankfurt bekannt, eingeladen. Abseits der Grußworte offenbarte sich in den Referaten von ausgewählten Schulleitungsteams in den Workshops allerdings eine pragmatischere Realität: Mit den Extra-Ressourcen der „Selbstständigen Schulen“ (SES) kratzen die Schulen Geld zusammen, um aus ihrer Sicht Notwendiges zu finanzieren. Die Mittel führen aber auch zur Privilegierung im Wettbewerb mit anderen Schulen und werden ganz bewusst so eingesetzt.

Das Lampertheimer Lessing-Gymnasium, eine der 23 SES-Vorreiterschulen, hat die Reduzierung der Zahl der „leistungsbedingten Schulabgänger“ in den Mittelpunkt seines SES-Konzepts gestellt. Es hat die zusätzliche Stellenzuweisung von 0,5% für die SES-Pilotschulen hauptsächlich in zusätzliche Deputatsstunden umgewandelt, um eine Extra-Betreuung für gefährdete Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Allerdings entspricht das Ziel, die Quote der Schulabgänger aus Leistungsgründen unter 3% zu bringen, genau dem Landesdurchschnitt der Wiederholer in G8 und ist somit nur auf den ersten Blick beeindruckend.

Die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus dem Leitungsteam der Schule offenbarten eine sehr starke Identifikation mit ihrem Vorhaben. Zwar seien sehr viele Stunden in die Konzeptionierung gesteckt worden und auch mit Anlaufen der SES habe sich die Mehrarbeit nicht verringert, doch würde diese durch die besondere Zufriedenheit der Lehrkräfte ausgeglichen: „Erfolg beflügelt“. Diese Aussagen passen zu einer Umfrage von GEW-Personalräten an den „Selbstständigen Beruflichen Schulen“ (SBS),

die einhellig Mehrarbeit als Resultat der neuen „Selbstständigkeit“ ausgemacht haben. Erinnert sei an dieser Stelle auch an die Schilderung der Kollegin *Claudia Prauß* in der HLZ 12/2012 (S. 11), an deren Schule die SES-Arbeitsgruppe unter anderem in den Sommerferien arbeitete. Die Ausbeutung von Identifikation scheint wohl an den selbstständigen Schulen besonders gut zu funktionieren.

Auf die Frage, wie es nach dem Auslaufen des Pilotprojekts um die Extra-Zuweisung bestellt sein wird, sprach *Dr. Jürgen Haist*, SES-Projektleiter im Kultusministerium, von „Hoffnung und Gewissheit“, dass die zusätzliche Zuweisung von 0,5% bis 1% langfristig bestehen wird, damit der Vorsprung zu den anderen Schulen gewahrt bleibe. Umgekehrt liegt die Vermutung nahe, dass neue SES-Schulen nicht mit zusätzlichen Ressourcen rechnen können. Auch die Lampertheimer Schule betonte immer wieder, dass man sich so „von den anderen Schulen in der Umgebung abheben“ wolle. Die Konkurrenz sei hart, da könne man ohne Profilschärfung nicht bestehen. Dass die „Konkurrenz“ in diesem Wettbewerb schlechter ausgestattet ist, scheint in Kauf genommen zu werden.

Auch bei der Durchsetzung von Sparmaßnahmen und Kürzungen im Bildungsbereich hilft eine solche Ungleichheit bei der Ausstattung der Schulen, Protest zu verhindern: Irgendwo ist dann immer eine „Leuchtturmschule“ in der Nähe, auf die man zeigen kann und um die sich Eltern reißen. Was die Kehrseite der Medaille, die Kürzungen, bedeutet, hätten die Teilnehmer vom Mitveranstalter AfL sofort vor Ort erfragen können: Das AfL büßte nach der letzten Sparrunde 150 Stellen für Ausbilderinnen und Ausbilder ein.

An der Darmstädter Eleonorenschule, die sich ebenfalls in einem der Workshops präsentierte, soll ein großer Teil der Extra-Mittel für Verfahren zur Kompetenzfeststellung ausgegeben werden, die für einen Jahrgang bis zu 60.000 € kosten sollen. Das gesamte SES-Konzept dieser Schule beruht auf der Einführung der Kompetenzorien-

tierung, die im Impulsreferat derselben Veranstaltung von *Professor Jürgen Oelkers* aus Zürich noch als „rein semantische Anpassung“ und „unbemerktes Recycling“ alter Moden kritisiert wurde. In England geht der größte Teil der Mittel, die für solche Verfahren aufgewendet werden, an private Anbieter, die damit Geld verdienen wollen, und damit dem Bildungssystem verloren.

Die Furcht, die Selbstständigkeit von Schulen fördere einen autoritären Führungsstil von Schulleitungen, hält *Jürgen Krell*, Schulleiter der Eleonorenschule, für „unbegründet“: An seiner Schule sei alles „ungeheuer transparent“. Dies widerspricht Rückmeldungen, die die GEW im Laufe der Entscheidungsphase von Kollegien an Pilotschulen gesammelt hat. Demnach hätten kritische und ergebnisoffene Diskussionen in den interessierten Schulen eher nicht stattgefunden. Aggressives Verhalten von Schulleitungen in Gesamtkonferenzen oder nachträglich in Vier-Augen-Gesprächen sei dagegen die Regel gewesen. Diese Schulen haben sich nicht auf den Weg in die Selbstständigkeit gemacht, sondern offensichtlich doch eher in die „Gutsherrschaft“. Dass sich Selbstständigkeit auch in demokratischen Strukturen ausdrücken kann, inklusive der Wahl der Schulleitung, war am Ende der Veranstaltung nur noch die Idee von Professor Oelkers und des Vertreters der Landesschülervertretung.

Lorenz Riemer





# Von wegen „Wahlfreiheit“

## G8 oder G9: Täuschen – Tricksen – Verschleppen

Die Auseinandersetzung um G8/G9 hat bizarre Züge angenommen. Von *Bouffiers* Ankündigung der Wahlfreiheit im Juni dauerte es bis Ende November, bis ein Erlass über das genaue Prozedere für eine Umstellung auf G9 vorlag, dazwischen nur Presseerklärungen, Powerpoint-Präsentationen für Schulleitungen: eine gezielte Verschleppung, die die Zahl der Gymnasien, die 2013 zu G9 zurückkehren, minimieren soll. Man kann es ja gut verstehen: In den letzten Jahren hat die Einführung von G8 richtig Geld gekostet. Jetzt könnte nach dem Abgang des ersten G8-Jahrgangs die Dividende eingefahren werden, waren es doch die Finanzminister der alten Bundesländer, die in den frühen 90er-Jahren als erste G8 gefordert hatten. Deswegen versucht man es nun mit einem wahlkampfaktischen Trick, der „Wahlfreiheit“. Zwar sind nach dem Hessen-Trend von Infratest im Auftrag des Hessischen Rundfunks 50% der Wahlberechtigten für G9 und nur 8% für G8, aber immerhin 39% für eine „Wahlfreiheit“. Und die sollen durch das Manöver der Regierung mit freundlicher Unterstützung der Grünen gewonnen werden.

### Demokratie wird neu erfunden

Diese „Wahlfreiheit“ für die Eltern am Ende der Grundschulzeit wird es aber nach dem Gesetzentwurf ausdrücklich nicht geben! Sie müssen schon mit ihrem Wohnort und den jeweiligen Anmeldezahlen der Schulen Glück haben, damit ihre Präferenz berücksichtigt wird. Wählen können nur die Schulkonferenzen, in denen Eltern, Schülerinnen und Schüler abstimmen, die von der Entscheidung selbst gar nicht betroffen sind, da eine Entscheidung für G9 nur für die zukünftigen Jahrgänge wirksam wird. Und selbst diese Beschlüsse bedürfen der Genehmigung durch das Staatliche Schulamt und das Hessische Kultusministerium, die „ein ausgewogenes regionales Angebot von G8- und G9- Gymnasien“ sicherstellen sollen. Die eindeutigen Voten der gewählten Vertretungen von Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften

an Landesebene werden souverän missachtet.

Bildungspolitik, die in ihrem Umgang mit dem Freiheitsbegriff wie auch in ihrem Grundverständnis von Bildung so haltlos ist, lässt auch den Schülerinnen und Schülern im gymnasialen Bildungsgang keine individuelle Freiheit. Wem in G8 die Verdichtung und tägliche Ausweitung der Lernzeit zu viel wird, bleibt ziemlich unfreiwillig sitzen. Die Sitzenbleiberquote hat sich seit G8 verdoppelt! (FAZ vom 16.8.2012). In G9 haben überdurchschnittlich leistungsfähige und reife Schülerinnen und Schüler dagegen die reale Freiheit, eine Jahrgangsstufe zu überspringen.

### Bewegung und Attentismus

Im Sommer legte die Medienberichterstattung den Eindruck nah, dass sich nur wenige Schulen für G9 entscheiden würden. Sie beruhte weitgehend auf Telefonanrufen von Lokaljournalisten bei Schulleitungen, die sich nicht selten skeptisch bis ablehnend äußerten. Mittlerweile ist Bewegung in die Sache gekommen. Dabei kommt es vereinzelt(?) zu bemerkenswerten Konstellationen und Konflikten: An einem Frankfurter Gymnasium weigert sich der Schulleiter, über einen Antrag pro G9 in der Gesamtkonferenz abstimmen zu lassen. Rechte der Gesamtkonferenz: Nie gehört! Etwas weiter westlich behauptet ein Schulleiter genauso rechtswidrig, bevor die Schulgesetzänderung nicht in Kraft sei, könne sich die Gesamtkonferenz damit nicht befassen. Und ein Schulamt interveniert nachdrücklich bei einer an G9 interessierte Schulleitung, das passe doch nicht zu einem „renommierten Gymnasium“.

Ich wage zu bezweifeln, dass das Festhalten an G8 in allen Fällen auf fundierter Überzeugung beruht. Eine erhebliche Rolle spielt die von oben forcierte Konkurrenz der Schulen. Man hofft, ein als „Elitevariante“ verkaufte G8-Gymnasium werde die umworbenen Kinder aus bildungsaffinen Elternhäusern anziehen und soziale Aufsteiger fern halten. Es wird sich herausstellen, dass ersteres ein gründlicher Irrtum ist:

Gerade die an umfassender Bildung ihrer Kinder interessierten Eltern werden die G9-Schulen vorziehen! Kontraproduktiv ist auch der hier und da auch in Lehrerkollegien festzustellende Attentismus: Erst mal abwarten, und dann gibt's ja noch die Landtagswahl... Dabei ist zu befürchten, dass sich selbst bei einer anderen Landtagsmehrheit die Verfechter der „Wahlfreiheit“ durchsetzen werden, wenn sich jetzt nur wenige Schulen für G9 entscheiden.

### Manipulativer Journalismus

Öl ins Feuer der Auseinandersetzung gießt Spiegel online, ein immer wieder gern von G8-Fans zitiertes Portal, das am 27.11.2012 unter völligem Verzicht auf eigenständige Recherche über eine durchsichtig-interessengeleitete Presseerklärung des Hamburger Bildungsensors berichtet:

*„Turbo-Abiturienten lernen besser. Eine neue Studie zeigt: Hamburger Schüler schaffen nach acht Jahren Gymnasium bessere Leistungen als nach neun. Die Ergebnisse bestärken die Verfechter von G8 und stellen Versuche in Frage, die umstrittene Reform aufzuweichen.(...) Die G-8-Gymnasiasten zeigten sich fitter in Englisch, in zwei Mathe-Tests und in der naturwissenschaftlichen Grundbildung – diese Kompetenzen wurden in der sogenannten Kess-Studie geprüft.“*

Diese Studie zu „Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern“ (KESS) des Hamburger Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung vergleicht die Leistungsfähigkeit des Abiturjahrgangs 2005 (G9) mit der des Abiturjahrgangs 2011. Der Jahrgang 2005 wird nach der Lernausgangsuntersuchung als „LAU-Jahrgang“, der Jahrgang 2011 nicht weniger manipulativ als KESS-Jahrgang bezeichnet. Bereits wenige Auszüge aus der Kurzfassung (1) zeigen, wie dummdreist die Behauptung von den „fitteren“ G8-Absolventen ist. Dort liest man schon ganz am Anfang das Folgende: *„Infolge der veränderten Belegauflagen, die u.a. mit der Einführung der Profilstufe einhergingen, haben sich die Kursbelegungen im Vergleich mit dem LAU-*

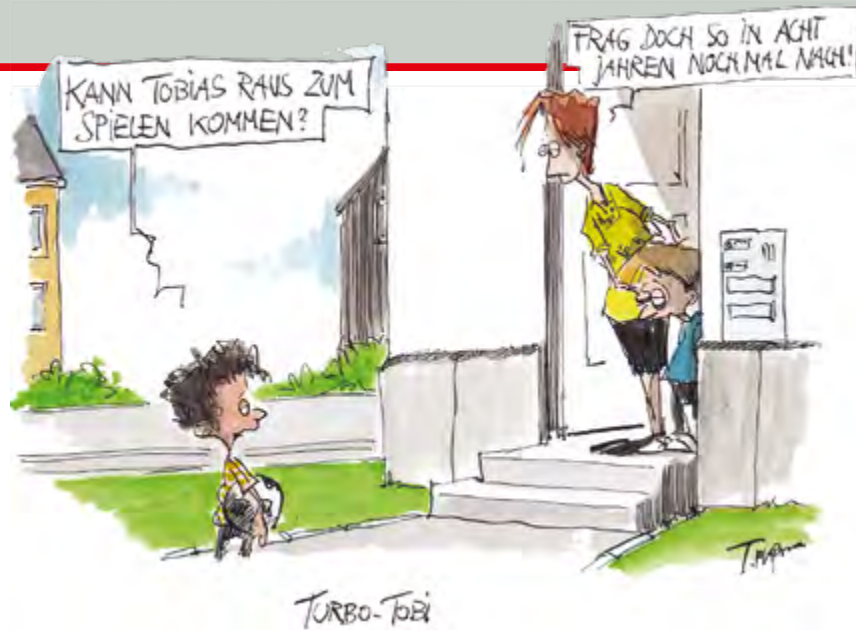


Jahrgang erheblich verändert. Belegten im LAU-Jahrgang 33 Prozent der Oberstufenschülerinnen und -schüler im Fach Englisch einen Leistungskurs, so waren es im KESS-Jahrgang 77 Prozent, die sich für einen Kurs auf erhöhtem Anforderungsniveau entschieden haben. In Mathematik waren es 12 Prozent der Oberstufenschülerinnen und -schüler des LAU-Jahrgangs, die einen Leistungskurs belegt hatten, während im KESS-Jahrgang 42 Prozent einen Kurs auf erhöhtem Anforderungsniveau wählten. Lediglich in den Naturwissenschaften sind die Anteile ähnlich geblieben.“

In hessischen Termini: Durch eine Oberstufenreform wird der Anteil der Schülerinnen und Schüler in zwei Leistungsfächern und damit ihre Wochenstundenzahl in diesen Fächern massiv nach oben getrieben, und dann wird es als Erfolg für G8 verkauft, wenn die Ergebnisse in diesen Fächern partiell etwas besser sind. „Natürlich“ hat man darauf verzichtet, die Leistungen in den Fächern zu testen, deren Belegverpflichtungen und Wochenstundenzahl reduziert wurden!

Dass im KESS-Jahrgang „der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit niedrigeren Lernständen deutlich zugenommen hat“, wird dagegen keineswegs der verkürzten Gymnasialzeit angelastet, sondern dem gestiegenen Anteil der Gymnasialschüler an einem Gesamtjahrgang und einem gestiegenen Anteil von Schülerinnen und Schülern aus bildungsfernen Familien.

Die Süddeutsche Zeitung (SZ) berichtete wenige Tage später über eine „Gegenstudie“, den „Hauptfeind der Studie“ (3.12.2012): Professor Stephan Thomsen vom Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) kam bei einer Untersuchung von 700 Schülern des doppelten Abiturjahrgangs von 2007 in Sachsen-Anhalt zu einem ganz anderen Ergebnis und erklärte die „signifikante Verschlechterung“ bei den G8-Schülern in Mathematik „mit der Verdichtung und dem Weglassen von Stoff“. Und die SZ berichtete über einen weiteren „Vorteil dieser Untersuchung“: „Die Forscher rechneten weitere Faktoren wie zum Beispiel den Einfluss unterschiedlicher Elternhäuser oder Schulen heraus. Da es sich um den gleichen Jahrgang und gleiche Abiturprüfungen handelte, ist auch hier der Vergleich stimmiger als in Hamburg.(...) Zudem befragten die Hannoveraner Forscher die Abiturienten auch später noch einmal darüber, was aus ihnen geworden ist. Und die Antworten der Abiturienten bergen noch mehr



Streitstoff als die Mathematikergebnisse selbst: Die G-8-Abiturientinnen nehmen in den ersten beiden Jahren nach ihrem Abschluss seltener ein Studium auf als die G-9-Schüler.“

In Mathematik oder Naturwissenschaften waren es 15% weniger, die ein Studium aufnahmen.

In Hessen, wo die Schulen schon fast inflationär alles Mögliche zu eva-

luieren haben, hat die Politik auf eine wissenschaftliche Begleitung der Einführung von G8 verzichtet. Kultusministerin Nicola Beer wird aber nicht müde darauf zu verweisen, dass ihre Kinder mit G8 gut klar kommen. Billiger geht Evaluation nicht.

Gerd Turk

(1) <http://bildungsserver.hamburg.de/bildungsqualitaet>

## GEW-Tagung bekräftigt Kritik an G8

In der Debatte über G9 war die GEW mit einer landesweiten Fachtagung in Frankfurt-Griesheim am Ball. Die vollständigen Berichte aus den Arbeitsgruppen von Franziska Conrad (Erfahrungen mit G8) sowie Dr. Anke Weichenhain und Kathrin Paryjas (G8 und Gesundheit) können bei der Redaktion angefordert werden ([freiling.hlz@t-online.de](mailto:freiling.hlz@t-online.de)). In der Arbeitsgruppe über „Erfahrungen mit G8“ bestätigte sich die Kritik an G8. So sei der Stoff beispielsweise im Fach Erdkunde mit der knappen Stundenzahl in der Sekundarstufe I nicht mehr zu bewältigen. Wenn man ihn reduziere, würde er derart abstrakt, dass die Lernenden ihn nicht richtig verarbeiten könnten. In Politik und Wirtschaft mache sich eine „Verfrühung“ bemerkbar, weil die Lernenden häufig nicht die nötige Reife hätten, um bestimmte Themen zu bearbeiten. Im Fach Geschichte fehle die Zeit für Spurensuche vor Ort und den Besuch außerschulischer Lernorte. Die Stofffülle wurde auch für die Fächer Englisch und Mathematik beklagt. Im Fach Deutsch bleibe kaum Zeit zur Förderung der Schreib- und Lesekompetenz. Auch soziale Vorha-

ben wie die Tätigkeit von Klassenpaten oder Mentoren, die jüngere Schülerinnen und Schüler betreuen, sind schwer am Leben zu erhalten, weil die Zeit für soziales Engagement wegen der Belastung durch G8 kaum vorhanden ist.

Die Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitsgruppe „G8 und Gesundheit“ berichteten, dass G8-Schüler viel häufiger als ihre Altersgenossen früher über Kopfschmerzen und Übelkeit klagten. Der deutliche Anstieg von Stress insbesondere bei Leistungsschwächeren, denen die Zeit zum Üben im Unterricht fehlt, führt häufiger als unter G9 zu untypischer früherer Aufgabe von sportlichen oder musikalischen Freizeitaktivitäten. Der Druck der Eltern insbesondere leistungsschwächerer Schülerinnen und Schüler auf die Lehrkräfte wachse. Das Gefühl, nicht alles Wichtige unterrichten zu können und zu wenig Zeit für Wesentliches zu haben, erhöht den Stress und damit das Risiko eines Burnouts. Die Teilnehmer der Arbeitsgruppe plädierten für eine Entschleunigung, einen rhythmisierten Unterricht und die Integration von Bewegung und Entspannung in den Schulalltag. Sie waren sich einig: All das benötigt Zeit!





## Falsche Fronten

### HLZ-Artikel über Hattie-Studie und GEW-Veranstaltung

Zwei Artikel aus der HLZ 12/2012 haben mich besonders interessiert: die Vorstellung der Hattie-Studie durch *Ulrich Steffens* und *Dieter Höfer* und der Bericht von *Harald Freiling* über die Auftaktveranstaltung zur einer Ringvorlesung der GEW in Marburg („Die neue Freiheit“).

Man gewinnt den Eindruck, dass in der Diskussion um die Ergebnisse der Hattie-Studie falsche Fronten aufgebaut werden. Die „sieben Schritte“ wird „im Prinzip“ nahezu jeder unterschreiben wollen. Entscheidend für das im Unterricht Machbare sind aber die tatsächlichen Rahmenbedingungen und nicht die wohlmeinenden Absichten oder Idealvorstellungen von „gutem Unterricht“. So ist beispielsweise die „permanente Überprüfung im Unterrichtsprozess, ob die Kinder und Jugendlichen das Gelernte richtig verstanden haben“, bei Lerngruppen von 30 Individuen praktisch unmöglich. Und ist „Direkte Instruktion“ zwangsläufig gleichbedeutend mit einem für alle Lernenden gleichartig angelegten Lernprozess im Sinn von Frontalunterricht, wie mehr oder weniger deutlich unterstellt wird? Dies träfe nur zu, wenn eine enge Vorgabe von Lernschritten keinen Raum ließe für die Berücksichtigung individueller Stärken, Schwächen und Interessen der Lernenden sowie für unterschiedliche Lernzüge.

#### Reformhindernis: Lehrtradition

Die Lehrtradition an deutschen Schulen steht, mindestens an den Gymnasien, in deutlichem Gegensatz besonders zu den Forderungen nach einer „klaren Zielsetzung“ (1. Schritt) oder nach einer „praktischen, wiederkehrenden Anwendung“ (7. Schritt). Es dürfte immer noch die große Ausnahme sein, dass die Lernenden am Anfang eines Unterrichtsabschnitts für sie nachvollziehbar über Zielsetzung und Erfolgskriterien informiert werden; üblicherweise wird lediglich der Themenrahmen grob skizziert. Notorisch ist auch die Praxisferne und damit zusammenhängend das weitgehende Fehlen von Kompetenzorientierung.

Selbstverständlich ist eine gewisse Differenzierung von Fach zu Fach nötig: So dürften im fremdsprachlichen Unterricht klare Zielsprache und praktische Sprechübungen naturgemäß eher zur Unterrichtspraxis gehören als in den meisten anderen Fächern, jedenfalls wenn Fremdsprachenunterricht kein reiner „Lese- und Schreibunterricht“ bleibt, was in früheren Zeiten auch nicht selten vorkam. Es ist daher auch kein Wunder, dass die Einführung der Kompetenzorientierung in den Lehrplänen für Fremdsprachen (Bildungsstandards, Kerncurricula, Kompetenzstufen) vergleichsweise am weitesten fortgeschritten ist beziehungsweise am schnellsten umgesetzt werden konnte.

Sehr fraglich ist, ob das von Steffens und Höfer beschriebene wünschbare Unterrichtsarrangement (Strukturierung, Regelklarheit, kognitive Aktivierung usw.) unter den starren Organisationsstrukturen der deutschen Schulen auf breiter Ebene verwirklicht werden könnte, selbst bei bestem Willen aller Beteiligten.

#### Reformhindernis: Herdenhaltung

Ein aktuell wenig beachtetes Problem ist, dass Unterricht an deutschen Schulen weitestgehend, allein schon aus räumlichen Gründen, in schwer auflösbaren, großen Lerngruppen stattfindet, was eine Individualisierung bzw. die Berücksichtigung individueller Lernschwächen und -stärken sowie verschiedener Lernstile sehr erschwert. Ansätze zur Lockerung dieser starren Organisationsstrukturen gibt es vor allem in den Grundschulen. Nach dem Wechsel in die Sekundarschulen erlebt aber das Gros der Lernenden einen Rückfall in traditionelle Unterrichtsformen, weil die Mittelstufenschulen aus verschiedenen Gründen schwierigere Unterrichtsrahmenbedingungen und weniger Bewegungsfreiheit haben als die Grundschulen. Dazu gehören die Stundentafeln, die wachsende Bedeutung von Zensuren, der faktische Selektionszwang auch aufgrund begrenzter Fördermöglichkeiten, die erhöhten Klassenfrequenzen und anderes.

Die „Herdenhaltung“ von Kindern und Jugendlichen an deutschen Schulen ist tief verwurzelt in der Mentalität deutscher Lehrkräfte sowie in der Lehrerbildung. Dieses Organisationsprinzip aufzubrechen ist sachlich und psychologisch aufwändig und schwierig. So gelten Projektwochen vielfach als Veranstaltungen, die mit Schule eigentlich nichts zu tun haben, einer ausufernden Beliebigkeit und Zufälligkeit von Projekten Raum bieten und das „Abarbeiten“ der vorgegebenen Stoffpläne nur noch schwerer machen.

Das außerordentliche Beharrungsvermögen organisatorischer und mentaler Traditionen in den deutschen Schulen ist unter anderem auf das noch immer nachwirkende obrigkeitsstaatliche Denken zurückzuführen, unter dem das allgemeinbildende Schulsystem in Preußen und Deutschland eingeführt und entwickelt wurde. Ein nicht unwesentlicher Nebenaspekt ist dabei der abwärtsselektive Charakter des Systems, das in der Logik vordemokratischer und stark industriell geprägter Herrschaftsstrukturen ökonomisch durchaus funktional war. Jüngste Statistiken weisen nach, dass die Abwärtsselektion des Systems sich auch heute noch als typisches Merkmal erhalten hat und folglich einen nicht kleinen Teil der Lernenden von vornherein zu Verlierern stempelt. Dies steht, nebenbei bemerkt, in krassem Gegensatz zur Intention *Humboldts*, der heutzutage von konservativen Bildungspolitikern immer noch gerne fälschlicherweise als ideologischer Begründer gymnasialen Elitendenkens bemüht wird.

#### Festgebackene Formeln

Allzu viel Hoffnung auf mehr Beweglichkeit in den festgebackenen Argumentationsformeln selbsternannter Superpädagogen besteht leider nicht, wenn man sich etwa die unsäglichen Äußerungen von *Professor Hans Peter Klein* beim Auftakt zur GEW-Ringvorlesung zu Gemüte führt. Die Kritik von *Professor Lersch* in der „Gegenrede“ kann man nur unterstreichen. Der inzwischen abgedroschene „Vorwurf“, es

sei „ins Belieben des Lehrers gestellt“, an welchen Inhalten Kompetenzen vermittelt werden, sollte längst vom Tisch sein, aber offenbar ist Herr Professor Klein selbst nicht in der Lage, Kerncurricula zu lesen.

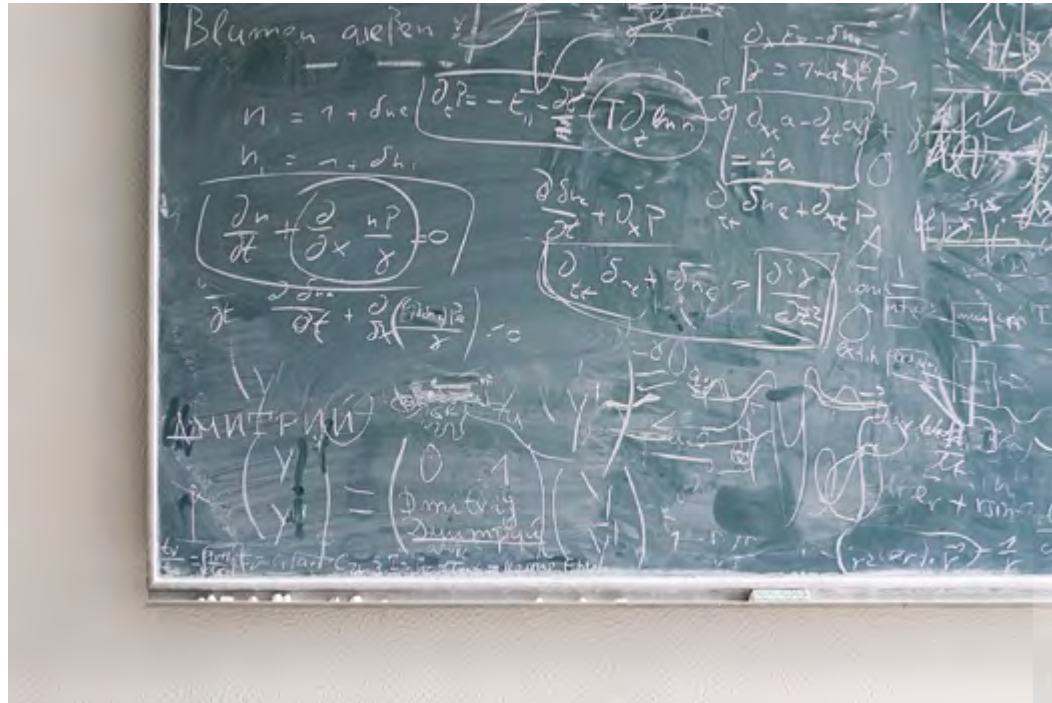
Wir haben es hier offenbar mit dem nicht gerade singulären Fall zu tun, dass hinter dem Vorwand der kritischen Auseinandersetzung mit der – gewiss in manchen Punkten kritikwürdigen – Umsetzung der Kompetenzorientierung in Hessen tatsächlich die Absicht steht, es möge bitte alles beim Alten bleiben.

Dass Herr Klein die Hattie-Studie auch noch als Beleg gegen „selbstorganisiertes“ Lernen heranzieht, verwundert kaum noch. Richtig wäre es, ein Konzept selbstorganisierten oder selbstständigen Lernens zu kritisieren, wenn dies hieße, Schülerinnen und Schülern nach der Devise „Friss, Hund, oder stirb“ Material in die Hand zu drücken und sie dann alleine zu lassen. Die Begrifflichkeit „selbstständiges Lernen“ mag für jemanden, der sich nur oberflächlich auskennt, in diesem Sinne missverständlich sein; von einem Wissenschaftler und Didaktikexperten sollte man allerdings etwas mehr Durchblick erwarten.

### Mühlsteine der Tradition

Der Sache eher gerecht wird die Bezeichnung „selbstgesteuertes“ Lernen, um obiges Missverständnis möglichst zu vermeiden. Es geht darum, der erstaunlicherweise noch immer verbreiteten Illusion, in Lerngruppen von 30 oder mehr Personen seien für alle Lernenden weitgehend gleichschrittige Lernprozesse effektiv organisierbar, ein realistisches Konzept entgegenzusetzen. Denn ein von der Lehrperson souverän inszenierter Großgruppen-Lernprozess gilt (oder galt?) zwar weithin als anzustrebende pädagogische Spitzenleistung, wird jedoch in aller Regel von den talentiertesten Lernenden getragen, während nur passiv beteiligte Schülerinnen und Schüler nicht selten überfordert sind und vielleicht längst abgeschaltet haben. Deutlich bessere Chancen, *alle* Lernenden mit der Vermittlung und Erarbeitung von Kenntnissen und Fähigkeiten (Kompetenzen!) zu erreichen, gibt es in Lernsituationen, die eine gewisse Individualisierung des Lernens zulassen – wobei Individualisierung keineswegs Einzelzettel heißt.

Dass solche Konzepte realisierbar sind, zeigen Schulen in Ländern, wo



Frontalunterricht und Unterricht in großen, unübersichtlichen Lerngruppen die Ausnahme und nicht die Regel sind. Ein so strukturierter Unterricht, der Lernen vorwiegend in Kleingruppen oder Partnerarbeit organisiert, „marginalisiert“ die Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern keineswegs, auch wenn von den Lernenden ein höheres Maß an Selbstständigkeit verlangt wird, da ihnen verschiedene Lernwege angeboten werden.

Ob beispielsweise Struktur und Bedeutung unterschiedlicher Marktformen (Politik und Wirtschaft Q2) ausgehend von einem aktuellen Problem (z.B. Erhöhung der Energiepreise) erarbeitet werden, ob als Einstiegsmaterial ein aktueller Presseartikel, eine Meldung aus der Tagesschau oder der Vergleich mehrerer Strom- oder Benzinrechnungen dient oder ob ein anderer Einstieg über Texte aus Schulbüchern oder Lexika erfolgt, liegt im „normalen“ Kursunterricht im Ermessen der Lehrperson. Bei selbstgesteuertem Lernen in kleinen Gruppen sollen die Lernenden dagegen selbst entscheiden, wie sie an ein Thema herangehen und auf welche der vorgegebenen Materialangebote sie zugreifen, um klar definierte Ziele (im Sinne der Aneignung von Faktenwissen, des Verständnisses von Zusammenhängen, Problemen, Kontroversen sowie der Fähigkeit,

dieses alles auch verständlich darstellen und erklären zu können) zu erreichen.

Entscheidend für das Gelingen eines solchen Konzeptes ist die klare Zieldefinition am Beginn eines Unterrichtsabschnittes, eine angesichts oft uferloser und zielunklarer deutscher Lehrpläne ungewohnte Übung, geht es doch traditionell in erster Linie darum, die Lehrplanthemen „durchzunehmen“.

Die kompetente Betreuung von Lernprozessen in kleinen Gruppen verlangt tatsächlich mehr pädagogisches und auch fachkompetentes Engagement als traditioneller Großgruppenunterricht. Denn sie fordert dazu heraus, auch Lernende zu aktivieren und für sie Wege in Richtung „kognitiver Aktivierung“ aufzuzeigen, die in der großen Lerngruppe tendenziell „auf Tauchstation“ gehen.

Bleibt zu hoffen, dass die Mühlsteine der engen Instruktionstradition in deutschen Schulen trotz vieler gegenläufiger Beharrungskräfte bald über Bord geworfen werden können.

Die Devise muss heißen: Vorgabe klarer, transparenter Ziele und Erfolgskriterien für überschaubare Unterrichtssequenzen, mehr Selbstständigkeit der Lernenden in der Organisation der eigenen Lernprozesse bei gleichzeitig intensiver Unterstützung durch kompetentes Lehrpersonal.

Dieter van Holst, StD i.R.

# Forschungsstelle NS-Pädagogik

NSU-Morde und die Zusammenarbeit von Nazis mit staatlichen Behörden, rassistische Übergriffe auch aus Reihen der Polizei, zunehmende Hetze gegen Sinti und Roma, rassistische Pamphlete von Politikern auf Bestsellerlisten, sich verschärfender Antisemitismus in den Debatten um Israel oder angesichts diverser Verschwörungstheorien in Zeiten der Krise, sich als Party-Patriotismus tarnender Nationalismus oder auch wieder aufkommender Militarismus: Es lassen sich viele Beispiele finden, die zeigen, dass die Elemente der Nazi-Ideologie nicht erledigt, sondern vielfach erschreckend alltäglich sind.

Umso wichtiger ist die Auseinandersetzung mit dieser Ideologie und das betrifft auch die historische Analyse und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Es geht dabei nicht um die einfache und zudem falsche Gleichsetzung historischer Geschehnisse mit aktuellen, doch will der Gedanke nicht verschwinden, dass man angesichts dessen, was passiert ist, doch schlauer sein könnte – oder das andernfalls nicht sein will.

Die historische Analyse und Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und der Geschichte ist folglich nach wie vor wichtig. Die an der Goethe-Universität gegründete „Forschungsstelle NS-Pädagogik“, die von apl. Prof. Dr. Ben-

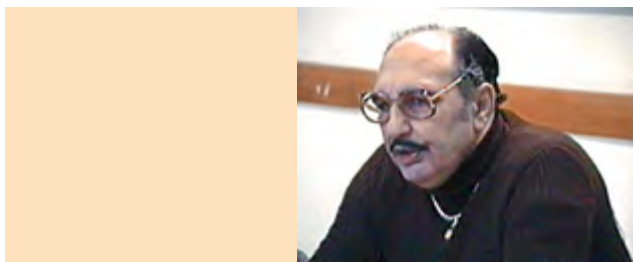
jamin Ortmeyer und Prof. Dr. Micha Brumlik geleitet wird, widmet sich dieser Aufgabe mit dem besonderen Fokus auf die Frage der Vermittlung und Wirkungsweise dieser Ideologie. Ein Grundgedanke der Forschungsstelle ist es, Forschung und Lehre stärker zu verbinden und Studierende direkter in die Forschungsarbeiten einzubeziehen. Aktuell geht es schwerpunktmäßig um die Analyse der NS-Propaganda anhand von NS-Zeitschriften.

Seit drei Jahren wurde für Studierende, aber auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit an der Goethe-Universität ein Konzept entwickelt, um mit Vorträgen und kurzen Videoausschnitten die Aufklärung über die NS-Zeit zu fördern. Neben der Vermittlung historischen Wissens geht es dabei immer wieder auch um aktuelle Fragen.

Um einen Überblick über die Bandbreite der behandelten Themenbereiche zu geben, sind im Folgenden einige Ausschnitte aus dem Angebot der frei zugänglichen Homepage angegeben, auf der sich weitere Materialien finden (<http://paedagogikundns.wordpress.com>). Ein Blick in die Vortragskonzepte und die Video-Ausschnitte lohnt sich allemal.

- Homepage der Forschungsstelle: <http://forschungsstelle.wordpress.com>

Katha Rhein



## Ricky Adler über seine Arbeit im Sonderkommando an der Rampe in Auschwitz

Auf einer Veranstaltung (1994) berichtet der Sinto Ricky Adler über seine Arbeit im Sonderkommando:

„Die Transporte, die gekommen sind, die wurden sofort an die Rampe gebracht und dann waren Leute da und die haben gesagt: ‚So jetzt da hinstellen, geht da durch, ihr werdet gebadet. Ihr müsst eure Klamotten abgeben und alle, ihr kriegt alles wieder.‘ Kamen rein in die Gaskammer, kamen aber nie mehr raus. Wurden sofort vergast und verbrannt.“ (Video, UT, 1:58)

## Konzentrationslager und Vernichtungslager

Im Konzentrationslager Auschwitz-Monowitz, in dem die Häftlinge Zwangsarbeit für den IG Farben-Konzern verrichten mussten, fanden Selektionen durch den Lagerarzt statt. Ein Überlebender berichtet: „Dieser Arzt sagte aus, er wurde von dem IG Farben-Repräsentanten dazu gedrängt, er möchte öfters Selektionen machen und nur voll arbeitsfähige Häftlinge zur Arbeit zulassen. Die, die körperlich nicht mehr entsprachen, wurden nach Auschwitz-Birkenau gebracht und dort in den Gaskammern getötet.“ (Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm „Vernichtung durch Arbeit“ – KZ-Häftlinge: Sklaven für die deutsche Industrie“, 1984, Video, 3:01)



## Anne Frank über die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa

„Der letzte Akt der Judentragedie beginnt. In Massen wurden die übrig gebliebenen Juden – Greise, Frauen, Kinder – in unbeheizten Viehwagen nach den polnischen Ghettos verfrachtet. Unzählige gingen unterwegs zu Grunde an Erschöpfung und Hunger. Ganze Transportzüge wurden vergast. (...) Millionen Menschen werden ausgerottet.“ (Tagebucheintrag Anne Franks vom 9.10.1942 und Mitschnitt einer BBC-Radiosendung vom 24.12.1942; Video, 3:00)

## Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ – Deportation behinderter und kranker Menschen durch Giftgas

Beschreibung des Leidenswegs der Opfer aus den Neuendettelsauer Anstalten vom Abtransport in Bussen bis in die Gaskammer:

„Die Diakonissen des Oberlehn-Hauses sehen fast täglich die Busse, hören die Schreie der Opfer. Sie riechen den Gestank der verbrannten Leichen, der Tag ein, Tag aus, aus dem neu erbauten Krematorium dringt. Sie sind Augenzeugen des Verbrechens und tun weiterhin ihren Dienst.“

(Ausschnitt aus „Alles Kranke ist Last“, Dokumentation von Ernst Klee u. a., 1988; Video, UT, 2:12)





### Trude Simonsohn über den Widerstand in Deutschland und in anderen Ländern

Trude Simonsohn betont in Anwesenheit der Hamburger Widerstandskämpferin Irmgard Heydorn bei einer Veranstaltung in einer Frankfurter Schule (1983), dass

„...jeder deutsche Widerstandskämpfer tausende Widerstandskämpfer in den anderen Ländern aufwiegt. Was das bedeutet, in dieser Massenhysterie sich dagegen zu wehren, das ist mir noch heute wirklich unbegreiflich, dass man das geschafft hat.“ (Video, UT, 0:37)



### Irmgard Heydorn über Sabotage durch den Internationalen Sozialistischen Kampfbund

Irmgard Heydorn berichtet, wie sie als Mitglied des verbotenen Internationalen Sozialistischen Kampfbunds während der NS-Zeit Informationen zum Bau der V2-Rakete ins Ausland weitergeleitet hat:

„Eines Tages wurde uns gesagt, wo die sogenannte Wunderwaffe hergestellt wird, und das habe ich dann in einem Brief in die Schweiz mitgeteilt mit einem Code. Wenn der geknackt worden wäre, dann...na gut, dann würde ich hier nicht sitzen.“ (Ausschnitt aus dem Dokumentarfilm „Eine Ausnahme“, 2007; Video, 3:43)



### Rudolf Vrba über den Widerstand im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

Der Holocaust-Überlebende Rudolf Vrba berichtet, wie der Erfolg der Widerstandsbewegung bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in Auschwitz in ein Dilemma führte:

„Der Lagerbestand war, sagen wir, 30.000. Wenn 500 oder 5.000 starben, dann ersetzte man diese durch frische Kräfte aus Judentransporten, die eintrafen. Wenn aber nur 1.000 starben, wurden eben nur 1.000 ersetzt, und man konnte mehr Juden in die Gaskammer schicken.“

(Ausschnitt aus dem Dokumentarfilm „Shoah“, 1985; Video, UT, 3:29)

### Ein Frankfurter Universitätsprofessor und die Auschwitz-Leugnung

1993 gab es an der Universität Frankfurt Auseinandersetzungen um geschichtsrevisionistische Äußerungen des Professors Rainer Ballreich, denen zufolge die Opferzahlen des Holocaust um den Faktor 10 zu hoch und aus den Krematorien von Auschwitz keine Flammen gestiegen seien. Ballreich blieb bis zu seiner Emeritierung 1997 als Professor für Biomechanik tätig und wurde 2011 nach seinem Tod in einem Nachruf der Universität für seine „außerordentlichen Verdienste“ in Forschung und Lehre gelobt. (Video, 4:20)

### Jüdischer Widerstand: Abba Kovner

Während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem 1961 weist der Ghetto-Kämpfer und Partisan Abba Kovner aus Vilna die Frage zurück, warum sich die jüdische Bevölkerung nicht gegen die Nazis erhoben habe: „Als kämpferischer Jude protestiere ich mit aller Leidenschaft gegen diese Frage, soweit sie auch nur die Spur eines Vorwurfs enthält!“ (TV-Dokumentation „Mit dem Mut der Verzweifelten – Jüdischer Widerstand gegen Hitler“, 2005; Video, 2:50)

### „Unangenehme“ Vollstreckung der Todesstrafe: „Eine Frage der Ästhetik“

Auf die Frage nach möglichen moralischen Bedenken bei seiner Tätigkeit als Vollstreckungsleiter bei Todesurteilen antwortet der ehemalige Staatsanwalt Herrmann Stolting:

„Mir war das, sagen wir mal, eine Frage der Ästhetik. Mir war das unangenehm, einen wehrlosen Menschen in dieser Form zu behandeln. Aber mein Gewissen hat das nicht belastet. Das war eine Frage der Ästhetik, nicht des Rechts.“ (Ausschnitt aus der Dokumentation „Von Richtern und anderen Sympathisanten“, 1982; Video, UT, 2:13)

### Brandanschläge auf Asylheime in Rostock 1992

„Die Randalierer verschossen Feuerwerkskörper mit Pistolen und warfen Molotow-Cocktails jeweils unter grölenden Sprechchören wie ‚Zugabe, Zugabe‘ und ‚Deutschland den Deutschen‘ und ‚Ausländer raus‘ natürlich, ‚Sieg Heil‘-Rufe wurden laut. (...) Montagabend die dritte Pogromnacht. Es ist keine Polizei zu sehen, als die ersten Brandsätze ins Haus der Vietnamesen fliegen, und sie wird auch in den folgenden anderthalb Stunden nicht erscheinen.“ (Ausschnitt aus der Dokumentation „Pogrom Rostock“, 1992; Video, 2:35)

### Polizei duldet Neonazi-Attacke auf ein Wohnprojekt

Bei einem Naziaufmarsch greift eine Gruppe Neonazis ein links-alternatives Wohnprojekt im Dresdner Stadtteil Leptau an. Obwohl die Polizei laut eigener Aussage vor Ort war, berichtet ein Beobachter, dass „...die Polizei keinen Angreifer dingfest gemacht hat.“ (Ausschnitt aus einem Bericht über den Naziaufmarsch und die Gegenproteste in Dresden, Februar 2011; Video, 2:41)

# Zweites Dienstrechtsmodernisierungsgesetz

## Gesetzentwurf vorgelegt

Im Mittelpunkt des Ersten Dienstrechtsmodernisierungsgesetzes (DRModG), das am 1.1. 2011 in Kraft trat, stand die Erhöhung des Eintrittsalters in den Ruhestand, die „Pension mit 67“. Jetzt haben die Fraktionen von CDU und FDP im hessischen Landtag den Entwurf für ein „Zweites Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts“ vorgelegt. Erneut führt der Weg über die Fraktionen und nicht über die Landesregierung, um das Beteiligungsrecht des DGB und der anderen Spitzenorganisationen zu umgehen. Das Gesetz soll im Sommer 2013 und in den wesentlichen Punkten im Frühjahr 2014 in Kraft treten.

Die Landesrechtsstelle der GEW Hessen stellt im Folgenden die Schwerpunkte des Gesetzentwurfes vor; eine politische Analyse und Bewertung durch den Landesvorstand der GEW findet man in der nächsten HLZ und auf der Homepage [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de).

### Besoldung

Die Struktur der Besoldungsgruppen bleibt unverändert. Für Lehrkräfte richtet sich das Grundgehalt weiterhin nach der Besoldungsordnung A. Nach erster Durchsicht soll es lediglich geringe Verbesserungen im Bereich der Grundschulleitungen geben.

Entsprechend der Struktur des neuen Tarifrechts sollen sich die Grundgehaltsstufen in Zukunft nicht mehr nach dem Lebensaltersprinzip, sondern nach dem Prinzip der Berufserfahrung richten. Diese Reform folgt der Rechtslage, die inzwischen eine Diskriminierung nach Alter verbietet.

Die neue Tabelle soll acht Stufen haben. Die Einstellung soll in die erste Stufe erfolgen, es sei denn, es gibt gleichwertige oder förderliche „Erfahrungszeiten“. Der Aufstieg soll dann mit folgenden Stufenlaufzeiten erfolgen:

- nach 2 Jahren in der Stufe 1: Stufe 2
- nach 3 Jahren in der Stufe 2: Stufe 3
- nach 3 Jahren in der Stufe 3: Stufe 4
- nach 4 Jahren in der Stufe 4: Stufe 5
- nach 4 Jahren in der Stufe 5: Stufe 6
- nach 4 Jahren in der Stufe 6: Stufe 7
- nach 4 Jahren in der Stufe 7: Stufe 8

Die höchste Stufe wäre damit grundsätzlich nach 23 Jahren erreicht.

Für Beamtinnen und Beamte, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits „vorhanden“ sind, wird es Überleitungsregelungen geben, mit denen eine Besitzstandssicherung erfolgt.

Wie so oft, wird aber „der Teufel im Detail stecken“: Die Beträge der neuen Tabellen und die konkreten Übergangsregelungen werden noch zu bewerten sein.

Die **Familienzuschläge** sollen weiterhin gezahlt werden.

Völlig neu ist die geplante Einführung einer **Ausgleichszulage beim Wechsel des Dienstherren**. Hessen möchte so die „Mobilität von anderen Dienstherren weg nach Hessen fördern“, indem es etwaige Einkommensverluste ausgleicht.

### Versorgung

Auch die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand werden in die neue „Besoldungsstruktur“ übergeleitet. Neu ist die Einführung eines sogenannten „Altersgeldes“. Dieses Altersgeld soll unter bestimmten Voraussetzungen für Beamtinnen und Beamte gezahlt werden, die das Beamtenverhältnis vor Erreichen des Ruhestands beenden, und ersetzt in der Regel die Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Anders als erwartet, soll die Hochschulausbildung weiterhin bis zu drei Jahre als ruhegehaltfähige Dienstzeit anerkannt werden. Die bisherigen Übergangsregelungen für Beamtinnen und Beamte, die vor 1991 bereits im Dienst waren, bleiben unberührt.

Vor dem Hintergrund der Rechtsprechung zur Altersdiskriminierung werden nun auch Dienstzeiten vor dem 17. Lebensjahr anerkannt. Die Hinzuverdienstregelungen im Ruhestand sollen ausgeweitet werden. Die Regelungen für die Zuschläge für Kindererziehungszeiten werden vereinfacht. Es soll ein dynamischer Festbetrag unabhängig davon gezahlt werden, ob in der zu berücksichtigenden Zeit einer Erwerbstätigkeit nachgegangen wurde. Dies dürfte in der Regel zu höheren Zuschlägen führen.

### Allgemeines Beamtentrecht

Im Hessischen Beamtengesetz (HBG) soll zukünftig die **Regelbeurteilung** verankert werden. Darüber hinaus ist die Landesregierung dazu angehalten, per Verordnung allgemeine Vorschriften über die dienstliche Beurteilung bezogen auf die Grundsätze der Beurteilung, den Inhalt, das Beurteilungsverfahren sowie die Zuständigkeiten und die Ausnahmen von der Beurteilungspflicht zu entwerfen. Im Bereich der Lehrkräfte existiert aktuell das Modell der Anlassbeurteilung. Ob die Landesregierung Ausnahmen von der Beurteilungspflicht für Lehrkräfte regeln wird, kann nicht seriös prognostiziert werden. Grundsätzlich lehnt die GEW Regelbeurteilungen über die Befähigung und die fachliche Leistung ab. Die Veröffentlichung von Beurteilungsrichtlinien halten wir dagegen für wünschenswert, um Transparenz und Einheitlichkeit beim Beurteilungsverfahren zu erreichen.

Die **Regelungen zu Teilzeit und Beurlaubung aus familiären Gründen** werden ausgebaut. Die Höchstdauer der unterhältigen Teilzeit soll zukünftig 17 Jahre (statt 15), die Höchstdauer der Beurlaubung 14 Jahre (statt 12) betragen. Beamtinnen und Beamte auf Widerruf sollen Teilzeit mit mindestens einer halben Stelle ausüben können. Nach dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz soll dies auch für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst gelten.

Neu eingeführt wird die ausdrückliche Regelung zur Mehrarbeit von Teilzeitbeschäftigten:

*„Bei Teilzeitbeschäftigung sind die fünf Stunden anteilig entsprechend der bewilligten Arbeitszeit zu kürzen.“ (Entwurf § 61 HBG).*

Für Lehrkräfte liegt das Maximum bei drei Unterrichtsstunden. Dieser Satz gibt die aktuelle Rechtsprechung wieder. Die Hessische Arbeitszeitverordnung und die Pflichtstundenverordnung werden nicht verändert. Die zur Übertragung des Tarifvertrags von 2009 auf das Beamtentrecht erforderliche Arbeitszeitverkürzung unterbleibt damit weiterhin.

## Laufbahnrecht

Die bisher über 100 Laufbahnen werden zu 11 zusammengefasst. Eine der Fachrichtungen wird die Laufbahn im Schuldienst, eine andere die des Wissenschaftlichen Dienstes sein. Inhaltliche Änderungen für den Schulbereich sind zunächst nicht festzustellen. Ein Entwurf zu einer neuen Laufbahnverordnung liegt noch nicht vor.

Mit dem vorliegenden Entwurf soll nun auch die durch die Rechtsprechung geforderte Ermächtigungsgrundlage für die Regelung von **Höchstaltersgrenzen für die Berufung in das Beamtenverhältnis** eingeführt werden. Bei der Ermächtigungsgrundlage handelt es sich jedoch noch nicht um die inhaltliche Regelung der Altersgrenze, so dass die von der Rechtsprechung geforderten Vorschriften noch nicht in der Konstellation vorhanden sind, die dazu führen würde, dass es in Hessen dann ab dem Jahr 2014 eine gültige Höchstaltersgrenze gibt. Anträge auf Übernahme in das Beamtenverhältnis, wie die GEW dies bisher geraten hat, sind daher weiter möglich.

## Personalvertretungsrecht

Wieder einmal kommt es zur Einschränkung von Mitbestimmungsrechten. So wird die Mitbestimmung bei der Entlassung von Beamtinnen und Beamten beschnitten. Beruht die Entlassung auf Gesetz, entfällt die Mitbestimmung. Dies war bisher in dieser Form nicht der Fall. Die Mitbestimmung in Form einer Mitwirkung bei der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung wird auf deren „Grundsätze“ reduziert, was unter Umständen gravierende Auswirkungen haben kann.

In **Disziplinarangelegenheiten** soll es nur noch *eine* Kammer für Disziplinarsachen beim Verwaltungsgericht Wiesbaden geben und *einen* Senat für Disziplinarsachen beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Die Kammer in Kassel am Verwaltungsgericht soll es damit nicht mehr geben.

**Annette Loycke und Kathrin Kummer**  
Landesrechtsstelle der GEW Hessen

### Aus der Landesrechtsstelle

Dieses und andere aktuelle Infos der Landesrechtsstelle findet man als Mitglied der GEW Hessen im Internet unter [www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de) > Service Recht > Mitgliederbereich.

## Professorenbesoldung neu geregelt

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in seinem Urteil vom 14. Februar 2012 festgestellt, dass die Besoldung von Professorinnen und Professoren in Hessen in Form der vor einigen Jahren eingeführten W-Besoldung nicht verfassungskonform geregelt ist. Geklagt hatte ein Chemie-Professor der Philipps-Universität Marburg, der neben den im Rahmen der in der W-Besoldung abgesenkten Grundbezügen zusätzliche Leistungsbezüge in Höhe von nur wenigen Euro erhalten hat. Das BVerfG sah dadurch den Anspruch von Beamtinnen und Beamten auf eine amtsangemessene Alimentation verletzt und hat das Land Hessen so zu einer Neuregelung der W-Besoldung gezwungen. Im Juli hat das Wissenschaftsministerium einen Gesetzesentwurf vorgelegt, zu dem die GEW im Anhörungsverfahren Stellung genommen hat. Im Kern sieht die Landesregierung die Anhebung der Grundvergütung vor, während der so genannte Vergaberahmen beibehalten wird. Dieser regelt, dass die Besoldung

aller Professorinnen und Professoren auf einem – stagnierenden– Niveau gedeckelt wird. Daher wurde auch seitens der Hochschulen kritisiert, dass durch die Neuregelung nur noch wenige in den Genuss von leistungsbezogenen Vergütungsbestandteilen kommen werden. Ganz anders die Forderung der GEW: Sie verlangt die Abschaffung der – nur vorgeblich – leistungsbezogenen Besoldung, denn im grundsätzlich kooperativen Wissenschaftsbetrieb ist eine objektive individuelle Leistungsbestimmung weder möglich, noch ist sie der Zusammenarbeit förderlich. Stattdessen fordert die GEW funktionsbezogene Zulagen und die Besserstellung vieler Professorinnen und Professoren, die sich in der niedrigeren W2-Besoldung befinden. Diese sollen durch ein neues einheitliches Professorenamt in die höhere Besoldungsgruppe W3 überführt werden. Juniorprofessorinnen und -professoren sollen hingegen aus der Gruppe W1 in die Besoldung nach W2 aufsteigen.

## Gewerkschaftstag 2013

Der Wahlausschuss für den 27. Ordentlichen Gewerkschaftstag der GEW vom 12. bis 16. Juni 2013 in Düsseldorf hat sich am 15. Juni 2012 in Magdeburg unter Vorsitz von Matthias Heidn entsprechend der Richtlinien des Wahlausschusses konstituiert. Dem Wahlausschuss gehören an:

- die Vorsitzenden der 16 GEW-Landesverbände
- drei Vertreterinnen und Vertreter der Bundesausschüsse im Hauptvorstand
- vier von den größten Landesverbänden benannte Kolleginnen

Der Wahlausschuss wählte zu seinem Vorsitzenden Matthias Heidn (LV Schleswig-Holstein), zur stellvertretenden Vorsitzenden Annett Lindner (LV Mecklenburg-Vorpommern) und zum Bericht erstattenden Mitglied Bodo Zeymer (Schulaufsicht und Schulverwaltung).

Gemäß geltender Satzung sind auf dem Gewerkschaftstag 2013 nachstehende Ämter durch Wahl zu besetzen:

- **geschäftsführender Vorstand** aus dem Vorsitzenden oder der Vorsitzenden und den Mitgliedern der Arbeitsbereiche Finanzen, Frauenpolitik, Angestellten- und Beamtenpolitik und der Organisationsbereiche Jugendhilfe und Sozialarbeit, Schule, Hochschule und Forschung und Berufliche Bildung und Weiterbildung

- drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder der Bundesschiedskommission

Gemäß den Richtlinien des Wahlausschusses können die GEW-Landesverbände sowie die Bundesausschüsse bis zum 11. März 2013 Wahlvorschläge beim Vorsitzenden des Wahlausschusses, z. H. des Geschäftsführers, GEW Hauptvorstand, Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main, einreichen. Dabei muss erkennbar sein, ob sich die Vorschläge auf die Wahlämter gemäß geltender Satzung oder auf die vom GEW-Landesverband Sachsen-Anhalt über eine Satzungsänderung angestrebten veränderten Wahlämter bzw. deren Modifikation durch den Landesverband Hamburg oder auf die vom Bundesfrauenausschuss vorgeschlagene Änderung der Wahlämter beziehen (EuW 1/2013). Nach Prüfung der Gültigkeit der eingereichten Wahlvorschläge und Einholung der Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten im Vormonat des Gewerkschaftstages erfolgt die Bekanntgabe der Kandidaturen in der Mai-Ausgabe 2013 von EuW. **Der Wahlausschuss:** Matthias Heidn, Vorsitzender, Annett Lindner, stellvertretende Vorsitzende, Bodo Zeymer, Bericht erstattendes Mitglied





Natürlich gibt es viele Gründe, in den Böhmerwald zu fahren. Wegen des Essens muss man es nicht wirklich tun. Die gute alte böhmische Küche ist EU-Richtlinien zum Opfer gefallen und wurde durch große Portionen von gebratenem oder gegrilltem Fleisch und Fisch ersetzt. Anders verhält es sich mit dem mährischen Wein (Müller-Thurgau, Grüner Veltliner oder Ruländer, Pinot Blanc oder Grauburgunder) und natürlich mit dem tschechischen Bier. Zum Beispiel Gambrinus. Einfach köstlich. Ah, und vergessen, die wunderbaren Heidelbeer-Desserts!

Der Sumava-Nationalpark oder Böhmerwald ist ein Biosphärenreservat der UNESCO und bildet zusammen mit dem Nationalpark Bayerischer Wald das grüne Dach Europas. Wir haben Teile durchradelt, sein Mahnen ernst genommen, und immer wieder ging uns das Herz auf. Unser Standort in der ersten Hälfte der Reise war Kvilda, ein kleiner Ort auf etwa 1.000 m Höhe, der über ein Naturschutzzentrum, ein Postamt, eine Kirche, Bushaltestellen und eine sehr gute Bäckerei verfügt (Seufz). Von hier aus radelten wir am ersten Tag zu einem nordwestlich gelegenen Hochmoor und freuten uns über Wollgras, Zwergbirke, Rausch- und andere Beeren sowie über *Potentilla erecta*, das aufrechte Fingerkraut, welches ehemals als Heilkraut zur Förderung der Blutgerinnung eingesetzt wurde und dessen Wurzelstock mit Schnaps aufgesetzt einen wirkungsvollen Magenbitter ergibt.

Wir bestaunten von der Filip-Hütte aus den doppelspitziigen Rachel aus Malý Roklan (1.399 Meter) und Velký Roklan (1.453) und sein Ambiente aus Taleinschnitten, Flussläufen und See

## Mit lea in den Böhmerwald

### Borkenkäfer, Orchideen und Goldwäscher

und wollten in Anbetracht des warmen Wetters und des bilderbuchblauen Himmels gar nicht glauben, dass die Jahresdurchschnittstemperatur in dieser Gegend 2 Grad Celsius betragen soll.

Am zweiten Tag ging es bergauf und bergab zunächst zu einer der Moldau-Quellen. In ihr lagen viele silberfarbige Ein-Kronen-Stücke, weil die Menschen früher wussten, dass Silber-Kationen leicht bakterizid und somit reinigend auf das Trinkwasser wirken. Aber ob in den Ein-Kronen-Stücken noch auch nur ein Hauch von Silber ist? Dann standen wir immer wieder recht erschüttert vor den Schäden, die der Borkenkäfer im Fichtenwald angerichtet hat und weiter anrichtet. Überall wird versucht, ihm beispielsweise durch das Schälen aufrecht stehender Bäume Einhalt zu gebieten. Der Streit über die richtige Art und Weise der Käferbekämpfung wird erbittert ausgetragen. Den Borkenkäfer stört das nicht.

Es folgte der Anstieg zu einem der schönsten „Kalttäler“, die ich je beradelt habe: Am Lusenbach entlang stiegen wir auf zum Lusental. Wir erfahren über *Dalibor Hirc*, unseren klugen und nachdenklichen Reiseführer, dass es sich um den kältesten Ort im Böhmerwald handelt mit durchschnittlich 1.500 mm Niederschlag, 140 Schneetagen im Jahr und möglichen Nachtfrosten in allen Monaten des Jahres. Die Welt ist traumhaft schön hier. Arnika, Knabenkraut, Alpenlattich, Teufelskralle, platanenblättriger Hahnenfuß und ungarischer Enzian stehen einfach so am Straßenrand rum, am Waldesrand und auf den Wiesen. Unglaublich.

Im Informationszentrum Kvilda hatten wir schon viel erfahren über die Geschichte der Gebietsbesiedelung, über Goldwäscherei, (Salz-)Handelswege, Glasgewerbe und Holzgewerbe. Aber erst das Entlangradeln am Schwemmkanal Chyňitz-Tetauer und die Besichtigung des Informationszentrums Rokyta vermittelten uns eine Vorstellung davon, wie hart der Alltag der hier lebenden Menschen einst gewesen ist. Alles, was das Land hergab, wurde genutzt und verkauft: Aus dem harten Seegras drehte man Material für Matratzen, die

Kinder sammelten Beeren und die Eltern fällten Bäume, zersägten sie, transportierten sie mit Schlitten zum Kanal, über den das Holz über Vydra, Otrava in die Vlatava (Moldau) und dann via Prag und Dresden zur Elbe transportiert wurde. Kurzholz diente in die Zielstädte als Brennholz, Langholz zum Bauen.

Nach kurzem Intermezzo in Horní Planá (Geburtshaus von *Adalbert Stifter*) und einem sehr interessanten Besuch bei dem Goldwäscher und Böhmerwälder Urgestein *Egon Urmann* in Leonora verbrachten wir den zweiten Teil unserer Radler-Bildungsreise in Český Krumlov (Krumau), einem städtebaulichen Juwel, das seit 1992 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes eingetragen ist. Wir freuten uns über unsere schönen Unterkünfte, wir schlenderten über Marktplatz und Gasen mit Renaissance-, Barock- und Rokoko-Fassaden, durchstreiften die Gasen mit ihren vielfältigen Restaurants, Schmuck- und „Tüdelü“-Läden, genossen das *Egon-Schiele-Art-Centrum* und bestaunten und beneideten die zahlreichen Paddler auf der teils recht wilden Moldau. Und wir hatten das Glück, das alte Barocktheater Krumlovs besichtigen zu dürfen, ein Unikat, das mit seinen 300 erhaltenen Kulissen, 500 alten Kostümen, unzähligen Dekorationen, Textbüchern und der 250 Jahre alten ausgefeilten Bühnentechnik weltweit seinesgleichen sucht.

Es war eine schöne, interessante, lehrreiche, genussvolle, (trotz des Regens) bewegungsfreudige und sehr empfehlenswerte Reise. Dank an *lea* für die Organisation und an *Dalibor Hirc* für seine humorvolle und kompetente Reiseleitung. Froh war ich, dass ich mein eigenes gutes Rad dabei hatte. Die ausleihbaren Räder vor Ort sind schon von recht unterschiedlicher Qualität.

Angelika Becker  
GEW-Kreisverband Marburg

**Sommer 2013: Reisen durch Böhmen**  
Auch im Sommer 2013 bietet *lea* wieder Reisen mit dem Fahrrad oder dem Kanu durch Böhmen an: [www.lea-bildung.de](http://www.lea-bildung.de)  
> Unser Seminarangebot > Reisen

## Wir gratulieren im Januar und Februar ...

### ... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Gisela Ahrens, Kassel  
 Wilfrid Balk, Kassel  
 Ursula Baumann, Lichtenfels-Sachsenberg  
 Peter Becker, Marburg  
 Peter Behrle, Schauenburg  
 Walter Bernsdorff, Marburg  
 Brigitte Bingel-Mozaffari, Maintal  
 Monika Bittner-Wiese, Frankfurt  
 Hartmut Bohrer, Mainz-Kastel  
 Günter Brandt, Schwalmstadt  
 Tankred Bühler, Groß-Gerau  
 Gerfried Burdack, Heusenstamm  
 Gabriele Bussler-Grigull, Marburg  
 Dieter Charanza, Alheim  
 Marianne Dommermuth, Frankfurt  
 Thomas Eilers, Wiesbaden  
 Gerlinde Engel, Oberursel  
 Christa Erichson, Oberursel  
 Kriemhild Ewert, Grünberg  
 Reinhard Ewert, Grünberg  
 Alfred Fleischer, Hünfeld  
 Christa Forster, Hofheim  
 Peter Gabel, Frankfurt  
 Georg Glücker, Frankfurt  
 Erika Grönegress, Frankfurt  
 Berndt Haensel, Neukirchen  
 Fritz Halbbach, Aßlar  
 Irmtrud Hansmann, Bad Vilbel  
 Klaus Hansmann, Kassel  
 Jürgen Heim, Langenselbold  
 Gerhard Herr, Wetzlar  
 Ulrich Herrmann, Bad Vilbel  
 Günther Himmelmann, Hamburg  
 Christine Hölzel, Frankfurt  
 Brigitte Hoofe, Darmstadt  
 Frank-Peter Kaufmann, Wiesbaden  
 Christa Kaulfuss, Kelkheim  
 Ulrich Kliemchen, Dieburg  
 Sybille Kobinger-Eifert, Fritzlar  
 Helmut Kowalewski, Linsengericht  
 Monika Kronenberger, Weilmünster  
 Rudolf Kroth, Kassel  
 Monika Lammers-Goebel, Frankfurt  
 Tilman Lang, Steinbach  
 Louise Laucht v.d.Born, Felanitx, Mallorca  
 Klaus-Dieter Leetz, Frankfurt  
 Klaus Lenz, Gernsheim  
 Almut Leonhardt, Kassel  
 Irene Mann, Offenbach  
 Anna-Maria Meffert-Hooss, Wiesbaden  
 Jürgen Meusel, Kassel  
 Hans Herbert Mielke, Fritzlar  
 Margret Modrow-Weimann,  
 Seeheim-Jugenheim  
 Margit Monka-Schmelz, Großostheim  
 Lisette Mrowka, Frankfurt  
 Claudia Münch, Schlagenbad  
 Regina Naundorf, Hofgeismar  
 Margita Neeb-Steckelberg, Offenbach  
 Marianne Ngo, Marburg  
 Cornelia Paede-Feja, Hofheim  
 Marina Peppel, Kassel  
 Hildegard Pongratz-Porr, Eppstein  
 Melsene Prinz, Marburg  
 Gudrun Przybilla-Apel, Frankfurt  
 Eleonore Ram, Frankfurt am Main

Gabriele Reinhold, Offenbach  
 Georg Renkel, Otzberg  
 Christina Rest, Frankfurt  
 Wilfried Richert, Bad Sooden-Allendorf  
 Wilhelm Riedel, Groß-Zimmern  
 Rolf Rinckenberger, Kassel  
 Rainer Roth, Frankfurt  
 Magdalena Runte-Krajnovic, Wächtersbach  
 Maria Rust, Frankfurt  
 Renate Rütten, Frankfurt  
 Ute Saathoff, Wiesbaden  
 Lore Salomon, Dreieich  
 Herbert Sasse, Rosbach  
 Jürgen Schäfer, Darmstadt  
 Roland Schäfer, Weilmünster  
 Peter Schäfer-Waidelich, Roßdorf  
 Jürgen Scherer, Alsbach-Hähnlein  
 Anne Schimsheimer, Babenhausen  
 Helga Schlesier, Lampertheim  
 Sigrid Schlevoigt, Melsungen  
 Beate Schmidt, Maintal  
 Hans-Walter Schmidt, Gießen  
 Wolfgang Schmidt, Frankfurt  
 Annegret Schnitzke-Haas, Groß-Umstadt  
 Wolfgang Schreiber, Gudensberg  
 Wolfgang Schwanz, Schwalmstadt  
 Jens Schwarzkopf, Mittenaar  
 Hartmut Schweiger, Felsberg  
 Renate Seibert, Wiesbaden  
 Ingrid Sitta, Frankfurt  
 Gabriele Spiewok, Darmstadt  
 Werner Stehr, Kassel  
 Gisela Steinberg, Frankfurt  
 Heidi Stork-Döhner, Darmstadt  
 Winfried Trabert, Kassel  
 Inge Trinogga, Kassel  
 Renate Tron, Hanau  
 Jürgen H. von Reuß, Kaufungen  
 Hildegard Waldmann, Großalmerode  
 Gabriele Wenzel-Klaussner, Grimma  
 Renate Wichert, Kassel  
 Michael Wilke, Kassel  
 Gisela Wölk, Wiesbaden

### ... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Günther Albrecht, Künzell  
 Dieter Fey, Melsungen  
 Renate Hechler, Lautertal  
 Jutta Koerner, Grünstadt  
 Rudolf Leder, Kassel  
 Ingrid Möllemann-Erndwein,  
 Eggenstein-Leopoldshafen  
 Ernst Nasgowitz, Limburg  
 Jürgen Redecker, Frankenberg  
 Eberhard Schaffner, Großkrotzenburg  
 Peter Stoldt, Wanfried  
 Alfred Stroh, Wetzlar  
 Martha Wiegand, Taunusstein

### ... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Eleonore Deltau, Reinheim  
 Elisabeth Hartmann, Wiesbaden  
 Fritz Kegelmann, Sinntal  
 Horst Lohnes, Reichelsheim  
 Hans Mittendorf, Frielendorf  
 Herbert Nickel, Weilburg  
 Lili Sturmfels, Darmstadt

### ... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Friedrich Sinn, Neuheiten

### ... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Helene Reincke-Dornbusch, Berlin

### ... zum 75. Geburtstag:

Wilhelm Bauer, Hammersbach  
 Günter Baumann, Trebur  
 Almut Binninger-Scherfer, Hofheim  
 Dieter Braun, Frankfurt  
 Margarete Burchard, Heidelberg  
 Peter Dörr, Frankfurt  
 Hermann Erben, Eschwege  
 Adolf Frohwein, Butzbach-Hoch-Weisel  
 Hannelore Gryzibowski, Frielendorf  
 Jürgen Heinemann, Kassel  
 Götz Hillig, Marburg  
 Reinhard Höfling, Butzbach  
 Magdalena Huss-Turk, Frankfurt  
 Kurt Kaiser, Offenbach  
 Türkan Lau-Turan, Kronberg  
 Erich Pompl, Wiesbaden  
 Elfriede Schauß, Rauschenberg  
 Lieselotte Schmid, Marburg  
 Marga Souidi, Marburg  
 Klaus Stöckel, Bad Schwalbach  
 Hans-Georg Wagner, Aßlar  
 Alexander Walendy, Wetzlar  
 Hildegard Waltemate, Maintal  
 Heinrich Weißhaar, Kassel

### ... zum 80. Geburtstag:

Johanna Aab, Frankfurt  
 Eva Einax, Twistetal  
 Rainer Kritzler, Nidda  
 Ingeborg Poensgen, Ceilhes-et-Rocozels  
 Käthe Prosch, Lautertal  
 Helma Schinzel, Dieburg  
 Helga Schwenk, Türkei

### ... zum 85. Geburtstag:

Joachim Ettel, Eltville  
 Hans Gimm, Philippsthal  
 Fritz Gunkel, Erzhausen  
 Elvira Hamberger, Frankfurt  
 Karl August Kirchner, Schlüchtern  
 Margarete Pflantz, Esslingen  
 Karlheinz Schmidt, Reinheim  
 Hannelore Will, Oberursel

### ... zum 92. Geburtstag:

Günter Niehof, Idstein

### ... zum 93. Geburtstag:

Martha Heinecke, Sontra  
 Ruth Fischer, Marburg  
 Hildegard Hühn, Bad Orb

### ... zum 96. Geburtstag:

Karl Adler, Bad Hersfeld

### ... zum 98. Geburtstag:

Anna Heumann, Michelstadt

### ... zum 101. Geburtstag:

Frieda Anders, Gießen

## Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

### Sendungen für die Schule

**Neue Sendezeit: Montag bis Freitag  
11 bis 11.30 Uhr**

- Die Zehn Gebote: zehnteilige Serie (7.-11. und 14.-18.1.)
- Klänge der Welt: Appenzell (21.1.), Mali (22.1.), Bali (23.1.)
- Nie wieder keine Ahnung! Malerei: Die Zeit (28.1.), Das Bild (29.1.), Der Künstler (30.1.), Der Betrachter (31.1.)
- Geschichte Südafrikas: dreiteilige Reihe (11. bis 13.2.)
- Südafrika: Bildung für alle (15.2.)
- Die Germanen: vierteilige Serie (4.-7.2.)
- Den sieben Weltwundern auf der Spur: zehnteilige Serie (25.-29.2.)
- Mit dem Wasser leben: achteilige Serie (18.-21.2.)

### Mai-Meeting der GEW

Das Mai-Meeting ist die zentrale Bildungsveranstaltung der GEW für Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre. Neben Workshops bieten wir wieder viele kulturelle Highlights und politische Abendveranstaltungen. 2013 findet das Mai-Meeting vom 9. bis zum 12. Mai im Bildungszentrum Erkner vor den Toren Berlins im Wald- und Seengebiet Brandenburgs statt. Workshops befassen sich mit dem Planspiel „Ready-Steady-Go!“ zur Berufserkundung, mit Gewerkschaftskultur (Arbeiterlieder), Gerechtigkeit im Spannungsfeld von Freiheit und Gleichheit, Mitgliedergewinnung und neuen Medien in der Gewerkschaftsarbeit.

• *Anmeldung bis zum 28.2., weitere Informationen: [www.gew.de/maimeeting.html](http://www.gew.de/maimeeting.html) oder bei Nicole Lund, GEW-Hauptvorstand, Tel. 069-78973-209, E-Mail: [nicole.lund@gew.de](mailto:nicole.lund@gew.de)*

### Themenheft „Islam & Ich“

Ende November erschien das Themenheft „Islam & Ich“ der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Es beschäftigt sich sowohl mit der europäischen Szene der „Islamhasser“ als auch mit Szenarien des jugendlichen muslimischen „Lifestyles für die Umma“ und der Musik, die sich auf den Islam bezieht. Weitere Kapitel ermöglichen einen tieferen Einblick in die Welt der radikalen Islamisten und terroristischen Dschihadisten.

Autoren sind unter anderem die Islamwissenschaftler *Daniel Bax* („Soundtrack für Allah“) und *Yassin Musharbash* („Dschihad 2.0“) sowie der Journalist *Wolfgang Schmidt*, der sich in dem Beitrag „Jung, Deutsch, Gotteskrieger“ mit der Salafistischen Jugend in Deutschland befasst.

• *Weitere Informationen, Leseprobe und Bestellungen zum Preis von 5,50 für ein Exemplar bzw. 8 Euro für 10 Exemplare (jeweils einschließlich Versandkosten): [www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org)*

### Kurt-Heinz Landau †

Die GEW Hessen trauert um Kurt-Heinz Landau, der im September 2012 im Alter von 87 Jahren verstorben ist. Kurt-Heinz Landau war über lange Jahre in verschiedenen Funktionen an der positiven Entwicklung der hessischen GEW von einem Lehrerverein hin zu einer Gewerkschaft aktiv beteiligt. Er war von 1959 bis 1965 zunächst 2. Vorsitzender des Bezirksverbands Kurhessen. 1965 wurde Kurt-Heinz Landau zum hauptamtlichen Geschäftsführer der hessischen GEW gewählt. Dieses Amt übte er bis 1971 aus. Im Anschluss daran war er bis 1977 weiterer Vorsitzender im Landesverband. Acht Jahre übte er zudem das Amt des Leiters des Referats A aus. Kurt-Heinz

Landau war Mitglied des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer. Seine Arbeitsschwerpunkte in der GEW waren Besoldungs-, Tarif- und Personalratsfragen. Anschließend war er noch als weiterer Vorsitzender von 1965 bis 1969 Mitglied im Landesvorstand.

Im Anschluss an seine Geschäftsführungstätigkeit war Kurt-Heinz Landau von 1972 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1987 Leiter der Heinrich-von-Kleist-Gesamtschule in Eschborn.

Wir werden Kurt-Heinz Landau stets ein ehrendes Andenken bewahren. Unsere aufrichtige Anteilnahme gilt den Angehörigen.

**Ulrich Martin, Geschäftsführer**

### Wissenswert in hr2-kultur

#### Radiosendungen für die Schule

**Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr**  
Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Sie lassen sich in voller Länge oder in Auszügen in den Unterricht integrieren.

#### Fragen und Zuhören

- Die Kunst des Fragens und des Zuhörens, dreiteilige Reihe, 20. bis 22.2.

#### Literatur

- Zimmer-Literatur (11.1.)
- 200 Jahre „Stolz und Vorurteil“: Liebeserklärung an einen Roman (21.1.)
- Die Leiden der Sylvia Plath. Ein Porträt zum 50. Todestag (11.2.)
- Vergangen und gegenwärtig – Was ist ein literarischer Klassiker? (12.2.)

#### Naturwissenschaft und Technik

- Wie Wikipedia unser Sozialverhalten sichtbar macht (1.2.)
- Chemie im Auto (13.2.)
- Europas Raumfahrtbahnhof Kourou (14.2.)
- Die Energie-Wender: Speicher-Macher (15.2.)
- **Auf zum Kern:** Niels Bohr lässt die Elektronen kreisen (14.1.), Otto Hahn spaltet die Atome (15.1.), Watson und Crick suchen nach Wendeltreppen (16.1.), Vom Genetiker zum Gentechniker (17.1.), Die Kernfrage (18.1.)

#### Psychologie

- Psychologische Schlüsselbegriffe: Mut (22.1.), Gier (23.1.), Loslassen (24.1.)
- Kinder mit Aufmerksamkeitsproblemen (30.1.), Diagnose ADHS? (31.1.)

#### Geschichte

- Max Mannheimer, Auschwitz-Überlebender (25.1.)

#### Politik und Wirtschaft

- Marilyn, Mao, Minderheiten: Kosi-ce, Kulturhauptstadt 2013 (28.1.)
- Schicksale klären in Bad Arolsen: Die Arbeit des Internationalen Suchdienstes (29.1.)
- Arabische Regisseurinnen (19.2.)

#### Medien

- Die große Oscar-Geschichte (18.2.)
  - **Crashkurs Film:** Die Rolle der Produzenten (4.2.), Kamera und Bildgestaltung (5.2.), Schnitt und Montage (6.2.), Sounddesign (7.2.), Visuelle Effekte (8.2.)
- Weitere Informationen, die aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte unter [www.wissen.hr-online.de](http://www.wissen.hr-online.de)*





Extra günstig vom Spezialisten  
anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns,  
**seit über 35 Jahren.**



**Beamendarlehen supergünstig**  
effektiver Jahreszins\*  
**5,27%**  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178159-25  
Info@AK-finanzen.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

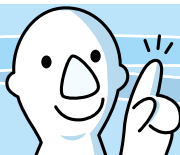
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

**[www.1a-Beamendarlehen.de](http://www.1a-Beamendarlehen.de)**

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



**0800-040 40 41**

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

**NÜRNBERGER** Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholz · Präl.-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

## Ganztagsschulverband Hessen

Der Landesverband Hessen des Ganztagsschulverbands führt seine diesjährige Fachtagung am 7. März 2013 von 9 bis 17 Uhr an der Friedrich-Ebert-Schule in Pfungstadt durch. Zu der Tagung mit dem Schwerpunkt „Schulkultur und Soziales Lernen“ sind alle Schulen eingeladen, die bereits ganztätig arbeiten oder auf dem Weg zur Ganztagschule sind. Hauptreferent ist *Dr. Werner Hopf*, am Nachmittag finden Workshops statt. Die Akkreditierung ist beantragt.

- Teilnahmegebühr: 30 Euro (20 Euro für Mitglieder des Ganztagsschulverbands); Anmeldung und Infos: [www.ganztagsschulverband-hessen.de](http://www.ganztagsschulverband-hessen.de)

## hr2-kultur Bildungstag

„Fragen und Zuhören - Zeit für eine neue Kultur“:

**Samstag, 23.2., 9.05 bis 18.30 Uhr**

Auf die Zwischentöne kommt es an – egal ob es um eine Auseinandersetzung in der Familie, eine Untersuchung beim Arzt oder eine Abstimmung in der Klimapolitik geht. Genau zuhören und dann die richtigen Fragen stellen – nur so lassen sich in schwierigen Situationen gute Entscheidungen treffen. Wer es gelernt hat, dem Zuhören mehr Wert einzuräumen als dem Reden, erfährt mehr, lernt mehr, versteht mehr. Und wer zuhört, lernt Fragen zu stellen. Einen ganzen Tag lang möchten wir Ihnen in hr2-kultur Lust aufs Fragen und Zuhören machen, Anregungen geben für eine neue Gesprächskultur in der Schule und in der Politik, in der Medizin, im Wissenschaftsbetrieb, im Arbeitsalltag. Es erwarten Sie Interviews, Reportagen, Lesungen und musikalische Frage- und Antwortspiele. Wir berichten von Frage-Forschern und aufschlussreichen „Verhörern“ und laden die hr2-Hörerinnen und hr2-Hörer zum Fragen und Erzählen ein.

## Für Segelfahrten in Holland schauen Sie ...



**[www.segeln.nl](http://www.segeln.nl)**

Für Klubs,  
Schul/  
Jugendgruppen,  
Incentives oder  
Einzelteilnehmer

**REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND**

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST

tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Private Akutklinik für  
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung  
für Essstörungen

**SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING**

## Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

**Info-Telefon 02861/8000-0**

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**

Fax 02861/8000-89 • [www.schlossklinik.de](http://www.schlossklinik.de) • [info@schlossklinik.de](mailto:info@schlossklinik.de)

## 7. Hessische SchulKinoWochen

Bereits zum siebten Mal präsentieren die SchulKinoWochen Hessen vom 28. Februar bis zum 13. März 2013 landesweit in 72 Kinos ein vielfältiges Filmprogramm für Schulklassen. Eine Internetseite informiert über das Angebot und enthält alle wichtigen Informationen und Termine. Insgesamt stehen rund 100 Spiel-, Dokumentar- und Animationsfilme zur Auswahl.

Am 18. Februar 2013 laden wir alle Lehrkräfte zum Filmtag „Schule des Sehens“ mit Informationen zu Filmdidak-

tik und Methoden der Filmvermittlung ins Deutsche Filmmuseum Frankfurt ein. Auch das Fortbildungsprogramm „Filmsehen – Filmverstehen“ und die Workshops „Praxis Filmvermittlung“ werden wieder angeboten.

Die erste Spielwoche vom 28. Februar bis zum 6. März 2013 findet in den Regionen Rhein-Main und Mitte statt, die zweite vom 7. bis 13. März in den Regionen Nord und Süd.

- Weitere Informationen: [www.schulkino-wochen-hessen.de](http://www.schulkino-wochen-hessen.de)



Klinik am  
Leisberg  
BADEN-BADEN

Von hier an geht  
es aufwärts!

**HOTLINE: 07221/39 39 30**

PrivatKlinik für psychologische Medizin  
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

**Indikationen:** Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom  
**Kostenübernahme:** Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**  
Fax: 07221/39 39 3-50 • [www.leisberg-klinik.de](http://www.leisberg-klinik.de) • [info@leisberg-klinik.de](mailto:info@leisberg-klinik.de)

## Klassenfahrt nach Malta

Das Allround-Talent

6 Tage Flugreise schon ab **319 €**



Tel. 05261 2506-8210 | [malta@cts-reisen.de](mailto:malta@cts-reisen.de) | [www.cts-reisen.de](http://www.cts-reisen.de)

Die nächste



erscheint am  
8. März 2013.

Sind Sie dabei?

Dann beachten  
Sie bitte den  
Anzeigenschluss am  
14. Februar 2013.

## Schulfahrt.de

Klasse Reisen

Katalog mit über 300 Seiten  
gratis bestellen!

☎ 0 35 04/64 33-0

[info@schulfahrt.de](mailto:info@schulfahrt.de)

Angebot sofort

Freizeit Aktiv  
KLASSENFAHRTEN

**BARCELONA**

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

[www.freizeit-aktiv.de](http://www.freizeit-aktiv.de) ☎ 06257-99 8190

terre des hommes  
Hilfe für Kinder in Not



## Spuren...

... hinterlässt jeder Krieg bei  
den Menschen.

Kinder sind die Hauptleidtragenden:  
Sie erleben Trennung und Flucht,  
Angst und Gewalt. Auch wenn sie  
dem Krieg entkommen sind, tragen  
sie schwer an seinem Erbe.

Unterstützen Sie diese Kinder  
auf dem Weg in den Frieden!

[www.tdh.de](http://www.tdh.de)

Dienst- und  
Schulrecht für



Mensch & Leben  
Verlagsgesellschaft mbH

Hessen

© 2012  
Mensch & Leben  
Verlagsgesellschaft mbH  
Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)

Mit den neuen Vorschriften im  
Hessischen Schulrecht

Dienst-  
und  
Schulrecht  
für Hessen

So oder so:

Hier finden Sie  
was Sie wissen wollen!

Ich bestelle

\_\_\_ Expl. CD-ROM

- zum Preis von Euro 39,-  
 GEW-Mitgl.-Preis Euro 29,90

\_\_\_ Expl. Gesamtwerk  
in 2 Spezialordnern

- zum Preis von Euro 35,-  
 GEW-Mitgl.-Preis Euro 26,-  
Preise zzgl. Versandkosten.

Name/Vorname

ggf. GEW-Mitgliedsnr.

Straße

PLZ/Ort

**Mensch & Leben  
Verlagsgesellschaft**

Postfach 1944,  
61289 Bad Homburg v.d.H.  
Tel.: 06172-9583-0,  
Fax: 06172-958321  
Email: [mlverlag@wsth.de](mailto:mlverlag@wsth.de)